Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

17. Februar 1977
Jg. 5 Nr. 7

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim – Gedruckt in Hamburg

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21903 C

Die Konjunktur ist hohl wie ein verfaulter Zahn
Vom „Aufschwung" kann sich die Arbeiterklasse bloß die verschärfte Ausbeutung versprechen

„Die Konjunktur ist besser als die Stimmung in der Wirtschaft", meint Wirtschaftsminister Friderichs. Die Stimmung der Kapitalisten liegt der Regierung und dem Kanzler sehr am Herzen. Am Montag hat der Kanzler die Herren Sohl und Schleyer empfangen. Zufrieden schreibt die „Welt": „Gestern hatte der Kanzler wieder ein Techtelmechtel mit den Vertretern des Big Business. Es war bereits das zweite in diesem Monat. Vor vierzehn Tagen hatte Schmidt eine Reihe von Spitzenbankiers zum Essen und Diskutieren in den Kanzlerbungalow eingeladen." Schmidt hatte mit den Bankiers den Metallohnraubabschluß begossen. Jetzt ging es darum, mit Sohl und Schleyer neue Raubpläne abzusprechen. Nur großangelegte Raubzüge können die Stimmung der Kapitalisten heben, denn in die Konjunktur, einfach so, haben sie kein Vertrauen. Die „Welt" weiß zu berichten: „Der neue BDI-Chef genießt Schmidts Wertschätzung." Solange Schleyer noch direkt für die Metalltarifverhandlungen verantwortlich war, lautete ein Sprechchor der Metaller: „Schleyer heißt er, uns bescheißt er." Die Metaller können sich sagen: „Gleich und Gleich gesellt sich gern." Das ist wahr. Über den Inhalt ihrer Gespräche haben die dreie Stillschweigen vereinbart. Also haben sie Lumpereien ausgeheckt. Das ist sicher.

Die Lage auf dem Weltmarkt hat der britische Handelsminister Edmund Dell mit dem versoffenen Charme eines englischen Sozialdemokraten beschrieben: „ ‚Der internationale Handel ist kein Liebesspiel. Er ist ein Krieg', formulierte er vor britischen Exporteuren. Großbritannien stehe heute in hartem Wettbewerb mit der Bundesrepublik, Amerika und Japan. Wenn sein Land im internationalen Handel weiter zurückfiele, käme der Effekt einem verlorenen Krieg gleich." Das berichtet das „Handelsblatt" von den Gesprächen eines britischen Sozialdemokraten mit seinen kapitalistischen Auftraggebern. So ähnlich sehen auch die Gespräche Schmidts mit seinen Herren aus, für die er im Fernsehen die Zähne fletscht.

Es kann keine Rede davon sein, daß die Überproduktionkrise, durch die der Weltmarkt überfüllt worden ist, überwunden sei. In allen imperialistischen Ländern sind die Kapazitäten der Industrieproduktion nicht annähernd ausgelastet. Im Kapitalismus hängt die Produktion vom Profit ab. Die Produktionsmittel sind im Kapitalismus nicht einfach Produktionsmittel, sondern Kapital. Wenn zuviel Kapital produziert ist und die Profite zurückgehen, dann stehen die Produktionsmittel still und die Arbeiter können ihre Arbeitskraft nicht mehr an die kapitalistischen Ausbeuter verkaufen.

Für die Kapitalisten jedes Landes stellt sich die Frage, wie können sie das Kapital der Konkurrenz vernichten. Sie können das, wenn sie die Ausbeutung der Arbeiter durch ihr eigenes Kapital verschärfen, Konkurrenzvorteile erzielen und damit die Konkurrenten auf dem Weltmarkt aus dem Feld schlagen. Einer der höchstbezahlten Professoren der Kapitalisten, Professor Giersch vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel, meint, der Lohnanstieg müsse hinter dem Anstieg der Arbeitsproduktivität zurückbleiben, der Gewinnanreiz zunehmen und die Lohnquote sinken, möglicherweise auf den Stand von 1970 oder 1960. Auf gut deutsch soll also die Ausbeutung drastisch verstärkt werden, um die Konkurrenz zu schlagen. Hebel ist der Druck der Arbeitslosigkeit. Die Kapitalisten drücken das vornehm aus. Sie wissen auch, daß dieser Druck allein nicht reicht, sondern daß sie sich die Organisationen der Arbeiterklasse mit Hilfe der Sozialdemokraten noch weiter unterwerfen müssen, um die Arbeiterklasse im Kampf zu schwächen. Der Professor zieht aus seinem Ziel folgende Schlüsse: „Daher sei eine Lohnpolitik der Solidarität mit den Arbeitslosen erforderlich, ebenso benötigen wir Gewerkschaftsführer von staatsmännischem Format und Unternehmer und Manager, die in der Lage sind, den Gewerkschaftsführern im Spannungsfeld zwischen gesamtgesellschaftlicher Notwendigkeit und einer

(Fortsetzung Seite 2)

Am 19.2. Demonstration in Brokdorf



Am 19.2. Demonstration in Brokdorf gegen den Bau des Kernkraftwerkes. Gegen alle Spaltungsmanöver und gegen das Demonstrationsverbot hat sich die Bewegung gefestigt, fordert die Demonstrationsfreiheit und wird sich das Recht nehmen, gegen den Bau des Kernkraftwerkes und gegen das imperialistische Energieprogramm zu demonstrieren.

Programm zur Förderung der Kapitalkonzentration und der Verödung des Landes

„Die Investitionen von heute sind die Gewinne von morgen und die Gewinne von morgen sind die Arbeitsplätze von übermorgen", sagen die Kapitalisten. Die Bundesregierung hat ein neues Investitionsprogramm angekündigt, das sich auf 12 Milliarden DM belaufen soll. Die Kapitalisten wbeuten die Arbeiter aus. Den Mehrwert, den sie aus der Ausbeutung der Arbeiter ziehen, verwandeln sie erneut in Kapital und steigern so die Ausbeutung. Die Investitionen machen sie überwiegend zur Rationalisierung. Sie investieren dort, wo sich das Kapital schon konzentriert und wo es große Profite abzuwerfen verspricht. Das Kapital konzentriert sich an einigen Stellen, andere veröden. Durch die staatlichen Subventionen wird dieser Prozeß beschleunigt und gefördert.

In Niedersachsen konzentriert sich das Kapital im mittleren und südlichen Landesteil (Mittelweser, Hannover, Hildesheim, Braumschweig). In diesem Teil wird knapp die Hälfte des Bruttoinlandproduktes Niedersachsen produziert, im Bereich der Warenproduktion sogar fast 6O %. Allein auf Hannover und Braunschweig entfallen 2O %. Investiert wird im südlichen Industriegürtel, längs der Unterläufe der Weser und Elbe und im Küstengebietwegen der Verbilligung der Transportkosten. Von 197O bis 1974 belief sich das vom Staat bezuschußte Investitionsvolumen auf insgesamt 13,4 Milliarden DM. Mehr als 45 % aller Investitionen fielen auf das südliche Industriegebiet. Schließt man die Unterelbe, Unterweser, Wilhelmshaven und Emden mit ein, so entfallen auf dieses Gebiet Dreiviertel aller Investitionen.

Die Konzentration an wenigen Orten, die sich daraus ergibt, verschärft den Gegensatz zwischen Stadt und Land. Das Land verödet. Das Finanzkapital diktiert diese Entwicklung. In Niedersachsen entfielen 73 % aller Investitionen von 197O bis 1973 auf sogenannte Schwerpunktorte. In den Schwerpunktorten werden die Investitionen der Kapitalisten mit 1O bis 25 % vom Staat subventioniert. Im kleinen sieht das so aus: Von den insgesamt 775 Millionen, die von 197O 1974 in Ostfriesland investiert wurden, entfielen allein 73,5 % auf Emden. Bei den staatlichen Zuschüssen, Darlehen und Bürgschaften betrug die Rate sogar fast 87 %. Im Verwaltungsbezirk Oldenburg sind die Verhältnisse ähnlich. Hier wurden insgesamt 1,6 Milliarden DM investiert. Davon entfallen auf Wilhelmshaven 5O %.

Mit Hilfe der staatlichen Subventionen wurde in Emden eine Gasentladungs- und Gasbearbeitungsanlage für die Anlandung von Ekofisk-Gasen aus dem norwegischen Shelf-Gebiet gebaut. Beabsichtigt ist die Errichtung von petrochemischen Anlagen auf der Basis der aus dem Erdgas abzuspaltenden höheren Kohlenwasserstoffe. Für eine Milliarde aus dem Investitionsprogramm der Bundesregierung soll jetzt bei Emden der „Dollarthafen" samt zusätzlicher Industrieflächen gebaut werden. In Wilhelmshaven wurde durch die Mobil-Oil eine Raffinerie errichtet. Mit der Ruhrgas AG und der Gelsenberg-AG wurde ein Vertrag abgeschlossen für die Errichtung eines Erdgas-Terminals in Wilhelmshaven.

Die Frankfurter Allgemeine schrieb in einem Artikel über den Nordwesten Niedersachsens auf ihrer Wirtschaftsseite: „Trotz der klangvollen Namen der Unternehmen, die an die Küste gezogen sind, ist der Zugewinn an Arbeitsplätzen bislang noch relativ bescheiden. Chemiefabriken oder Raffinerien sind vor allem kapitalintensiv.

An der Kopfzahl gemessen, wird der Verlust von Arbeitsplätzen an anderer Stelle oftmals nicht aufgewogen". Bis Ende der 6Oer Jahre bauten die Kapitalisten in den ländlichenGebieten Fabriken mit Belegschaften von einigen hundert Arbeitern. Sie nutzen die billige Arbeitskraft, die ihnen durch die Vernichtung der kleinen und mittleren Bauern zugeschoben wurden. (Von 195O bis 197O sank die Anzahl der in der Landwirtschaft Beschäftigen von 43,8 % auf 16,5 %. „Die Zeit der verlängerten Werkbänke in den ländlichen Gebieten, die wie Schwämme jede ‚noch rüstige Hand' vom häuslichen Herd in die Fabriksäle gesogen hatten, ist vorbei" (Frankfurter Allgemeine Zeitung). Die Kapitalisten vernichten in der Krise Kapital. Die kleinen Fabriken auf dem Land werden stillgelegt. Die Arbeitslosigkeit wird so gesteigert. In Ostfriesland sank im Laufe von vier Jahren die Zahl der Industriebeschäftigten um 13,8 %. Im Dezember 1976 betrug die Arbeitslosigkeit in Leer 11,3 %, in Emden 1O,6 %.

An diesen Zahlen kann man ermessen, was von den Investitionsprogrammen der westdeutschen Bourgeoisie zu halten ist: Jedes Mittel zur Steigerung der Produktion verwandelt sich in den Händen der Kapitalisten in größeres Elend für die Arbeiterklasse.

Die riesige Reservearmee auf dem Land dient den Kapitalisten, mehr Arbeit aus den Beschäftigten herauszupressen. In Ostfriesland und Oldenburg liegt der Durchschnittslohn unter dem Landesdurchschnitt. Im Laufe weniger Jahre ist Emden von Platz zwei im Lohnniveau Niedersachsens auf den 1O. Platz gesunken. Mit der Peitsche der Arbeitslosigkeit konnten die Kapitalisten bei VW in Emden Sonderschichten durchsetzen. und Arbeiter in das mehrere hundert Kilometer entfernte VW-Werk Wolfsburg zwingen.

Das Ausmaß der Verödung des Landes wird an folgenden Zahlen deutlich: Mit Ausnahme Emdens stehen alle ostfriesischen Landkreise auf der unteren Hälfte der Landesliste in der Produktion des Bruttoinlandsproduktes.

All diese Widersprüche treiben den Kampf hervor. Tausende Wehren sich gegen die Kreisreform, die diesen Prozeß beschleunigt. In Aschendorf Hummling und in der Wesermarsch kämpfen die Bauern gegen den Bau der geplanten Atommülldeponie und das Kernkraftwerk Esensham. In Ostfriesland folgten mehrere tausend Arbeiter dem Aufruf der IG Metall zu einer Demonstration gegen die Verödung. 8OO AEG-Arbeiter demonstrierten gegen die Stillegung des Zweigwerkes in Vechta und Entlassungen in Oldenburg.

Die Streiks in Holland gewinnen an Kraft

In den Niederlanden weitet sich die Streikbewegung – die größte seit dem Kriegsende – aus. Die holländische Bourgeoisie greift zu Gesetzen, die auf Streikverbot hinauslaufen.

Die Streiks umgreifen alle Branchen. 2 000 Hafenarbeiter in Rotterdam und in Amsterdam legten Dienstag die Arbeit nieder. Wegen Streiks der Drucker konnten in mehreren Provinzen die Zeitungen nicht erscheinen. Die Metallindustrie ist von der Streikwelle erfaßt. In den VF-Fokker-Flugzeugwerken in Siphol wurde die Arbeit niedergelegt. Beim Phillips-Konzern in Eindhofen wird durch gezielte Aktionen die Produktion verzögert. In Amsterdam und Rotterdam, den beiden größten Städten der Niederlande, streiken die Arbeiter bei Bus und Bahn.

Der bürgerliche Staatsapparat greift jetzt ein und will die Streikbewegung „abkühlen". 20 Tage Streikverbot hat ein Gericht gegenüber bevorstehenden Streiks in der Molkerei und in der Fleischindustrie verhängt. In allen kapitalistischen Ländern versuchen die Kapitalisten gegenwärtig, ihre Position im internationalen Konkurrenzkampf auszubauen. Das geht nur auf Kosten der Arbeiter, die umgekehrt von Kämpfen ihrer Klassengenossen nicht nur eine moralische Ermutigung, sondern auch eine direkte Stärkung erfahren und daher mit diesen Kämpfen solidarisch sind.

Überfall auf Missionsstation

„Rhodesien: Dort haben schwarze Guerillas eine katholische Missionsstation überfallen. Sie erschossen drei Nonnen und vier Priester. Drei der getöteten Ordensschwestern stammen aus Deutschland. Die Aufständischen trieben die weißen Missionsangehörigen zusammen und schossen auf sie. Nur ein Pater konnte entkommen."

So melden die ZDF-Nachrichten „Heute". Tags darauf kommt es in allen Zeitungen. Das war am 7. Februar. Am 12. Januar hatte man – in wenigen – Zeitungen lesen können: „Der aus der Schweiz stammende Pater Pual Egli hat vor einem Gericht in der rhodesischen Stadt Bulawayo gestanden, entgegen den gesetzlichen Vorschriften die Anwesenheit von Guerillas in seiner Missionsstation nicht den Behörden gemeldet zu haben. Im Falle einer Verurteilung drohen dem 45jährigen 75 Jahre Gefängnis."

Was ist los? Das Smith-Regime hat schwarze Söldner-Einheiten aufgestellt, zum großen Teil Vietnam-erprobte US-Söldner. Diese Terroreinheiten benutzt das Regime, um seine eigenen Leute, die wie die Missionare ihm abspenstig geworden sind, zu terrorisieren und gleichzeitig den Guerillas diesen Terror in die Schuhe zu schieben.

Zu den Überfällen auf die Missionsstationen kommt es, weil die ideologische Zersetzung der Missionsstationen weit fortgeschritten ist und besonders demaskierend für den despotischen Charakter des Smith-Regimes, das sich dafür zwar maskiert, aber um so grausamer rächt.

Von „Entspannung" viel reden

Die Moskauer Nachrichtenagentur „Tass" berichtete am 10.1.77, daß die Sowjetunion die Frachtleistung ihrer Handelsflotte um 25 % steigern will. Die Flotte „soll nicht nur vergrößert, sondern qualitativ erneuert werden". Gebaut werden sollen „Spezialschiffe, die für den Transport bestimmter Frachttypen spezialisiert sind", darunter Fährschiffe und eine Passagierflotte.

Zwei Wochen vorher hatte die Belgrader Zeitung „Tanjug" berichtet, daß die Sozialimperialisten ein Satellitensystem über dem Indischen, Stillen und Atlantischen Ozean einrichten, um mit den im Einsatz befindlichen Schiffen Funkverbindung halten zu können.

Die US-Imperialisten haben nach offiziellen Angaben den Bau von Handelsschiffen von 890 000 Bruttoregistertonnen im Jahr 1973 auf 1 004 000 Bruttoregistertonnen 1975 gesteigert.

Eine Studie in der „Marine-Rundschau 75" mit dem Titel „Handelsschiffahrt im Verteidigungsfall" erleuchtet die Anstrengungen der beiden Supermächte. Dort heißt es: „Die Handelsschiffahrt allein ist in der Lage, die für die Versorgung unseres Landes wichtigen Güter in ausreichendem Maße heranzuschaffen. Das gilt gleichermaßen für den zivilen wie für den militärischen Bereich. Zwei Weltkriege haben die Bedeutung einer in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehenden Überseeschiffahrt gezeigt. Jede Schwankung in den Transportleistungen hatte Auswirkungen auf die Kriegsführung."

Demonstration in Brokdorf

„Der Schutz der öffentlichen Sicherheit umfaßt unter anderem den Schutz von Leben und Gesundheit des einzelnen, aber auch den Schutz von Vermögen. Diese Rechtgüter würden bei der Durchführung der von Ihnen angemeldeten Veranstaltung mit hoher Wahrscheinlichkeit geschädigt werden", legt die Bourgeoisie in ihrem Demonstrationsverbot fest.

Wessen Vermögen und Leben soll geschützt werden? Das der Bauern in der Wilster Marsch? Die Bauern in der Wilster Marsch kämpfen selber für ihre Rechte und gegen den bürgerlichen Staat, der ihren Grund und Boden, der die Existenzgrundlage der Bauern ist, vernichten will. „Vermögen"? Das haben die Kapitalisten und die großen Gutsherren, aber nicht die kleinen und mittleren Bauern. Klar ist, welche Interessen der bürgerliche Staat hat, die Ausbeuter und Unterdrücker in ihrer Position zu stärken.

„Die Annahme, daß die von Ihnen angemeldete Demonstration einen unfriedlichen Verlauf nehmen würde, wird auch dadurch gestützt, daß alle Vereinigungen, die den Bau von Kernkraftwerken im allgemeinen und den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf mit ausschließlich friedlichen Mitteln bekämpfen, zum gleichen Zeitpunkt in Itzehoe demonstrieren werden." Dies ist eine der Begründungen für das Demonstrationsverbot in Brokdorf durch den Landrat Brümmer.

Die Bourgeoisie baut auf Spaltung, die sie durch den Gerichtsbeschluß lanciert hat und der sich in der Bewegung gegen den Bau des KKW in Brokdorf spalterisch ausgewirkt hat. Die Reformisten und die Revisionisten von der DKP haben dies aufgegriffen und zur Demonstration nach Itzehoe mobilisiert, was ein möglicher Demonstrationsort auch nach Meinung Stoltenbergs sein kann. Die
Meinung Stoltenbergs sein kann. Die
Reformisten wollen das Vertrauen der Massen an den bürgerlichen Staat wiederherstellen, das ist ihr Ziel. Indem der bürgerliche Staat einerseits die Itzehoe-Demonstration begrüßt, wollen sie die Demonstration in Brokdorf nicht nur verbieten sondern die politische Spaltung betreiben.

Warum verbietet die Bourgeoisie die Demonstration in Brokdorf und nicht in Itzehoe? Die Demonstration in Brokdorf nützt, denn sie soll den Bau verhindern. Die Demonstration in Itzehoe soll den Bau erleichtern, denn sie spaltet den einheitlichen Kampf.

Die Taktik der Polizei soll die Durchführung der Demonstration in Itzehoe gewährleisten und das Verbot in Brokdorf aufrechterhalten, erklärt Maihofer im Fernsehen.

Begeistert sind die Polizisten davon nicht, so erklärt die Polizeigewerkschaft, daß sie gegen den Polizeieinsatz in Brokdorf sei. Der Bauplatz soll für den 19.2. geräumt werden, schlagen sie vor.
Dies ist eine günstige Lage, denn klar ist, im Lager der Bourgeoisie tritt Zersetzung und Unruhe ein

Im Lager der Arbeiter wird die Einheit gestärkt. Auf der Wilster Konferenz war man sich einig. „Das KKW darf nicht gebaut werden." Will man diese Forderung durchsetzen, muß man die Demonstrationsfreiheit fordern und sich das Recht nehmen.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 5129, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621 / 752015 – gedruckt in Hamburg – Redaktion: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 814045 – Zu bestellen über Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, Sandhofer Straße 29 6800 Mannheim – Jahresabonement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr.7/1977:32 000

Die Konjunktur ist hohl wie ein verfaulter Zahn

(Fortsetzung von Seite 1)

politisch erregbaren Basis verständnisvoll zu helfen, und zwar auch im Rahmen der Mitbestimmung." Das hat der Professor auf einer Jubiläumsfeier der „Börsenzeitung" ausgeführt.

Es ist so: Da Überproduktion von Kapital herrscht und die Krise nicht überwunden ist, brauchen die Kapitalisten die Sozialdemokraten in Regierung und Gewerkschaft nicht nur, um die Ausbeutung flott zu verschärfen, sondern auch, um die Arbeiterklasse als Rammbock gegen ihre Konkurrenten einzusetzen. Die Konkurrenten wollen sich ja nicht einfach niederkonkurrieren lassen. Wir haben dafür als Kronzeugen den britischen Sozialdemokraten genommen, damit man auch sieht, daß sich die Sozialdemokraten in den verschiedenen imperialistischen Ländern kein Härchen voneinander unterscheiden. Nur ihre Auftraggeber und deren imperialistische Interessen unterscheiden sich. Der westdeutsche Kapitalismus will den britischen Imperialismus niederkonkurrieren. Der britische Imperialismus den westdeutschen. Das macht einen Unterschied. Das macht auch den einzigen Unterschied zwischen den Sozialdemokraten der verschiedenen Länder: es sind jeweils andere Imperialisten, an die sie die Interessen der Arbeiter verkaufen.

Die imperialistischen Konkurrenten lassen sich nicht einfach niederkonkurrieren, sondern errichten zum Beispiel Schutzzölle, um das eigene imperialistische Kapital zu schützen. Es nützt also noch nichts, wenn es den BRD-Imperialisten gelingt, die Ausbeutung mehr zu verschärfen, als ihren Konkurrenten. Die westdeutschen Imperialisten drängen mit großen Mengen Exportwaren auf den Weltmarkt. Was aber machen, wenn die anderen Imperialisten die Grenzen dicht machen? Das beunruhigt die Imperialisten. Es ist einer der Gründe, warum ihre Stimmung schlecht ist.

Im „Konjunkturbericht des „Handelsblattes" heißt es dazu: „Wo also soll die Konjunktur den Treibstoff tanken, um wieder durchzustarten? Soll der Export denn immer noch einmal die Karre aus dem Dreck ziehen? Das Ausland wird es nicht mehr lange dulden, daß die Bundesrepublik ihre Probleme mit dem Export von Waren, d.h. durch den Import von Beschäftigung lösen will. Zu Lasten der Nachbarn!" Das Entsetzen ist geheuchelt.

Der Schreiber hätte natürlich nichts dagegen, die kapitalistischen Probleme der Überproduktion von Kapital auf dem Rücken der „Nachbarn" auszutragen. Aber er weiß, daß die Sache auf Krise und Krieg hinausläuft und daß die Krise des Kapitalismus ab einem bestimmten Punkt unvermeidlich die Form des Krieges annimmt. Dabei ist aber die Arbeiterklasse ein Hemmnis, denn sie ist gegen den Krieg. Also müssen die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften und unter der Arbeiterklasse nicht nur predigen, daß man die Kapitalisten unterstützen müsse im Kampf gegen ihre Konkurrenten. Die Kapitalisten wollen die Sozialdemokraten ausschicken, um zu predigen, man müsse diesen „Kampf ums Überleben" „notfalls" auch mit kriegerischen Mitteln austragen. Die sozialdemokratischen Spitzenpolitiker werden das tun, und sie haben damit bereits begonnen. Sie sind vorneweg bei der Aufrüstung des Staatsapparates für innere Unterdrückung und Aggression nach außen. Wo sich Widerstand zeigt, sind sie vorneweg in der Spaltung der Arbeiterklasse, um sie besser unterdrücken zu können.

‚Kernkraftwerke müssen gebaut werden, damit der Export verbilligt werden kann (das ist die sozialdemokratische Hoffnung!) und damit Kernkraftwerke exportiert werden können. Also muß der Bau gewaltsam durchgesetzt werden.' Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer sind dafür. All das sichert die Konjunktur und den Aufschwung, sichert die Zukunft, sagen die Sozialdemokraten.

In Wahrheit ist diese Konjunktur wirtschaftlich hohl wie ein fauler Zahn. Sie wird an den Widersprüchen zwischen den Imperialisten zusammenbrechen. Sie kann auch durch Abenteurertum und Spekulantentum wie das Kernenergieprogramm nicht gerettet werden. Wer sich auf das Konjunkturgesäusel der Sozialdemokraten einläßt, der erleichtert den Kapitalisten nicht nur die eigene Ausbeutung. Er erleichtert ihnen auch die Vorbereitung des imperialistischen Krieges. Also läßt man sich besser nicht auf das Gesäusel ein, sondern vertritt gemeinsam mit allen Arbeitern die Interessen der Arbeiterklasse.

Einschneidende Maßnahme im Handelskrieg

Kommission der EG beschließt Schutzzoll für Kugellager

Am 5.2. hat die Kommission der Europäischen Gemeinschaft einen 20prozentigen „Anti-Dumping-Zoll" für Kugellager und Kegelrollenlager beschlossen. Für zwei japanische Konzerne gilt ein Sondersatz von 10 %. Diese Zölle sind eine einschneidende Maßnahme im Handelskrieg, der sich zwischen den Vereinigten Staaten und der EG und der EG und Japan zunehmend verschärft.

Die westdeutsche Kugellagerproduktion wird von 2 Konzernen beherrscht, der Gruppe FAG-Kugelfischer und der schwedischen SKF. Beide Konzerne beherrschen zusammen 75 % des Kugellagermarktes in der BRD. Die japanischen Kapitalisten hatten bisher einen Anteil von 7 %. Um das Monopol der westdeutschen Kugellagerkapitalisten zu brechen, bieten die japanischen Kapitalisten ihre Kugellager zu Dumping-Preisen an, d.h. sie verkaufen die Kugellager billiger als anderswo, wobei sie den Preis vorübergehend knapp über den Produktionskosten oder sogar darunter halten. Die westdeutschen Kapitalisten verkaufen die Kugellager aufgrund ihrer dominierenden Stellung zu Monopolpreisen. Nach Angaben der Kapitalisten der Europäischen Gemeinschaft verkaufen die japanischen Kugellagerhersteller ihre Produkte in der EG bis zu 30 % unter dem Preis in Japan. Dadurch konnten sie den Export in die BRD im ersten Halbjahr 1976 um 50 % steigern.

Der „Anti-Dumping-Zoll" der Europäischen Gemeinschaft beträgt 20 %. 9 % betrug der Zoll bisher, so daß die Kugellager jetzt insgesamt mit 29 % besteuert werden.

Mit den Zöllen geht es den Kugellagerkapitalisten um ihre Monopolprofite. In der Krise versuchen sie trotz Überproduktion den Preis zu halten. Gleichzeitig führen sie verschärfte Angriffe auf die Arbeiter durch. Kugelfischer hat 1976 5 % der Belegschaft entlassen und hat für 1977 weitere 500 Entlassungen angekündigt.

Die Zölle in Höhe von 20 % sind vorläufig für 4 Monate beschlossen und werden danach erneut geprüft. Die Kugellagerindustrie hat jedoch, obwohl sie wertmäßig nur einen geringen Anteil an der gesamten industriellen Produktion hält, aufgrund ihrer Zulieferfunktion für die gesamte metallverarbeitende Industrie zentrale Bedeutung. Die Schutzzölle auf die Kugellager werden daher auch nicht nur eine vorübergehende Maßnahme sein. In der verschärften Jagd nach Profit stoßen dabei nicht nur die Kapitalisten der verschiedenen Länder aneinander. So kritisieren die Kapitalisten der Eisen-, Metall- und Blechwarenindustrie der BRD den Beschluß der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, weil sie sich von billigeren Kugellagern höhere Profite versprechen. Das Kapital hat ausschließlich den Profit im Kopf, auch wenn es das Profitinteresse als nationales Interesse an den Mann zu bringen versucht. Diese Roßtäuscherei wird sich verstärken.

Schulalltag Realschule: Schikane und unwürdige Behandlung

Pinneberg. Der Lehrer Dammers, der sich besonders viel Mühe gibt, die Schüler zu unterdrücken, zu billigen und willigen Arbeitskräften zu erziehen, stößt hierbei auf immer heftigeren Widerstand.

Um die Klasse 5b der Realschule Pinneberg nun in seinen Griff zu bekommen, schrieb der Sozialdemokrat Dammers den Eltern einen Brief, in dem er behauptete, ein Drittel der Klasse sei unsozial und würde den Unterricht behindern. Namen nannte er keine, mit dem Ziel, die Schüler zu spalten. Die Schüler forderten daraufhin ihre Teilnahme am nächsten Elternabend und sammelten dafür Unterschriften. Bis auf einen unterschrieb die ganze Klasse. Diese Liste wurde dem Elternvertreter überbracht.

Ein weiteres Mittel der Spaltung scheiterte ebenfalls. Dammers ließ die Schüler vor der nächsten Zensurenvergabe sich selber einschätzen. Damit sollten die Schüler gegeneinander ausgespielt und der Egoismus des Einzelnen geweckt werden. Doch die Schüler fielen auf diesen Trick nicht herein. Sie gaben sich alle eine Drei.

Der Lehrer Dammers hat nun seine eigene Methode, seine Schüler zu disziplinieren: „1. „Nach dem Fehlverhalten eines Schülers erfolgt eine persönliche Warnung, wenn nicht eine allgemeine deutliche Warnung an die gesamte Klasse vorher ergangen ist. 2. Beim zweiten Fehlverhalten in einer Unterrichtsstunde belege ich den Schüler mit einer Arbeit, in der er über die Folgen seines Fehlverhaltens nachzudenken hat, oder einer Übungsarbeit zum jeweiligen Stoff. 3. Bei nicht erledigten Arbeiten erfolgt der nächste Schritt. 4. Sollte jemand mehr als zweimal in einem Halbjahr mit einer schriftlichen Arbeit bestraft worden sein, beginnt der juristische Weg mit Eintragungen ins Klassenbuch, wie es der Maßnahmenkatalog der Schule vorsieht." (aus dem Brief an die Eltern)

Eine Methode ist auch, daß er z.B. plötzlich in die Luft springt und dabei wie ein Verrückter schreit, sich dann auf die Erde fallen läßt und mit den Fäusten auf dem Boden herumtrommelt. Dieses Schauspiel veranstaltete er schon früher in der 10. Klasse. Diese Form der Einschüchterung klappt zu seinem Bedauern jedoch nicht mehr.

Auch beschimpft er die Kinder als Idioten. Im Sportunterricht wies die Klasse ihn daraufhin, daß sie ja auch nicht das Recht hätten, so mit ihm zu reden.

Deutliche Warnungen sehen auch so aus, daß die ganze Klasse antreten und im Dauerlauf um die Schule oder die Fahrradständer laufen muß. Die zweite Methode sind schriftliche Arbeiten, in denen der Schüler über die Folgen seines „Fehlverhaltens" schreiben muß. Z.B., daß er sich damit seine Zukunft verbaut. Denn wer schlecht ist, kommt zur Hauptschule

In einer 7. Klasse wurden ähnliche Briefe verschickt. Empört sind die Schüler, daß Lehrer die Mädchen-Toilette kontrollieren, ob geraucht wird. Das sieht dann so aus, daß Dammers dann im Nachbarklo auf die Brille steigt und über die Trennwand schaut. Ein Mädchen mußte sich vor kurzem täglich gegen diese Aufdringlichkeit wehren. Dieses Mädchen hat ihm eine geklebt. – (Zelle Pinneberg)

Kämpfe und Forderungen der Schüler und Lehrer

Hamburg. Gegen den Schulgesetzentwurf streikten am 27.1. vier Klassen des Gymnasiums Hartsprung. Die Schüler der Fachoberschule für Sozialpädagogik führten einen Aktionstag durch. Vorangegangen war die Gründung von Gesamtschülerräten in Langenhorn, die Aktivitäten wie Flugblattherausgabe und Durchführung einer Veranstaltung gegen den Schulgesetzentwurf durchführten. Zweihundert Schüler der Gewerbeschule 13 faßten auf einer Vollversammlung einen Beschluß gegen den Gesetzentwurf und sammelten Geld, um die Resolution zu verschicken an die Asten, die Schülerkammer und die Schülerräte. Geplant wird eine Demonstration gegen den Schulgesetzentwurf.

Gegen die Umwandlung der Volksschule Eulenkamp in eine Handelsschule wehren sich Eltern, Schüler und Lehrer. Zwanzig Lehrer, die in der neuen Handelsschule unterrichten sollten, melden sich geschlossen krank. Lehrer der Denksteinschule wehren sich ebenfalls, dort zu unterrichten und so den Boykott zu brechen.

Die Vollversammlung der Gewerbeschule 5 (Drucker, Friseure) fordert 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Wochentagen. Verhandlungen mit der Schulleitung über die Länge des Blockunterrichts werden boykottiert.

Die Personalversammlung der Lehrer an Volks- und Real- und Sonderschulen beschließt die Ablehnung aller Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für arbeitslose Lehrer, keine Teilzeitvertäge, keine Zweidrittel-Stellen und Einstellung aller Lehrer mit voller Stundenzahl auf A 13

Hannover. Gegen die Versetzung einer Lehrerin an eine andere Schule und die Auflösung einer zweiten Klasse mitten im Schuljahr streiken die Schüler der zweiten Klasse der Hauptschule Mühlenberg seit dem 19.1.. 400 Unterschriften gegen die Auflösung der Klasse wurden bisher gesammelt.

Niedersachsen. Vom 7.2. bis 13.2. mußte der Landesschülerrat eine landesweite Aktionswoche gegen die Einführung des Remmers-Erlasses durchführen. Der Remmers-Erlaß beinhaltet weitere Verschärfungen (bestimmte Zensuren müssen erbracht sein), um den qualifizierten Haupt- bzw. Realschulabschluß zu bekommen und um zugelassen zu werden zur Sekundarstufe 2, die zum Abitur führt.

Durchgeführt wurden Veranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen in den einzelnen Städten.

Meppen. Die Studienreferendare am Studienseminar Meppen stellen einen Forderungskatalog auf, mit dem sie die Streichung sämtlicher Schikanen wie Pflichtreferate in den Fachseminaren, Hausaufgabenzwang, Pflicht, mehrseitige Protokolle anzufertigen, fordern. Sie stellen der Seminarleitung ein Ultimatum.

Peine. Der Schülerrat der Realschule Peine fordert: Weg mit dem Notensystem.

Osnabrück. Vor der Zeugnisvergabe werden in einer organisierten Aktion sämtliche Klassenbücher und Kurslisten am Ratsgymnasium entwendet.

Der Schülerrat der Gesamtschule Schinkel führt den Kampf um neue Räume, gegen die Unterdrückung durch das Notensystem. Er gibt Flugblätter heraus und bereitet einen Streik vor.

Am Berufsschulzentrum Natruper Straße fordern die Maurerlehrlinge der Unterstufe, nachdem sie an einem Tag neun Stunden lang zur Schule gehen sollen: 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Wochentagen.

Die Vertreterversammlung der GEW Osnabrück beschließt eine Resolution gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und gegen die Berufsverbote.

Bodenfelde. An der Gesamtschule treten die Eltern und Schüler gegen die Einführung eines Kurssystems auf. Sie fordern die Streichung des Zusatzes a- oder b- Kurs aus den Zeugnissen.

Wildeshausen. Fünfzig Eltern und Schüler fordern an der Berufsschule Wildeshausen: Keine Fünfen und Sechsen mehrn, keine Hausaufgaben, weg mit den Schnellschreibnormen und keine Benotung im Fach Stenografie.

Westberlin. Auf der Personalversammlung in Neukölln sprechen sich die 600 Lehrer gegen die Folgen der kapitalistischen Rationalisierung im Schulbereich, gegen die politische Entrechtung der Lehrer, gegen Besoldungsrückstufungen und Arbeitszeitverlängerung aus. Sie fordern vom Personalrat, in dieser Weise tätig zu werden.

Die Oberstufe der Arndtschule beschließt mit übergroßer Mehrheit, gegen die Normenbücher zu kämpfen. Streik wird debattiert.

An der Klingenberg-Berufsschule werden Zeugnisse ohne Benotung oder mit Einheitnote verlangt, weil der Unterricht zu zwei Dritteln ausgefallen ist.

Im Bezirk Kreuzberg sind die Klassenzusammenlegungen an den Grundschulen am Kampf der deutschen und ausländischen Eltern gescheitert. Jetzt werden alle Klassen aufgefüllt bis 35 Schüler.

Alle Vertrauensleute des Bezirks und die Elternvertreter beschließen: Vorbereitung einer Großveranstaltung vom Arbeitskreis Neue Erziehung und GEW, um Kampfmaßnahmen für März gegen die Rationalisierungsmaßnahmen und Klassenzusammenlegungen zu beraten. Seit einem Monat gibt es Schülerstreiks und Demonstration an den sechs Kreuzberger Hauptschulen gegen die Entlassung von Lehrern und die Klassenzusammenlegungen.

Indien im Würgegriff der Imperialisten

Der Kampf der unterdrückten Volksmassen läßt sich aber nicht auf Dauer knebeln

Gegenwärtig laufen in Indien Wahlen zum Unterhaus. Der Ausnahmezustand, der seit 19 Monaten besteht, ist dazu teilweise gelockert worden. Versammlungen sind zugelassen, bürgerliche Politiker, die nicht der Kongreßpartei angehören und seit der Verkündung des Ausnahmezustandes unter Hausarrest standen, sind freigelassen. Mittlerweile gab es die ersten Wahlversammlungen der Kongreßpartei und der Oppositionsparteien. Diese haben sich zu einem bürgerlichen Block zusammengeschlossen, um gemeinsam die seit der Unabhängigkeit 1947 regierende Kongreßpartei zu schlagen. Auch die in den letzten Tagen sich von der Kongreßpartei abgespaltene Gruppe um den bisherigen Landwirtschaftsminister Ram hat sich diesem Block als eigene Partei angeschlossen. Nur die revisionistische Kommunistische Partei Indiens steht fest auf der Seite der Kongreßpartei.

„Wiederbelebung der Demokratie in Indien" heißt es in der bürgerlichen Presse. Darum geht es schon. Die parlamentarische Demokratie, die Wahlen sollen in Indien erneut als Mittel dienen, den Unmut der Volksmassen über die rigorose Ausbeutung und Ausplünderung des Landes durch die Imperialisten und die einheimische Kompradorenbourgeoisie der Großgrundbesitzer und das bürokratische Kapital in Form des bürgerlichen Staats aufzufangen. Die bürgerliche Opposition, die die Politik Indira Gandhis und der Kongreßpartei gegenwärtig scharf angreift, den Ausnahmezustand verurteilt und seine Aufhebung fordert, Enthüllungen über die Regierungspolitik bringt, wie z.B. die unter der Geburtenregelungskampagne der Kongreßpartei zwangsweise durchgeführten Sterilisierungen von Zehntausenden von Indern, hat dabei genau die Funktion, den Unmut auf ihre Mühlen, auf die Mühlen des bürgerlichen Parlaments, zu lenken und die „Gefahr der Revolution zu bannen". „Beginnt sich die Preisspirale nach längerem Stillstand wieder in Bewegung zu setzen, so wird sich für die Kongreßpartei auszahlen dürfen, daß die Wähler zu den Urnen gerufen werden, bevor die inflationistischen Gefahren unter Umständen feste Formen annehmen", schreibt die „Neue Zürcher Zeitung".

Preiserhöhungen stehen also ins Haus. „Feste Formen", das heißt für weitere Millionen von Indern Hunger und Armut. Streiks werden stattfinden, Betriebe besetzt werden, Massendemonstrationen gegen Hunger und Armut veranstaltet werden, Landbesetzungen durchgeführt und Großgrundbesitzer zum Teufel gejagt werden, Lebensmittellager von den Massen in Besitz genommen werden. „So hat Indira Gandhi auch schon die Weisung ausgesprochen an die staatlichen Industrieunternehmen des Landes, auch bei unzureichenden Nettogewinnen ihren Arbeitern einen Bonus von 100 Rupien zu zahlen." (Neue Zürcher Zeitung; 1 Rupie: 0,36 DM)

Der Ausnahmezustand, ursprünglich verhängt, weil die parlamentarische Demokratie sich als untauglich erwiesen hat, die indischen Volksmassen ruhig zu halten gegenüber den Imperialisten, insbesondere den beiden Supermächten USA und UdSSR sowie den alten britischen Kolonialisten, die das Land ausbeuten, gegenüber dem Ausverkauf des Landes durch die indischen Kompradoren, erweist sich jetzt als gezieltes Instrument, die parlamentarische Demokratie wieder hoffähig zu machen.

Wie kommt es zu dieser Lage? Die indische Kompradorenbourgeoisie versucht seit Jahren eine Schaukelpolitik gegenüber den verschiedenen Imperialisten, was dazu führt, daß die Ausbeutung des Landes durch die Imperialisten immer mehr steigt. Auf der einen Seite sind die alten Kolonialisten, die britischen Imperialisten, nie richtig vertrieben worden aus dem Land und haben heute noch großen wirtschaftlichen Einfluß. Gleich nach der Unabhängigkeit sind dann die USA-Imperialisten nachgezogen und haben ihren wirtschaftlichen Einfluß ausgebaut. Anfang der siebziger Jahre dann haben die indischen Bourgeois mit den Sozialimperialisten einen „Freundschaftsvertrag" geschlossen, der sowohl Wirtschaftshilfe umfaßte als auch die Sowjetunion zu einer „Schutzmacht" für Indien machte. Damit bekam die indische Regierung freie Hand für ihre Abenteuer im Krieg gegen Pakistan, welcher zur Spaltung dieses Landes und zur Gründung von Bangla Desh führte.

Der Freundschaftsvertrag ist auf der Grundlage der sowjetischen Theorie von der „internationalen Arbeitsteilung" entstanden. Dieser Theorie gemäß haben die Sozialimperialisten „einige unter ihrer Kontrolle stehenden osteuropäischen Länder gezwungen, die industrielle und landwirtschaftliche Produktion zu reorganisieren und auf das Recht auf eine unabhängige Entwicklung der Wirtschaft zu verzichten". Diese Länder wurden dann zu Zuliefererbetrieben, welche die sowjetische Industrie mit Ersatzteilen versorgen, oder zu Gemüsegärten gemacht. Diese Arbeitsteilung versuchen die Sozialimperialisten auch auf die Länder der Dritten Welt auszudehnen. Indien soll dabei insbesondere die Funktion des Abnehmers von Stahlprodukten, ausrangierten Werkzeugmaschinen und gewissen Rohstoffen (z.B. Erzen) haben. Die Sozialimperialisten versuchen, sich auf alle Bereiche der indischen Wirtschaft auszudehnen, da Indien reich an Rohstoffen ist und viele billige Arbeitskräfte hat.

Es werden Fabriken in Indien gebaut, die für die Sowjetunion Maschinen und Ausrüstungen liefern. Die Produkte dieser Fabriken gehen dann an die Sowjetunion, um damit die Investitionen für Ausrüstungen zurückzuzahlen. Es handelt sich um imperialistischen Kapitalexport reinsten Wassers.

Die Kredite, mit denen die Sowjetunion ins Geschäft einsteigt, sind zumeist an harte Bedingungen geknüpft und von ausgeprägtem Wuchercharakter. Müssen die Inder zum einen die Kredite, die zu hohen Zinsen ausgegeben werden, in Form der dann in den Fabriken produzierten Produkte zurückzahlen, oft unter Weltmarktpreis, so müssen sie andererseits – das entspricht auch den Kreditabmachungen – auch noch mit Rohstoffen zahlen. Große Mengen von Erzen, Jute, Leder und Gewürzen gehen da in die Sowjetunion.

Der Schwerpunkt der Kreditvergabe liegt aber in der Schwerindustrie und Grundlagenindustrie. Es ist klar, wer die Kontrolle dieser Wirtschaftszweige ausübt, hat die Kontrolle über die indische Wirtschaft insgesamt. Der Anteil der von der Sowjetunion kontrollierten Wirtschaftsteile liegt in der Schwermaschinenindustrie bei 85 %, Erdöl 35 %, Stahl 40 %, Stromerzeugung 20 % (Peking Rundschau 46/75). Kontrolle, das heißt Planung der Projekte, Montage unter Aufsicht und durch Mitwirkung von Spezialisten aus der Sowjetunion, weiter Materiallieferung ebenfalls aus der Sowjetunion (wozu man festhalten muß, daß die Qualität oftmals schlecht ist und über Weltmarktpreisen bezahlt werden muß) bis zur Leitung und Verwaltung des Werkes nach Inbetriebnahme.

„Den Berichten der indischen Zeitung ‚Economic Times' ist zu entnehmen, daß die Sowjetunion zum Zeitpunkt der endgültigen Schuldentilgung seitens Indiens 565,7 % ihrer Kredite in Höhe von 1,94 Milliarden US-Dollar, die sie seit 1954 dem Land gewährt hat, wieder herausgeholt haben wird. In den letzten Jahren mußte Indien in jedem Jahr mehr Geld an die Sowjetunion für die Schuldentilgung bezahlen, als es von ihr an neuen Darlehen erhält." (Peking Rundschau 24/76)

Aufnahme neuer und Rückzahlung alter Schulden an die Sowjetunion durch Indien

in Millionen US-Dollar

Fiskaljahr	Schuldenneuaufnahme	Rückzahlung alter Schulden	Verhältnis von Schuldenneuaufnahme zu -rückzahlung
1968-69	52,5	78,7	1 : 1,50
1971-72	242,5	437,5	1 : 1,80
1973-74	17,8	72,7	1 : 4,08

Rücksichtslos gehen die Sozialimperialisten beim Schuldeneintreiben vor (vergleiche KVZ 6/76, Seite 1). Diese Machenschaften haben mit zur starken Verschuldung Indiens geführt.

Konkurrenz und Kampf um Vorherrschaft in diesem Gebiet haben die Sozialimperialisten mit den USA-Imperialisten, aber auch in starkem Maße mit den britischen Imperialisten, die als alte Kolonialmacht an der Ausbeutung Indiens beteiligt sind. Britisches Kapital ist in großem Ausmaß in der indischen Landwirtschaft beteiligt. Keineswegs sind die westlichen Imperialisten darauf beschränkt, auch sie drängen mit Kapitalanteilen in den staatlichen Sektor der indischen Industrie, wo die Schwerindustrie konzentriert ist. Die hohe Beteiligung der Briten in der Landwirtschaft hat historische Ursachen aus der Kolonialzeit. Anteile an Tee und Kautschuk sowie Baumwollplantagen sind nicht selten. Die USA-Imperialisten haben sich in diesen Sektor hineingedrängt. Die sogenannte „grüne Revolution" – eine von den Imperialisten, insbesondere den USA, im Bündnis mit den indischen Kompradoren eingeleitete Umwälzung der indischen Landwirtschaft, hat ausländische Investoren in großem Umfang „angezogen" und wurde zur großen Profitquelle. Diese „grüne Revolution" hat die Aufgabe, die feudalen Strukturen der Landwirtschaft, den kleinbäuerlichen Ackerbau und die Pacht zu beseitigen und die Großgrundbesitzer in kapitalistisch wirtschaftende Großbauern umzuwandeln. All das bedeutet Ausbau des Straßennetzes, Traktorenbau und deren Einfuhr, Bewässerungsanlagen, Ölmotoren, elektrische Pumpen usw. Dieser Handel läuft über britische und amerikanische Tochterfirmen und über indische Kompradoren. Jedenfalls konnten durch diese „grüne Revolution" die USA-Imperialisten stärker auf den indischen Markt eindringen. Viele Kredite wurden vergeben. Kaum stehen sie da den Sozialimperialisten nach. In der letzten KVZ konnten wir berichten, wie über die Raumfahrtindustrie die USA-Imperialisten den Ausbau des Rundfunk- und Fernsehnetzes in Indien in der Hand halten.

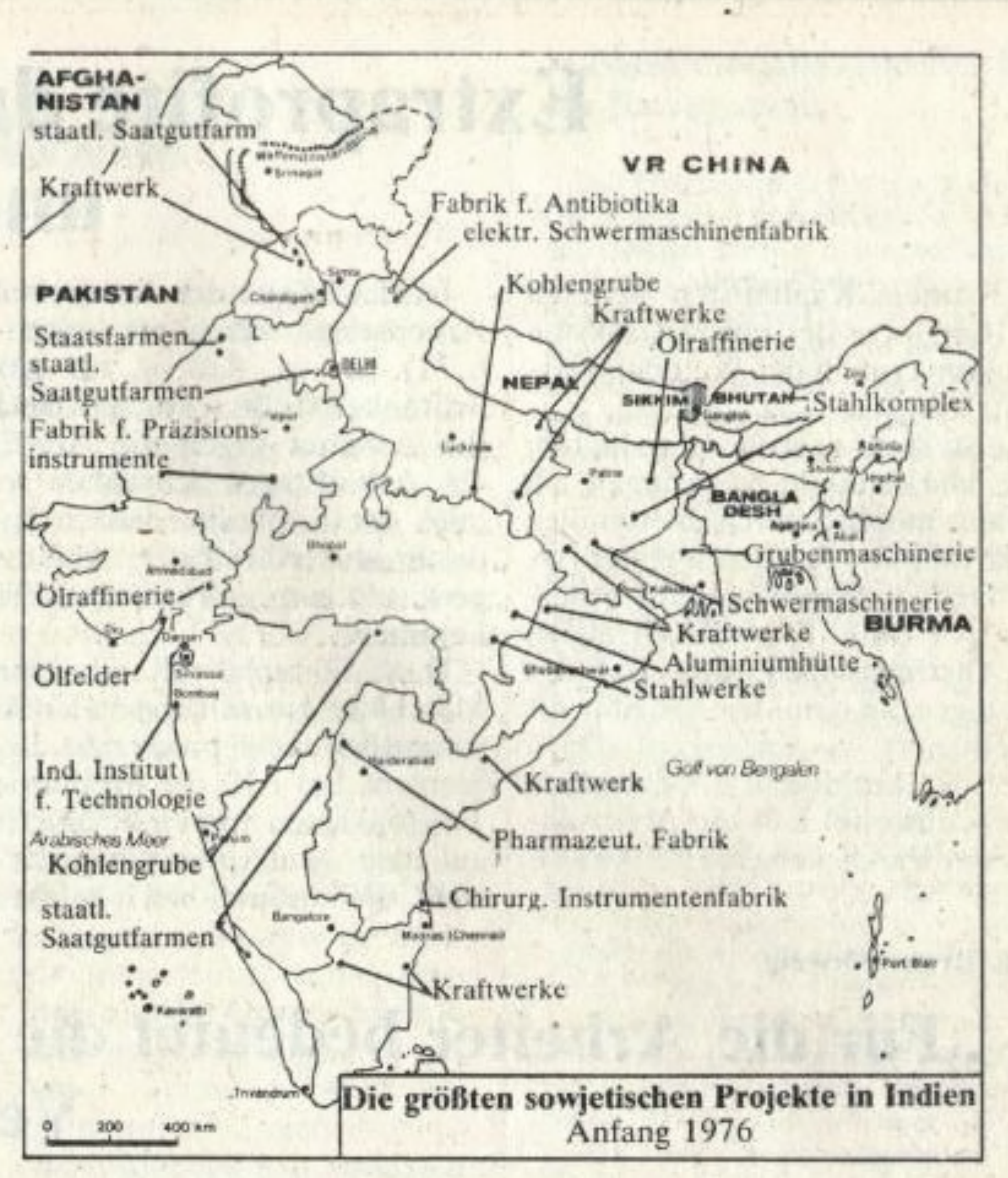
Die gewaltsame Vertreibung von Hunderttausenden von kleinen Bauern, die hemmungslose Ausbeutung und Ausplünderung Indiens durch die Imperialisten, die Bereicherung der indischen Kompradoren mußte den Widerstand der indischen Arbeiter und Bauern hervorrufen. Die Naxalitenbewegung Ende der sechziger Jahre in Indien ist bis heute Vorbild für die Kämpfe der indischen Landbewohner. Die Arbeiterbewegung Indiens, die schon eine lange Kampftradition hat, erhob sich immer wieder in mächtigen Streiks. Der in den letzten Jahren bekannteste Streik war der der Eisenbahner und Elektrizitätsarbeiter im Jahre 1974. Damals streikten 1,8 Millionen Beschäftigte der Eisenbahn. Die Zerschlagung dieses Streiks durch Polizei und Militär war schon Vorbote des Versuchs der indischen Kompradoren und der Imperialisten, die Bewegung der Volksmassen niederzuhalten. Noch heute sind Kämpfer der Naxaliten, insbesondere auch Mitglieder der CPI/ML, in den Kerkern Indiens, ebenso wie Tausende von Gewerkschaftern und Führern der Arbeiterbewegung. Diese wurden mit Lockerung des Ausnahmezustandes nicht freigelassen, ebensowenig wurde das Streikverbot aufgehoben noch das Verbot marxistisch-leninistischer Organisationen.

Gegenwärtig heißt es in der bürgerlichen Presse: „Indien sei aus den roten Zahlen". „Bonn geht davon aus – wie verschieden der Ausnahmezustand auch bewertet werden möge – eine innenpolitische Stabilisierung sei erreicht worden, die es zu einem interessanten und verläßlichen Partner machen." „Auch der Export ist gegenüber dem Import gestiegen. In starkem Maße an Stahlrohren, Werkzeugen, Alluminiumerzeugnissen, Kabeln, Fahrrädern."

Das sind die Ergebnisse des imperialistischen Kapitalexports. Und wenn man weiß, wohin diese Exporte gehen, dann ist auch klar, warum der Import fällt, sie können es nicht bezahlen. Schauen wir an, was Indien importieren muß: z.B. 700 000 Ballen Baumwolle (!) werden im Rechnungsjahr 1976/77 erwartet. Indien ist das Land, was eigentlich 25 % der Weltbaumwollernte erbringen müßte. Die jahrzehntelange rigorose Ausbeutung durch die britischen Imperialisten hat die Erträge jährlich verschlechtert, so daß Indien gezwungen ist, diese Rohstoffe einzuführen. „Weizen sei genug vorhanden", man brauche nicht importieren. Die Lager sind voll. „Gleichzeitig wolle man aber mehr Sojabohnen einführen." Die Preissteigerungen werden vorbereitet, die die Massen zwingen werden, auf Sojabohnen umzusteigen, weil der Weizen nicht mehr zu erstehen ist. Auch sind die Winterernten wieder schlechter gewesen in Indien. Auf der Auftaktkundgebung von Indira Gandhi zum Wahlkampf hat es Zwischenrufe und Schlägereien mit der Polizei gegeben. Das ist nicht das erste Mal.

In den großen Hungerstreiks in den Jahren 1974/75, wo Hunderttausende die Nahrungsmitteldepots und Geschäfte plünderten um zu überleben, haben die Massen Indira Gandhi auf einer Kundgebung am Reden gehindert und ihr zugerufen: „Gib uns Nahrung, nicht Worte". Dann flogen Steine und Schuhe.

Ein Bündnis zwischen den Volksmassen Indiens und den Imperialisten und ihren Kompradoren kann es nicht geben. Diese Erfahrungen lassen sich auch nicht durch ein Wahlmanöver auslöschen. Die nationale und soziale Befreiung Indiens wird nur erreicht werden durch die bewaffnete Revolution. – (jk)



Die größten sowjetischen Projekte in Indien
Anfang 1976

Eisenbahnerstreik 1974

Am 8. Mai 1974 traten die 1,7 Millionen Eisenbahnarbeiter Indiens in den unbefristeten Generalstreik. Ihre Forderungen waren: 75 Prozent Lohnerhöhung bei einer Preissteigerungsrate zwischen 20 und 30 Prozent, Zahlung eines 13. Monatsgehaltes und Arbeitszeitverkürzung. Die Eisenbahn, die die britischen Kolonialisten Mitte des 19. Jahrhunderts bauen ließen, ist mit ihren 58 000 Kilometern Streckennetz für die Imperialisten auch heute noch das wesentliche Transportmittel, mit dem sie die geraubten Reichtümer des Landes und die Produkte der Arbeiter und Bauern an die Umschlagplätze befördern. Deshalb, vor allem aber wegen der Einheit und Entschiedenheit, mit denen die Eisenbahnarbeiter ihre Forderungen durchsetzen wollten, wegen der Unterstützung, die ihr Kampf unter den indischen Industriearbeitern und den Arbeitern im öffentlichen Dienst fand, reagierte die Gandhi-Regierung wütend. Die Löhne vom Monat vorher wurden nicht an die Eisenbahner ausgezahlt, in ihren Wohnsiedlungen wurden Wasser und Strom abgestellt. Massenverhaftungen wurden durchgeführt, so daß nach 20 Tagen 50 000 Arbeiter inhaftiert waren, die Gewerkschaftsführer waren zum Teil schon vor dem Streik verhaftet worden, Polizei und Armee wurde gegen die streikenden Arbeiter eingesetzt. Der Kompradorenregierung ist es gelungen, den Streik mit diesen Mitteln zu zerschlagen. Für die Arbeiterklasse war dieser Streik, der größte seit 1947, ein wichtiger Kampf, der gezeigt hat, daß die Bourgeoisie ohne die Produzenten hilflos ist und daß die Arbeiter die Kraft haben, das Kompradorenregime und den Imperialismus zu zerschlagen.

Aufstand der Bauern

Aufstand der Bauern

Im März 1967 entfachten die Bauern von Naxalbari und in anderen Gebieten den bewaffneten Kampf, der ganz Indien erschütterte. Dem folgte 1968 eine Erhebung der revolutionären Bauern in Andhra Pradesch im Südosten Indiens gegen die brutale Herrschaft der indischen Großgrundbesitzer. Der Kampf dehnte sich im August 1969 auf 19 weitere Gebiete aus. Bewaffnet besetzten die Bauern die Ländereien der Großgrundbesitzer und verteilten das Land unter sich auf. „Die bewaffneten Bauern im Distrikt Sirkakulam überfielen auch einige Plantagen der Gutsbesitzer und erbeuteten dabei Gewehre und Sachwerte. Einige despotische Gutsbesitzer, die ungeheure Verbrechen begangen und große Blutschuld auf sich geladen hatten, wurden hingerichtet.

Am 19. Mai verurteilten sie in Sompeta zwei Großgrundbesitzer, die schwere Verbrechen begangen hatten, zum Tode. Ihr Besitz wurde konfisziert." (Peking Rundschau 32/69)

Das Kompradorenregime hat den Aufstand der Bauern blutig zerschlagen. Sirkakulam wurde zum „Störgebiet" erklärt, in dem die bestehenden Gesetze nicht mehr galten, die Ernten wurden verbrannt, Tausende von Menschen in Wehrdörfer zusammengetrieben, die Führer der Bauern Jahre später zum Tode verurteilt.

„Alle Reaktionäre versuchen die Revolution durch Massaker abzuwürgen. Sie bilden sich ein, daß die Kräfte der Revolution um so mehr geschwächt würden, je mehr Menschen sie töten. Aber im Gegensatz zu diesem reaktionären subjektiven Wunsch stehen die Tatsachen: Je mehr Menschen von den Reaktionären getötet werden, um so mehr nehmen die Kräfte der Revolution zu und um so mehr nähern sich die Reaktionäre ihrem Untergang. Das ist ein unwiderstehliches Gesetz." (Mao Tsetung)



Extraprofite durch Steigerung der Produktivkraft und Druck auf den Lohn

Die Siemens-Kapitalisten nehmen in der Rangfolge der umsatzstärksten Elektrokonzerne in der Welt den vierten Platz ein.

Diese Stellung zu erobern, zu halten, weitere Marktanteile zu erringen, all dies ist nur möglich durch die ständige Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter. Der Siemens-Kapitalist unternimmt, wie alle Kapitalisten, dazu große Anstrengungen, den Teil des Arbeitstages, an dem der Arbeiter für ihn produziert, zu verlängern. Dazu dehnt er die Arbeitszeit des einzelnen Arbeiters aus oder läßt die Arbeit intensivieren durch verschärfte Antreiberei.

Ist das Mittel der Ausdehnung des Arbeitstages erschöpft (siehe KVZ 6/77), sei es, daß es auf physische Schranken stößt, sei es, daß der Kampf der Arbeiter gegen die Ausdehnung des Arbeitstages Schranken setzt, so muß der Kapitalist danach trachten, die Produktivkraft der Arbeit zu steigern, um zum gewünschten Erfolg zu kommen.

Dazu führen die Kapitalisten neue Maschinen ein, mit denen der Arbeiter wesentlich mehr produziert als zuvor. Siemens hat z.B. die Produktion von Telefonkästen von elektromechanisch auf halb- und vollautomatisch umgestellt, die Produktion wird elektronisch gesteuert. Solange der Siemens-Kapitalist der einzige ist, der diese neue Produktionsmethode anwendet, ist der Wert der Telefonkästen, die bei Siemens produziert werden, niedriger als der durchschnittliche gesellschaftliche Wert der Telefonkästen. Denn: Der Wert der Telefonkästen bestimmt sich danach, wieviel Zeit zur Produktion der Telefonkästen durchschnittlich benötigt wird.

Der Siemens-Kapitalist ist in einer günstigen Lage. „Seine" Telefonkästen liegen unter dem gesellschaftlichen Durchschnittswert, er wird sie jedoch zu ihrem gesellschaftlichen Wert verkaufen oder etwas darunter, auf keinen Fall zu ihrem individuellen Wert. So erzielen sie einen Extraprofit.

Dann sagt der Siemens-Kapitalist noch, daß er den Arbeitern mit der neuen Maschinerie die Arbeit erleichtert hat, läßt Methoden ausklügeln, mit denen dann „wissenschaftlich" begründet der Lohn gesenkt wird. Weiter wird er danach trachten, die neue Maschinerie jede Minute in Bewegung halten zu lassen, vollkontinuierliche Schichten einzuführen.

Wenn auch andere Kapitalisten die neue Produktionsmethode einführen, entfällt für den Siemens-Kapitalist der Extraprofit und er muß weitere Methoden ersinnen, die Produktivkraft zu steigern, um den Arbeiter noch stärker auszubeuten. So sagt denn auch der Siemens-Kapitalist jetzt schon, daß er die Rationalisierungsinvestitionen weiter steigern will und da keine Kosten scheut.

Die Arbeiterklasse hat ein großes Interesse an der Steigerung der Produktivkraft. Im Kapitalismus jedoch führt jede Steigerung der Produktivkraft zur Steigerung der Arbeitsqual, zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, zum Lohnraub und zur Vermehrung des Reichtums der Kapitalisten. Die Arbeiterklasse, die erste Produktivkraft, wird unterdrückt.

Siemens Braunschweig

„Für die Arbeiter bedeutet die Einführung der neuen Bohrstraße nichts anderes als Verschärfung der Ausbeutung"

„Aufgreifen neuer Techniken", „Rationalisierung" und „Einsatz neuer Produkte, deren Fertigung weniger personalintensiv ist", – auf dieser Linie haben die Siemens-Kapitalisten im letzten Jahr ihre „Wettbewerbsfähigkeit" erhöht (Siemens-Mitteilungen 12/76).

Gleichzeitig mit der Ausweitung der Akkordarbeit und Veränderung der Arbeitsabläufe in ganzen Abteilungen haben die Siemens-Kapitalisten in den letzten zwei Jahren im Braunschweiger Werk vor allem mit der Einführung neuer Maschinen rationalisiert. 1974 wurden die Bohrmaschinen für den Druckerbock des Fernschreibers FS 100 durch eine neue Bohrstraße ersetzt. Die Bohrstraße hat 1 Million DM gekostet – Kapital, das als Mehrwert aus den Arbeitern herausgepreßt wurde. Wurden vorher an verschiedenen Maschinen mit längeren Transportwegen die einzelnen Arbeitsgänge nacheinander durchgeführt, führt diese Bohrstraße 193 Bohrungen, Flach- und Spitzsenkungen in mehreren Schritten nacheinander aus. Keine einzige Vorrichtung braucht mehr zwischen den einzelnen Arbeitsgängen ausgewechselt zu werden.

In der Dreherei-Vorfertigung-Eisenbahnsignaltechnik wurden mehrere numerisch gesteuerte Drehautomaten der 1. Generation (Primaten) durch einen Pittler-NC-Drehautomaten NFL 200 ersetzt. Dieser Volkautomat speichert ein komplettes Bearbeitungsprogramm und bearbeitet mit bis zu 12 verschiedenen Werkzeugen ein Werkstück in verschiedenen Arbeitsgängen, ohne Werkzeugwechsel oder Ausspannen des Werkstücks. Der die Maschine bedienende Arbeiter beschickt die Maschine nur noch mit Material und hat sie zu überwachen, einzuschalten und die fertigen Teile herauszunehmen. Einzelne Bearbeitungsfolgen können ohne Lochstreifenänderung direkt mit Eingabetastatur während des Arbeitsablaufs geändert werden.

In der Stanzerei- Vorfertigung-Fernschreiber wurden mehrere ältere Stanzpressen und einige Schleifmaschinen durch eine numerisch gesteuerte Feinstanzpresse ersetzt. Auch sie ersetzt mehrere Arbeitsgänge an verschiedenen Maschinen. Sie stanzt Bleche bis 20 mm Dicke mit einer Oberflächenqualität, die früher nur durch Schleifen erreichbar war. Außerdem kann sie biegen, Prägen und Fließpressen in einem Arbeitsgang. Die beiden letzteren Maschinen haben jeweils einen Wert von einer dreiviertel Million DM.

Ihr Gebrauchswert für die Kapitalisten ist offensichtlich. Sie bedeuten eine ungeheure Vergrößerung der Produktivkraft der Arbeit. Mit Hilfe dieser Maschinen können die Kapitalisten einen riesigen Extraprofit gegenüber ihren Konkurrenten einstecken. Zum Beispiel ist die Fertigungszeit für den Druckerbock mit der neuen Bohrstraße von früher 71 Minuten auf 4 Minuten verkürzt.

Für die Arbeiter heißt die Einführung der neuen Maschinerie nichts als Verschärfung der Ausbeutung. Die Arbeitshetze an diesen Maschinen ist ungeheuer gestiegen. Mit der Fertigung des Druckerbocks waren früher ca. 25 Männer und Frauen beschäftigt, heute sind es ein Facharbeiter und drei Frauen. Mit der NC-Drehmaschine wurden ca. 10 Arbeiter wegrationalisiert, mit der Feinstanzpresse ebenfalls mindestens 10 Arbeiter. Der Produktionsausstoß ist der gleiche geblieben oder wurde sogar erhöht, er muß von wesentlich weniger Arbeitern bewältigt werden. Die Frauen an der Bohrstraße wurden gleich noch eine Lohngruppe tiefer gestuft, weil die „Arbeit ja leichter geworden ist". – (Zelle Siemens Braunschweig)



„Rationalisierung bedeutet für viele Mitarbeiter eine Verbesserung der Struktur ihrer Arbeitsplätze: hier im Gerätewerk Amberg wurden Plätze für Kleingruppen eingerichtet. Dies bringt dem einzelnen mehr Selbständigkeit und Vielseitigkeit sowie erweiterte Verantwortung. Größere Zufriedenheit führt auch zu besseren Arbeitsergebnissen." (Aus: Geschäftsbericht Siemens 1974/75)

Siemens München

1 Abteilung, 7 Arbeiterinnen, 3 Lohngruppen

Bei Siemens sind in der Produktion hauptsächlich Frauen beschäftigt, vor allem in der Halbleiterfertigung. Diese Arbeit verlangt große Geschicklichkeit und Konzentration. Dabei muß Schicht gearbeitet werden.

Ständig werden die Pausen zusammengestrichen. Die Arbeitshetze ist so stark, daß z.B. in der MOS-Abteilung (integrierte Schaltkreise), wo die Arbeiterinnen 8 Stunden am Mikroskop sitzen, spätestens nach fünf Jahren die Augen geschädigt sind und die Nerven draufgehen. Für die Herstellung von MOS-Systemen werden zum Teil sehr stark ätzende Säuren verwendet, wie Stripper 41.

Dagegen haben sich die Arbeiterinnen zur Wehr gesetzt, indem sich in der Abteilung drei Arbeiterinnen weigerten, an einem defekten Mikroskop zu zu arbeiten und niemand mehr bereit ist, mit Stripper 41 zu arbeiten.

Am schlimmsten ist die Schichtarbeit. Die Produktion soll rund um die Uhr laufen und auch noch samstags. Einige Arbeiterinnen bekommen regelmäßig vom Arzt Valium verschrieben, um das überhaupt durchzustehen. Damit wird um so sicherer die Gesundheit ruiniert. Um uns immer mehr anzutreiben, versuchen die Abteilungsleiter und die Geschäftsleitung die Konkurrenz unter uns zu schüren. Dazu spalten sie uns in Lohngruppen auf. Beim „Ritzen und Brechen" sind vier Arbeiterinnen in Lohngruppe II, eine in Lohngruppe III und zwei in IV, wobei die Lohngruppe IV für diese Arbeit üblich ist.

Für diese Lohngruppe bedeutet der 6,9 %-Abschluß zwischen 40 und 45 Pfennig mehr in der Stunde und das brutto. Den Nettobetrag erhält man erst nach der Steuerausplünderung durch den bürgerlichen Staat. Diese betrifft die Frauen in besonderem Umfang. Die verheirateten Frauen sind meist in der Steuerklasse V, einer Steuerklasse, die speziell geschaffen wurde, um den wenig verdienenden Frauen höchstmögliche Beträge wegzusteuern. Das ist ein zusätzliches Mittel, um die Arbeiter und Arbeiterinnen zu spalten, und macht die Spaltung in obere und untere Lohngruppen noch wirksamer. Damit sollen die Frauen vom Lohnkampf abgespalten werden, sie sollen sich sagen, „für ein paar Pfennige lohnt es sich nicht, zu streiken und eventuell den Arbeitsplatz zu gefährden".

Die Kapitalisten versuchen so, die Arbeiterinnen als Streikbrecher einsetzen zu können. So hätten sie es gern. So geht es aber nicht. Der 6,9 %-Abschluß bedeutet für viele Arbeiterfamilien, daß Not herrscht. Es bleibt nicht genug, um die Teuerung auszugleichen. Vor allem reicht es nicht mehr, die gestiegenen Kosten für den Haushalt auszugleichen.

Durch die Arbeit der Frauen wiederum müssen alle Arbeiten im Haushalt in viel kürzerer Zeit erledigt werden. Eine Waschmaschine ist notwendig, ein Schnellkochtopf. Die Kinder müssen auf die Ganztagsschule oder in den Kindergarten. Ein Auto ist notwendig, um wenigstens etwas Fahrzeit einzusparen. Alles notwendige Kosten, da kann bei einem solchen Lohnabschluß nur noch am Essen und an der Kleidung gespart werden. Das geht wiederum auf die Gesundheit. – (Siemens-Zelle, Bezirk Oberbayern/Schwaben)

Jede Trumatic-Maschine ersetzt 15 Facharbeiter

In der Fernsprechtechnik bei Siemens Bruchsal laufen zur Zeit zwei Rationalisierungswellen gleichzeitig nebeneinander her. Die eine besteht in der Umwandlung von elektromechanischen Vermittlungssystemen zu elektronischen und die andere besteht in der Rationalisierung der Produktion der elektromechanischen Vermittlungssysteme.

Bei Siemens Bruchsal hat derzeit die Produktion elektromechanischer Systeme einen Anteil von 25 bis 30 % und soll jedes Jahr um 10 % gesteigert werden. Durch die Veränderung der Produktion sollen 4/5 der bisherigen Arbeiter wegrationalisiert werden. Gleichzeitig wird aber auch die Produktion der älteren elektromechanischen Vermittlungssysteme weiter durch Einsatz von halb- und ganzautomatischen Maschinen rationalisiert.

So z.B. in der Abteilung Schlosserei, wo früher Facharbeiter die Telefonkästen und Teile herstellten. Jetzt wurden drei neue Maschinen angeschafft mit dem Namen Trumatic. Jede Maschine ersetzt die 15 Facharbeiter. Die Maschine macht fast alles automatisch, hat Werkzeuge drin, holt Werkzeuge, baut ein, bohrt Löcher und trennt, schneidet zu, stanzt. Die einzelnen Arbeitsgänge haben früher Facharbeiter gemacht. Jetzt schafft an der Trumatic ein Arbeiter, der auf einen Knopf drückt, den Arbeitsprozeß in Bewegung bringt und am Ende die fertigen Teile rausholen muß. Die Maschine bestimmt das Arbeitstempo und den Akkord. Der Arbeiter an der Trumatic wird durch den Fahrtenschreiber der Maschine beaufsichtigt und angetrieben. An dem Fahrtenschreiber, an der Uhr ist abzulesen die Zeitdauer des Arbeitsganges und die Pausen. Die Facharbeiter wurden vorher in der Lohngruppe 08 bezahlt. Jetzt werden sie rausrationalisiert bis auf die Meister. Die bleiben noch da, um zu kontrollieren. Der übrig gebliebene Arbeiter an der Trumatic wird nach Lohngruppe 05 bezahlt. D.h. Lohndrückerei, Entwertung der Qualifikation der Arbeitskraft, Herabwürdigung zum Anhängsel der Maschine. Die Trumaticmaschine setzen die Siemens-Kapitalisten in ihrer Produktion in den Ländern der Dritten Welt ein, in Südafrika, so daß die Arbeiter dort sofort zum Anhängsel der Maschine werden und keine Ausbildung der Arbeitskraft mehr erfolgt.

Die Arbeiter an der Maschine werden noch stärker ausgebeutet als bisher. Die anderen durch die Arbeitslosigkeit ins direkte Elend gestoßen. Dagegen gab es in Bruchsal, wie wir früher berichtet haben, Kampfaktionen der Arbeiter – Demonstrationen und Streiks. Die Schlosserei war in den Streiks die kämpferischste Abteilung.

Eine Trumaticmaschine kostet 750 000 DM. Die drei Maschinen wurden mit Steuergeldern vom Land Baden-Württemberg beschafft. Früher gab es Excenterpressen. Einige gibt es heute noch. Sie wirken wie Naturkräfte, die x-mal abgeschrieben sind. Wenn die Umstellung der Produktion von Elektromechanik zur Elektronik voll durchgeführt ist, werden auch diese Trumaticmaschinen in Bruchsal überflüssig und sie werden verlagert werden. – (Zelle Siemens Bruchsal, Bezirk Mittlerer Oberrhein / Nordschwarzwald)



Siemens Brasilien: Überall in der Welt beuten die Siemens-Kapitalisten die Arbeiter aus und nutzen die Steigerung der Produktivkraft zur verstärkten Auspressung der Arbeitskraft. Hier: Arbeiter, die Geräte zur Fernsprechvermittlung für die Siemens-Kapitalisten produzieren.

VW-Lohnabschluß: 6,9 %, mindestens 128 DM

Schmücker hatte Angst vor Streik – Sozialdemokratie verhinderte Durchsetzung von 180 DM

Freitag auf Sonnabend ist für die VW-Arbeiter von der IGM-Verhandlungskommission ein Lohnabschluß angenommen worden, der 6,9 % ausmacht. Die Angestellten ab Gehaltsgruppe 5, die Zeitlöhner ab 6 E abwärts erhalten einen Mindestbetrag von 74 Pfennig die Stunde. Für die Akkordlöhne ab der Akkordlohngruppe 5 ist ein Mindestbetrag von 78 Pfennig die Stunde ausgehandelt worden, was 134 DM ausmacht gegenüber 128 DM im Zeitlohn und den Gehältern im Monat. Diese unterschiedliche Festlegung ist willkürlich durchgeführt worden, von Schmükker's Leuten und den Sozialdemokraten. Es dient der Spaltung und Ausspielung der Arbeiter untereinander.

Am 15.2. tagt die Tarifkommission und soll diesen Abschluß hinnehmen. Zwar ist dieses Verhandlungsergebnis höher als in der übrigen Metallindustrie, aber immer noch im Interesse Schmückers, was wir im weiteren kurz erläutern wollen.

Die VW-Arbeiter haben verschiedentlich Festgeldforderungen aufgestellt, die in einer Höhe um die 180 DM lagen, zum Teil auch bei 220 DM. 180 DM ist so das Volumen, was die Arbeiter benötigen, um die erlittenen Lohnverluste durch Steuern, Gebühren, Inflation etc. auszugleichen. Das ist für keinen Akkord- und Zeitlöhner erreicht worden. Nur ab Gehaltsgruppe 9 aufwärts bekommt man 180 DM brutto heraus. Das betrifft ca. 8 000 Angestellte, von 98 000 Beschäftigten in den VW-Werken.

Warum ist Schmücker bereit gewesen, umgehend die 6,9 % zu übernehmen und zwangsläufig auch der Festgelderhöhung zuzustimmen? Etwa weil die Verhandlungsführung mit dem Sozialdemokraten Siegfried Ehlers an der Spitze „hartgeblieben" war? Beileibe nicht, im Gegenteil.

Es liegt hauptsächlich an zwei Punkten, warum Schmücker dem Festgeld nachgeben mußte: In den VW-Werken war die Einheit nach einheitlicher Erhöhung zu diesem Lohnkampf recht weit. Schmücker hat es ein ganzes Jahr getrieben wie ein Besessener mit Rationalisierung und Überstundenschinderei. Das hat die Unruhe gefördert und den Kampfwillen gestärkt. Das hat sich in den Beschlüssen niedergeschlagen und in Briefen an die Tarifkommission, wo das Schlichtungsergebnis abgelehnt worden war. Unruhe gab es die ganze Zeit zwischen den Verhandlungen. Es hätte leicht zum Streik kommen können, der wurde auch verschiedentlich vorbereitet. Das Zweite ist, daß Schmücker Angst hatte, sich diesen Streik einzuhandeln. Die Konkurrenzschlachten toben auf dem Automobilmarkt. In den nächsten Monaten gibt es Extraprofite zu machen für die Kapitalisten in der Automobilbranche, die, wenn nicht jetzt mitgenommen, für immer verloren sind. Deswegen Sonderschichten und Einstellungen, um den ‚Boom' mitzubekommen. Ein Streik hätte Schmückers Pläne völlig über den Haufen geworfen und ihn gewaltige Profite gekostet.

Wäre gestreikt worden, dann wären die 180 DM vollends durchgesetzt worden, das war ihm klar. Deswegen hat er nachgegeben und Zugeständnisse gemacht. Daß die 180 DM nicht durchgesetzt sind, liegt daran, daß die Sozialdemokraten die Führung der Gewerkschaft inne haben. Was das bedeutet und wieviel der Arbeiterklasse das an Barem kostet, wollen wir kurz aufzeigen, um das Ausmaß dieses sozialdemokratischen Verhandlungsergebnisses zu überblicken.

Sozialdemokraten wollen Schmücker Millionen Mark an Lohngeldern überlassen

Nach unseren Berechnungen bekommen ca. 35 000 VW-Arbeiter und Angestellte den Mindestbetrag von 128/134 DM, haben also 52/46 DM gegenüber 180 DM Verlust. Auf das ganze Jahr berechnet macht das ca. 20,5 Millionen DM aus, die aus Lohngeldern Schmücker überlassen werden sollen. Wir schätzen, daß der Verlust der anderen Arbeiter, die durch die 6,9 % über 134 DM kommen, noch einmal eine Höhe von 10 Millionen erreichen wird. Man kann diese Millionen auch in Tonnen Fleisch oder Kleidung umrechnen, die der Arbeiterklasse fehlen werden. Man kann es aber auch in schnellere Maschinen und sogar in ganze Montagewerke in anderen Ländern umrechnen, die die Kapitalisten damit bauen können, was die Sozialdemokratie ihnen so aus Lohngeldern zusteckt. Mit diesen ca. 30 Millionen DM läßt sich das USA-Karosseriewerk erwerben, was 20 Millionen kosten soll und gemütlich die geplante Montage von VW's in Ägypten aufnehmen. Aus dem Lohn der Arbeiter in Westdeutschland, geschenkt von den Spitzenfunktionären der Sozialdemokratischen Partei.

Wir sind der Auffassung, daß die Arbeiterklasse keinen Grund hat, den Kapitalisten solche Geschenke zu überlassen, wie sie die Sozialdemokratie tätigen will. Weder läßt es ihre Lebenslage zu, noch gibt es überhaupt einen Grund, daß die, die alles produzieren, die Kapitalisten, die nichts produzieren, sondern von der Ausbeutung fremder Arbeit leben, auf diese Weise mästen. Auch hart sind die Sozialdemokraten nicht geblieben. So verschwenderisch sie mit den Lohngeldern der Arbeiter umgehen, so inkonsequent sind sie mit der von ihnen aufgestellten Forderung verfahren. Sie haben sich um eine Zwischenlohngruppe von 5 b, wo eigentlich die Festgelderhöhung angelegt war, auf die Akkord 5 herunterdrücken lassen. Gleichzeitig haben sie zwischen den Zeitlöhnern und Gehaltsempfängern und Akkordarbeitern Spaltungen hineingetragen, indem sie unterschiedliche Festgeldbeträge ausgekungelt haben. Schmücker's Niederlage haben die Sozialdemokraten verhindert, er ist froh über sie. Gleichzeitig hat er mit ihnen vereinbaren können, daß eine Kommission gebildet wird, zwecks Überprüfung der Arbeitsplatzbewertungen. Hier wird er einen nächsten Angriff starten. Die Arbeiterklasse hat keinen Grund, solche verschwenderische Führung der Gewerkschaft, bestehend aus der sozialdemokratischen Partei, zu ertragen. Sie hat allen Grund, den Aufbau der Kommunistischen Partei voranzutreiben. Der Lohnkampf hat es erneut bewiesen. Die VW-Arbeiter haben keinen Grund, mit diesem Abschluß zufrieden zu sein. Sie sind unzufrieden und sehen dahinter Lohnraub. Arbeiter die sich zufrieden gaben, wurden am Montag heftig angegriffen und der Abschluß als Verarschung dargestellt. Die Facharbeiter in der Halle 17 haben heftig gegen diesen Abschluß Stellung genommen in den Gruppen. Sie selbst hatten 220 DM Festgeld gefordert. Jetzt bekommt keiner von ihnen 180 DM, während die Gehaltsgruppe 13 z.B. 283 DM bekommt. Darüber war Wut vorhanden. Einer sagte treffend: wenn hier mehr durchgekommen wäre, dann hätten die anderen Tarifbezirke nachgezogen, das wollten sie verhindern.

Es wird sich rumsprechen, daß die Kapitalisten gut zu schlagen waren. Das Beispiel VW hat es gezeigt. Es hat erneut gezeigt, daß unter Führung der Sozialdemokraten nichts Gutes heraus kommen kann. Die Arbeiter werden ihre Lehren ziehen. Die VW-Arbeiter sind unzufrieden. Sie haben ihre Kraft und die Schwächen Schmückers in seiner Angst vor dem Streik erkannt. Dazu ein Beispiel:

In der Halle 17 mußten ca. 15 Arbeiter zur Unfallbelehrung. Sie gingen zusammen durch die Halle. Wo die Gruppe auftauchte sprangen die Meister und Abteilungsleiter wie die Hühner auf, rannten zu der Gruppe hin und versuchten zu beschwichtigen. So tief saß die Angst vor einem Streik bei Schmücker und seinen Leuten, sie haben ihn jeden Augenblick ausbrechen sehen. – (wk/hr)

Bremer Vulkan

Vertrauensleute lehnen 6,9 %-Abschluß ab und beharren auf Festgeldforderung

Bremen. Empörung herrscht über die 6,9 %. Die Arbeiter und Angestellten auf dem Vulkan haben mehr gefordert und brauchen mehr. „Uns verschaukeln" oder „abgekartetes Spiel" wird gesagt, genau wie bei dem letzten Tarifabschluß. Vor allem aber – und das ist anders – geht die Auseinandersetzung darum, was die Ursache dieses Abschlusses ist. Daß die Sozis die Verantwortlichen sind, wissen alle und sagen es auch. Diese hingegen versuchen Spuren zu verwischen und aus der Schußlinie zu kommen. Otto vom Steeg, der eifrigster und drohendster Redner für die Übernahme der 6,9 % in der bezirklichen Tarifkommission war, schreibt in den Metallnachrichten für den Nordverbund: Man wäre ja leider mit seinen Vorstellungen, die unteren Lohngruppen durch die Mindestforderung stärker anzuheben, nicht mehr durchgekommen, weil in den anderen Tarifbezirken schon Tatsachen mit dem 6,9 %-Ergebnis geschaffen worden seien.

Auf der Vertrauensleutesitzung am letzten Freitag auf der Werft plapperte der zuständige IGM-Sekretär Krenke das dann auch prompt nach – und fiel rein. Kritisiert und herausgearbeitet wurde, daß nur durch Spaltung – und der 6,9 %-Abschluß spaltet die Belegschaft, genauso wie die Lancierung der Mindestforderung gegenüber den Festgeldforderungen aus den Betrieben es getan hat – es zu diesem Abschluß gekommen ist, der insgesamt die Arbeiter, vor allem aber die in den unteren Lohngruppen, ins Elend treibt. Krenke, frech wie er ist, wollte doch glatt darüber die Spaltung forttreiben: Man müsse für verschiedene Laufzeiten in den Bezirken eintreten. Das haben die Vertrauensleute ihm ausgetrieben. Die ca. 200 Anwesenden verurteilten bei zwei Enthaltungen in einem Beschluß den 6,9 %-Abschluß als zu niedrig, sprachen sich darin gegen die Aufstellung von Prozent- und für Festgeldforderungen aus und beauftragten die Tarifkommission und ihre eigenen Vertreter, für die Aufhebung der Lohngruppen eins bis vier zu sorgen. Das entspricht der Debatte in der Belegschaft. „Das Elend fing mit dem Fallenlassen der Festgeldforderung in der Tarifkommission an", so sehen es die Arbeiter. „Die Mindestforderung war zu niedrig, nur als Bonbon zum Lutschen statt zum Kampf gedacht." Die 6,9 % haben dann gespalten. Denn auch wenn sie mehrheitlich abgelehnt werden, gibt es doch Arbeiter, die damit zufrieden sind, bzw. waren. Denn als man ihnen von den bei VW ohne Streik durchgesetzten 128 DM für alle erzählte, ist gerade auch diesen Arbeitern deutlich geworden, daß die Bedingungen gut waren und mehr rauszuholen ist. Die 6,9 % fand gut, wer seine Kinder bereits aus dem Haus hat, über dem Ecklohn eingruppiert ist und gedacht hat, streiken könne man dieses Jahr nicht. „Schau dir doch die Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit woanders an. Viele sind doch froh, überhaupt acht Stunden arbeiten zu dürfen", sagte einer. Jetzt aber vollzieht sich die Einsicht, daß man doch streiken kann, daß die Kapitalisten empfindlich sind. „Wir müssen jetzt, wo es wärmer wird, selbst was anrühren", sagen viele Arbeiter. Genauer ist das noch nicht geklärt. Es wird, denn anders lassen sich die Lebensbedingungen nicht verteidigen, geschweige denn verbessern. – (Betriebszelle Bremer Vulkan)

Klöckner Osnabrück

Keine Schichtplanänderung, sonst Warnstreik

An allen Fronten im Produktionsprozeß wollen die Klöckner-Kapitalisten Maßnahmen durchführen, die die Ausbeutung der Arbeitskraft verschärfen sollen. Diese Absicht betreiben sie um so heftiger, als die Krise in der Stahlindustrie sich verschärft und sie mit Hilfe der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer den 6 % Lohnraubabschluß durchgesetzt haben.

Für die Technischen Dienste hatten die Klöckner-Kapitalisten bereits für Februar und März Kurzarbeit geplant. Alle Arbeiter sprachen sich gegen Kurzarbeit aus: „Durch die Entlassungen über den Sozialplan (im Dezember) wurden wir sowieso schon am härtesten betroffen, und für diese Kollegen müssen wir bereits mitarbeiten. Jetzt, mit der Kurzarbeit, wollen die die Lohnkosten über die Arbeitslosenversicherung sparen, und wir bekommen zum einem weniger, zum anderen unsere eigenen Beiträge. Außerdem gibt es noch genug zu tun und die probieren mit der Kurzarbeit aus, ob die Arbeit trotzdem fertig wird. Dann kommen sie wieder mit Entlassungen. Wenn die Reparaturen nicht gemacht werden, geht das auf Kosten der Arbeitssicherheit."

Der Kampf gegen die Kurzarbeit war erfolgreich. Für Februar keine Kurzarbeit

Jetzt greifen die Klöckner-Kapitalisten zu anderen Maßnahmen. Die Überstunden wurden total gestrichen. Seit zwei Wochen bereits. Ein bis zweimal sonntags und samstags war vorher schon für viele Arbeiter die Regel. Durch den Überstundenstopp haben viele Kollegen 100 bis 300 DM im Monat weniger.

Ersatzteile und der Ankauf für das Lager wurden fast total gestoppt. Nur dringende Sachen werden eingekauft. Die Arbeiter müssen sich mit dem Vorhandenen zurechthelfen, das verdichtet den Arbeitstag weiter, alles muß zusammengeklaubt werden, Reste und Abfälle zusammengesucht.

Der Überstundenabbau war nur der erste Schritt der Kapitalisten, um die Arbeiter in einen neuen Schichtplan zu zwingen.

Im Elektrobetrieb z.B. hat die Betriebsleitung dem Betriebsrat eine Änderung vorgelegt, die eine vermehrte Samstagsarbeit und die Einführung von regelmäßiger Sonntagsarbeit vorsieht, die dann in der Woche wieder abgefeiert werden soll. Die Zuschläge würden gezahlt.

Als dieser Plan bekannt wurde, haben die Arbeiter die Absichten der Klöckner-Kapitalisten in der Pause heftig diskutiert. „Dadurch wollen die Lohnkosten einsparen", sagte einer, „denn dann brauchen die für die Samstags- und Sonntagsarbeit keine Überstunden mehr bezahlen." Die Arbeiter haben weniger Lohn, obwohl gegenüber dem Überstundenstopp durch die Sonntagszuschläge mehr dabei rauskommt.

Den Zwang zur Überstundenarbeit wollten die Kapitalisten nutzen, um die Arbeitszeit der Arbeiter weiter auszudehnen. Dem Zwang zur Überstundenarbeit kann man aber nicht durch regelmäßige Samstags- und Sonntagsarbeit entgegentreten. Das haben die Arbeiter klar erkannt.

Reparaturen werden oft am Wochenende gemacht, weil die Produktion ruht und Produktionsausfall nicht anfällt. Daran, an den Reparaturzeiten, sparen die Kapitalisten sowieso schon, und mit der Sonntagsarbeit würden sie die Überstunden dazu sparen. Die Arbeiter wären regelmäßig gezwungen, am Wochenende zu arbeiten und in der Woche durch das Abfeiern die Arbeit mit weniger Kollegen zu schaffen.

Ein Arbeiter sagte dazu: „Das bedeutet für uns einen sozialen Rückschritt, das haben wir früher schon gehabt, das haben wir doch abgeschafft!" Alle erwiderten gegen die Absicht der Kapitalisten nach Schichtplanänderung mit: „Abgelehnt!" Der Betriebsrat war diesen Vorstellungen der Kapitalisten entgegengetreten. Die Arbeiter forderten den Betriebsrat auf, eine Änderung der Pläne nicht zuzulassen. Einer meinte, nachdem die Pause bereits seit 20 Minuten überzogen war: „Und sonst Warnstreik!"

Genauso kann man die Kapitalisten zurückschlagen. Der Kampf der Arbeiter muß um einen ausreichenden Normallohn geführt werden. Die Überstunden müssen gesetzlich verboten werden. Das ist eine Forderung der Arbeiterbewegung, diese muß durchgesetzt werden! – (Zelle Klöckner, Osnabrück)

„Lohnsteuerjahresausgleich" – ein Betrug mehr

Der Betrug der Lohnsteuerreform von 1975 ist längst aufgeflogen. 80,6 Milliarden DM hat der westdeutsche Staatsapparat letztes Jahr an Steuern vom Lohn einbehalten. Das sind 13,2 % mehr als 1975. Die Sozialdemokraten in der Regierung erfinden nun windige Begründungen, um von den Tatsachen abzulenken. Sie behaupten, die Zunahme der Lohnsteuer sei in Wirklichkeit geringer als 13,2 %, denn 1976 seien die Rückzahlungen im Lohnsteuerjahresausgleich niedriger gewesen als 1975. Um den Lohnsteuerjahresausgleich bereinigt ergebe sich eine Steigerung von „lediglich 10,2 %". Was diese windigen Spitzbuben nicht aussprechen, aber doch indirekt zugeben müssen, ist, daß sie im letzten Jahr nicht bloß 80,6 Milliarden DM Lohnsteuern kassieren ließen, sondern 86,1 Milliarden DM. 5,5 Milliarden DM hatten sie den Lohnabhängigen 1975 zuviel abgezogen und mußten es im Lohnsteuerjahresausgleich zurückzahlen. Zur Zeit muß man auch wieder seinen Lohnsteuerjahresausgleich-Antrag stellen, und nur wer sich inzwischen zum Steuerfachmann hochgearbeitet hat oder einen Vertrauensmann findet, der die widerwärtigen Spitzfindigkeiten der Steuerparagraphen ausgeforscht hat, vermag ein paar Pfennige zurückbekommen. Mancher wartet darauf noch ein weiteres Jahr. Ihm fehlt das zwei Jahre lang bei den Nahrungsmitteln, den Kapitalisten bringt's Zinsen. Der Lohnsteuerjahresausgleich ist das Siegel auf den Betrug, durch den die Bourgeoisie Steuerüberzahlung von rund 8 % erzwingt.

Für die Kapitalisten ist das umgekehrt; ohnehin zahlen sie weniger als 6 % an Einkommenssteuern. Auch die zahlen sie erst nach zwei, drei Jahren, wenn sie ihren Steuerbescheid haben. Und meist lassen sie sich dann immer noch stunden. 23 Milliarden an ausstehenden Steuern vermelden die Finanzämter derzeit. Entgegen den ganzen bürgerlichen Propagandalügen zahlen die Kapitalisten tatsächlich so gut wie keinen Pfennig an Steuern für ihren Staatsapparat.

1,4 Millionen DM Bußgelder für „Schwarzarbeit" preßte der bürgerliche Staat ab. Der zunehmende Zwang zur „Schwarzarbeit", um die Familien ernähren zu können, wird vom imperialistischen Staat genutzt zur weiteren Bereicherung.

Hannover. Die Lehrlinge von Max Müller haben in einem Leserbrief an die Metall, Zeitung der IG-Metall, den Tarifabschluß von 6,9 % verurteilt. „Wir haben ausgerechnet, was uns diese ‚Erhöhung' mehr bringt: Als Lehrlinge im 2. Lehrjahr macht das in unserem Betrieb etwa 25 DM effektiv", schreiben sie.

„Durch die Erhöhung der Tabaksteuer, die Fahrpreiserhöhungen in Hannover, die Verteuerung des Kantinenessens und der Tasse Kaffee im Betrieb, der Kostgelderhöhung bleiben dann nur noch 5,05 DM übrig. Und damit sollen noch Neuanschaffungen von Kleidung, Schulbüchern, Benzin fürs Moped, Bäderpreise und vieles andere Notwendige mehr bezahlt werden. Unter dem Strich hat uns dieser Tarifabschluß ein Loch in die Tasche gerissen, entweder das Kantinenessen fällt flach oder im Sommer werden wir nicht mehr ins Schwimmbad gehen können oder ähnliches. Schon vor vielen Monaten haben wir beraten: Für jeden Lehrling sind 100 DM mehr erforderlich. Diese Forderung ist nach wie vor richtig und muß durchgesetzt werden."

Westberlin. Das Oberverwaltungsgericht hat entschieden, daß ein Ausländer, der seinen Lebensunterhalt und den seiner unterhaltsberechtigten Angehörigen nicht ohne Inanspruchnahme von Sozialhilfe bestreiten kann, „einen Ausweisungsgrund setzt." Antragsteller war ein Türke, der seit 1968 in Westberlin gearbeitet hat und vom 8. Juni bis 31. Oktober 1976 3 121,44 DM Hilfe zum Lebensunterhalt für sich und seine Familie bekam und jetzt ausgewiesen werden soll, weil er auf Grund einer chronischen Bronchitis berufsunfähig ist und somit dem westdeutschen Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung steht. „Er habe keinen Anspruch darauf, ‚sich hier aufzuhalten, um seine Rente zu verzehren.' Denn ihm sei die Aufenthaltsgenehmigung nur zu Arbeitszwecken erteilt worden. Demzufolge bestehe ein überwiegendes öffentliches Interesse an der sofortigen Vollziehung des Ausweisungsbescheides", schreibt der „Tagesspiegel" am 12.2. zu diesem Urteil.

Westberlin. Am 7.2. führten alle 850 Arbeiter und Angestellten des AEG-Werkes Ackerstraße einen einstündigen Warnstreik gegen die Stillegungs- und Entlassungspläne der AEG-Kapitalisten durch. 350 sollen entlassen werden. Am Mittwoch, dem 9.2., wurde während der Arbeitszeit eine Protestdemonstration in Form eines Autokorsos zum Rathaus Schöneberg organisiert, an der sich ein großer Teil der Beschäftigten mit ungefähr 140 Autos beteiligte. Die Arbeiter von DWM-Copeland, die während der Tarifrunde selbst einen Warnstreik gegen das provokatorische Angebot der Kapitalisten durchführten, haben den Arbeitern in der Ackerstraße in einem Telegramm zu ihrem Streik gratuliert und ihnen Erfolg im Kampf gegen die Entlassungspläne gewünscht. Außerdem fordern sie die IGM-Führung auf, zu einer Demonstration aller Metallarbeiter zur Ackerstraße aufzurufen, um die Arbeiter dort in ihrem Kampf zu unterstützen.

Hannover. Neun Angestellte der „Versicherungsgruppe Hannover" unterstützen unter den Forderungen: „Kein Kernkraftwerk in Brokdorf! Sofortiger Baustop!" die Demonstration am Bauplatz in Brokdorf am 19.2.: „Wir meinen, daß Kernkraftwerke nicht gebaut werden dürfen, solange die schädlichen Auswirkungen nicht vollkommen beseitigt sind. Es ist für uns eine Lüge, daß durch den Bau der Kernkraftwerke neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Denn viele Bauern werden arbeitslos werden wegen der radioaktiven Strahlung, die sich auf die Felder und das Vieh auswirkt. Außerdem werden durch den billigeren Atomstrom noch mehr Maschinen angeschafft werden mit dem Ziel, noch mehr Arbeiter zu entlassen."

Nordenham. Die Bewegung für Festgeldforderung setzt sich in der Chemieindustrie durch. In der vergangenen Woche haben die Vertrauensleute von Asbestos und Titan (Nordenham) und Neynaber (Blockstedt) eine Festgeldforderung von 173 DM mehr für alle beschlossen (etwa 800 Beschäftigte). Die Vertrauensleute der Guano-Werke in Nordenham (265 Beschäftigte) wollen sich dieser Forderung anschließen.

Hildesheim. Fünf Arbeiter der Firma Borcherd (Holzwerk) verabschiedeten ein Telegramm an die Große Tarifkommission der IG Bau Steine Erden: „Gegen Lohnabbau – 1 DM mehr für alle, 170 DM für Angestellte und Lehrlinge. Keine Prozentforderung."

Am 28. Februar wird der Tarifvertrag etwa [illegible] Lohnabhängige. Fast an die 80 000 müssen ihre Arbeitskraft an die drei Großbanken Dresdner Bank, Commerzbank und Deutsche Bank (nach den Geschäftsberichten 1975) verkaufen. Die Bankkapitalisten zahlen der Masse der Beschäftigten einen Hungerlohn. Das zeigt das Schaubild, wenngleich dessen Angaben aus dem Jahr 1972 sind. Danach hat mehr als die Hälfte der Beschäftigten maximal bis 1 300 / 1 400 DM brutto verdient, ein Drittel maximal bis 1 200 / 1 300 DM. Nach dem derzeit gültigen Tarifvertrag beträgt das Gehalt eines Angestellten am Schalter im dritten / vierten Berufsjahr 1 334 DM brutto (Tarifgruppe 2), einer Telefonistin im selben Berufsjahr (TG 3) 1 396 DM. Innerhalb der breiten Masse der Beschäftigten haben die Bankkapitalisten eine schroffe Spaltung zwischen Mann und Frau organisiert. Gleichzeitig halten sie sich eine schmale Schicht von Antreibern und Beaufsichtigern.

„Wohin mit den Milliarden?"

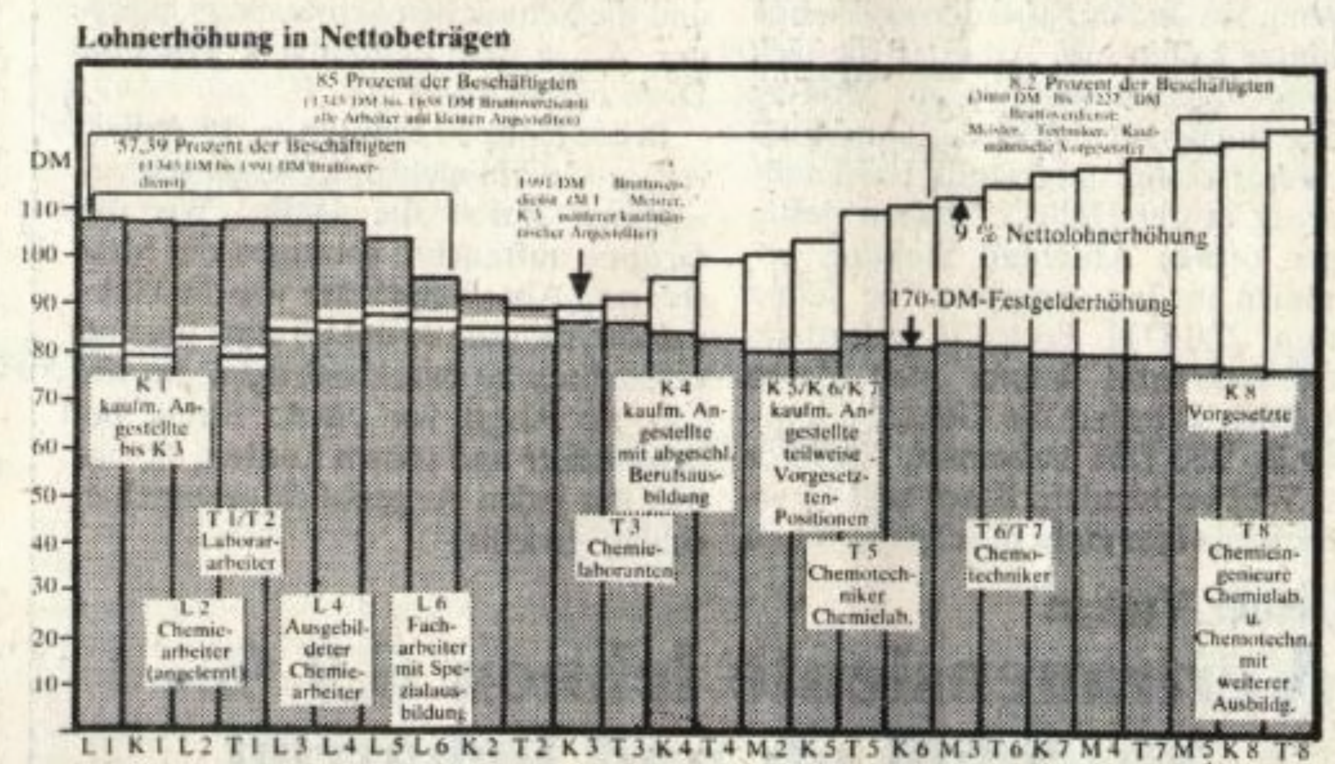
Die Kapitalisten sind in Aufregung: Die ersten Verträge aus der „Vermögensbildung" laufen aus, 25 bis 30 Milliarden werden 1977 dadurch „frei", Lohngelder, die sie den Lohnabhängigen in den letzten sieben Jahren geraubt haben. Zu ihrer Vermögensbildung. „Wohin mit den vielen Milliarden?" fragt das „Handelsblatt". Das *Wohin* bereitet ihnen kein Kopfzerbrechen: Am Beispiel der Metallindustrie errechnen sie, daß die „Wiederanlage" der aus der „Vermögensbildung" 1977 frei werdenden Mittel die „Finanzierung von mehr als einem Drittel der Investitionen decken" könnte. (Handelsblatt, 9.11.76) Die „Wiederanlage" der geraubten Lohngelder zur verschärften Schweißabpressung ist beschlossene Sache. Einen „ausgeprägten Konsumstoß" werde es daher nicht geben, bekräftigt Sparkassenpräsident Geiger. Mehr Kopfzerbrechen bereitet ihnen die Frage, *wie* sie die Milliarden in ihrem Geldsack behalten können. Geiger, der sich gerade als Schlichter im Metalltarifkampf um Lohnraub verdient gemacht hat, regt an, den Arbeitern den weiteren Lohnraub mit „Wiederanlagedebatten" schmackhaft zu machen. Ihre Agenten in der Arbeiterbewegung, die Sozialdemokraten in den Gewerkschaftsführungen, sind bereits am Werk, die Besiegelung des Lohnraubs durch „Vermögensbildung" als ureigenstes Interesse der Arbeiter anzupreisen. Schrittmacher, wie so oft, ist Hauenschild von der IG Chemie. „Was ist denn das für eine Vermögensbildung, (...) die bei frühestmöglicher Gelegenheit gleich wieder verfrühstückt werden soll?" läßt er in der „Gewerkschaftspost" Nr. 1/1977 die Arbeiter verhöhnen, die das Geld – eh für jeden nur ein paar tausend Mark – dringend brauchen, um Schulden zu bezahlen, die längst fällige neue Waschmaschine zu kaufen, den Urlaub zu finanzieren. Die 25 bis 30 Milliarden will er dem Finanzkapital zum Frühstück reichen: „Die aus dem hohen Anspruch (der „Vermögensbildung") abgeleitete Konsequenz kann doch nur sein, die vermögenswirksamen Leistungen auch nach dem Ablauf der Festlegungsfrist weiter als Ersparnis zu erhalten und geeignete Formen der Wiederanlage anzubieten." Das alles aber ist den Kapitalisten noch zu unsicher. Deshalb drängt Geiger auf endgültige Regelung des Problems: „Der Planungshorizont der Vermögensbildung müsse ... erweitert werden, denn die bisherigen Maßnahmen leiden ... darunter, daß sie jeweils nur einen Zeitraum von sieben Jahren umfassen." (Handelsblatt, 25.10.76)

„Hochprozentiges" zwecks Spaltung

Bezirksleiter IG Chemie Hessen eröffnet Debatte um Forderung

Die Kapitalisten wollen den Lohnraub bei den Arbeitern und Angestellten in der chemischen Industrie in diesem Jahr fortsetzen. Dazu haben sie über die Regierung die Sozialdemokraten in Bewegung gesetzt. Egon Schäfer, Bezirksleiter der IG Chemie Hessens, äußerte nach einer Sitzung der Tarifkommission Hessens, daß es ihnen in diesem Jahr darum gehe, eine „Steigerung der Kaufkraft für alle Arbeitnehmer" durchzusetzen, und sie deshalb für eine reine Prozentforderung wären.

Um zu überprüfen, was hinter dem steckt, was der Sozialdemokrat sagt, haben wir eine Berechnung der Nettolohnerhöhungen bei einer Forderung von 9 Prozent und einer Forderung von 170 DM durchgeführt. Daran sieht man: Das was der sagt, ist Schwindel. Denn erstens gibt es bei der Prozentforderung, und sei sie sogar 9 Prozent, keine „gleichmäßige Kaufkraftsteigerung", sondern die Arbeiter kriegen zu wenig und die, die was davon haben, sind die Angestellten in den höchsten Gehaltsgruppen. Den mittleren wird bloß was versprochen. Denn zweitens sieht man, daß bei einer Forderung von 9 Prozent gar keine 9 Prozent herauskommen, sondern 6,9 Prozent. Die 9-Prozent-Forderung spaltet. Diejenigen, die die Kapitalisten unter Druck setzen können, indem sie die Produktion lahmlegen, kriegen dabei am wenigsten. Bloß um T 8-Angestellte zu mästen, werden sie aber nicht streiken.



Quelle: Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen; Angestelltenverdienste. Statistisches Bundesamt Wiesbaden.

Man sieht weiter, daß bei einer Forderung von 170 DM alle Lohngruppen einen Betrag um 100 DM netto herauskriegen, die Gehaltsgruppen T 1 / K 1 bis T 3 / K 3 liegen netto bei dieser Erhöhung um 90 DM. In diesen Lohn- und Gehaltsgruppen sind über 70 Prozent der Arbeiter und Angestellten in der chemischen Industrie eingruppiert.

Das heißt, daß von einer Erhöhung von 170 DM in diesen Gehaltsgruppen bis zu 80 DM durch den bürgerlichen Staat und die Versicherungen geschluckt werden. In den mittleren und höchsten Gehaltsgruppen ist die Progression noch stärker. Vor allen Dingen bei den mittleren Angestelltengruppen werden die Sozialdemokraten sagen, daß gerade die Steuerprogression ein Argument für die Prozentforderung sei, sie brächte ihnen dann mehr. Jedoch springt in die Augen, daß sich aus diesen Tatsachen für die Lohnabhängigen die Notwendigkeit ergibt, um einen Steuerfreibetrag von 1 500 DM zu kämpfen und nicht etwa sich aufspalten zu lassen.

Weil also dies noch nicht reichen wird, um die Spaltung herzustellen, werden die Sozialdemokraten ein Drittes auffahren: „Entgelttarifverträge" für die technischen und kaufmännischen Angestellten und Meister. Damit meinen sie: *Analytische Arbeitsplatzbewertung*, die mittels der Einführung eines gemeinsamen Tarifvertrags für die genannten Gruppen eingeführt werden soll. Damit wollen sie erreichen, daß die Angestellten sich einbilden, nicht der Kampf um den Lohn würde über die Lohnhöhe entscheiden, sondern die „Leistung", die der Kapitalist begleicht. Das ist nicht wahr. Wahr ist, daß die Arbeiter und Angestellten sich zusammenschließen müssen, um um *den* Lohn zu kämpfen, der verhindert, daß sich die Reproduktionsbedingungen verschlechtern. Dieser Zusammenschluß wird über eine Festgeldforderung hergestellt.

Kampf gegen Lohnabbau, Rationalisierung und Entlassungen

Ende der sechziger Jahre begann das westdeutsche Finanzkapital, sich zielstrebig auch in der westdeutschen Gummi-Insustrie ein Sprungbrett für die imperialistische Expansion auf dem Weltmarkt zu erobern.

1969: Die Deutsche Bank kauft der Opel-Familie die Aktienmehrheit an dem größten westdeutschen Gummi-Unternehmen, der Continental Gummi-Werke AG ab.

1970: Die Deutsche Bank übernimmt das Aktienpaket, das der amerikanische Gummi-Konzern Firestone an dem zweitgrößten westdeutschen Gummiunternehmen, Phoenix, besaß.

1972: Für Continental und Phoenix wird eine gemeinsame Holdinggesellschaft (Corona) gegründet, die ein Drittel der Conti-Aktien und die Hälfte der Phoenix-Aktien hält, und die selbst zu je einem Drittel der Deutschen Bank, dem Bayer-Konzern und der Münchener Rückversicherung gehört. Die Deutsche Bank hält außerdem eine Direktbeteiligung von knapp 10 % an der Conti, die Dresdner Bank 5 % und die Commerzbank 4 %.

1972: Bayer beginnt, das drittgrößte westdeutsche Gummi-Unternehmen, die Metzeler AG, aufzukaufen.

1974: Bayer übernimmt 100 % des größten Teils der Metzeler AG (heutiger Name dieses von Bayer geschluckten Metzeler-Teils: Metzeler Kautschuk AG)

Zum einen soll ein westdeutsches Gummi-Monopol entstehen, das stark genug ist, um als nächsten Schritt die Führung auf westeuropäischer Ebene zu übernehmen.

Erst im Bündnis mit diesen westeuropäischen Konzernen kann das westeuropäische Finanzkapital daran gehen, ernsthaft den Kampf um den Weltmarkt im Gummisektor gegen die heute noch übermächtigen amerikanischen Mammut-Konzerne Goodyear, Firestone und Uniroyal und gegen das westeuropäische Bündnis Dunlop/Pirelli aufzunehmen. Den Anspruch, in den Kampf um den Weltmarkt einzugreifen, hat die Continental AG längst angemeldet: durch Werke in Frankreich und Spanien, durch ein Werk in Brasilien, durch sechs Werke in Azania (Südafrika).

Das andere Ziel ist die („vertikale") Integration der westdeutschen Gummi-Industrie mit der westdeutschen Synthese-Kautschuk-Industrie, und zwar verbraucht sie heute zu einem Drittel Naturkautschuk, zu zwei Dritteln Synthesekautschuk. Synthesekautschuk produzieren wiederum die zum Bayer-Konzern gehörenden Chemischen Werke Hüls.

Die westdeutsche Gummi-Industrie hatte große Produktionseinbrüche als Folge der Krise in der Automobilindustrie. Seither steigt die Produktion zeitweise langsam an, um gleich wieder zu fallen.

Einerseits drückte die imperialistische Krise auf die Profite, andererseits haben sich die erdölproduzierenden Länder und jetzt auch die kautschukproduzierenden Länder zusammengeschlossen und die Preise erhöht und Kontrolle über die Produktion von Systhese-Kautschuk in den Industrieländern gefordert. Der Conti-Vorstandsvorsitzende Hahn richtete deshalb auf der letzten Betriebsversammlung seinen Zorn auch gegen diese Länder, nachdem er jahrelang gegen die „Ölscheichs" gehetzt hatte – maskiert als „Sorge um den Arbeitsplatz".

„Erst einmal Ordnung im eigenen Haus schaffen", ist in allen westdeutschen Gummi-Unternehmen die Parole. Dafür bleibt nur ein Weg offen: die verschärfte Ausbeutung nach innen.

Auf der Hauptversammlung der Conti-Aktionäre von 1975 sagte Hahn: „Die Stunde schlägt jetzt nicht nur dem Unternehmer, sondern auch dem Arbeiter, der mit den guten alten Tugenden des Fleißes und der Bereitschaft zum Arbeitsfrieden dazu beitragen muß, daß wir auf allen Märkten der Welt konkurrenzfähig bleiben, bzw. es wieder werden, und zwar auf der Grundlage einer international führenden Technologie. Jede Rezession bewirkt die Trennung der Spreu vom Weizen. Wir wollen nicht zur Spreu gehören."

Die Conti, die allein in Westdeutschland sechs Werke hat, konzentriert z.B. im Werk Hannover-Stöcken die LKW-Reifenfertigung, während es „lohnintesive" Produkte wie die Schlauchfertigung oder die PKW-Reifenfertigung in sogenannten Billiglohngegenden (z.B. in das französische Saargemünd) verlagern. Dafür werden auch die Werke Northeim und Dannenberg an der DDR-Grenze ausgeweitet, wofür großzügige staatliche Zuschüsse aus Steuergeldern in Millionenhöhe kassiert werden. Daß die Staatskassen dazu dienen, die durch Steuerausplünderung hereingeholten Lohngelder in die Taschen des Finanzkapitals umzuverteilen, dafür ist die Conti ein besonders drastisches Beispiel: Zahlte das Unternehmen 1961 bei einem Umsatz von 890 Millionen DM noch über 100 Millionen DM an Steuern, so zahlt es 1975 bei einem Umsatz von 1 370 Millionen DM nur noch wenig mehr als 18 Milionen DM, d.h. bezogen auf den Umsatz ist der Steueranteil von 12 % auf ca. 2 % gesunken.

Heute werden in den fünf großen westdeutschen Gummi-Unternehmen noch etwa 30 000 Arbeiter ausgebeutet. Das sind kaum mehr, als vor sechs Jahren allein auf der Conti waren; seitdem sind allein von diesem Konzern etwa 10 000 Arbeiter „freigesetzt" worden. Dabei ist die Menge der produzierten Waren etwa gleich geblieben und ist die Maschinerie nicht wesentlich weiter entwickelt worden.

So haben in der Reifenwickelei in Stöcken 1970 noch drei Arbeiter 12 Reifen pro Tag gewickelt, heute wikkeln sie 52 Reifen pro Tag. Bei gleichbleibender Arbeitsintensität müßten sie heute nach ihrer eigenen Einschätzung ca. 25 Reifen wickeln, aufgrund der weiterentwickelten Maschinerie; der Rest geht auf das Konto der von Jahr zu Jahr gesteigerten Arbeitshetze.

Der Pro-Kopf-Umsatz wurde von 48 000 DM (1970) auf 75 000 DM (1976) erhöht. Die Reifenwickler sind heute im Durschnitt mit 40 körperlich ruiniert und nicht mehr in der Lage, an der Reifenwickelmaschine zu arbeiten.

Ein weiteres Mittel ist der Abbau der von der Belegschaft für alle erkämpften betrieblichen Zulagen. So ist im letzten Jahr die Drei-Schicht-Zulage gekürzt worden und der Vorstand läßt ganz offen raus, daß in der nächsten Tarifrunde sämtliche übertariflichen Zulagen herhalten sollen.

Die Conti-Arbeiter sind eine kampferfahrene Belegschaft. Aber die jahrelange Vorherrschaft der Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung, Betriebsrat und Vertrauenskörper hat bewirkt, daß diese Kämpfe bisher noch zersplittert blieben – obwohl sie von einem starken Drang nach Zusammenschluß und Einheit geprägt sind.

So streikten 1971 die Handwerker in den hannoverschen Conti-Werken erfolgreich gegen die Einführung eines Akkordsystems für Handwerker und demonstrierten durch Hannover in einem Sternmarsch zum Verwaltungsgebäude. Während des Streiks stellten sie unter anderem auch eine Lohnforderung für alle Conti-Arbeiter auf und zogen durch alle Abteilungen; da aber der Zusammenschluß mit den anderen Arbeitern nicht gelang, wurde nur eine Lohnzulage für die Handwerker erkämpft.

Anfang 75 streikten die Stöckener Reifenwickler gegen die Verschärfung der Akkordhetze und schlugen eine Kürzung der Akkordwerte zurück.

Als der Vorstand Anfang 76 die Drei-Schicht-Zulage kürzte (um 120 DM und mehr), schmissen die Drei-Schichtler die Brocken hin. Im Verlauf des Streiks schlossen sich trotz teilweiser Aussperrung immer mehr Zwei-Schichtler an, sodaß bald eine Streikfront von mehr als 1 000 Arbeitern stand. Das Streikzentrum lag im Werk Hannover-Vahrenwald, in Stökken streikten einige Abteilungen mit. Im Werk Hannover-Limmer waren die Arbeiter streikbereit. Ein einheitlicher Streik kam nicht zustande, weil die Sozialdemokraten zwischen den Werken herummanövrierten und überall erzählten, daß in den anderen Werken der Streik abgebrochen werden soll oder schon abgebrochen worden sei.

Angesichts des geschlossenen Willens zum Widerstand führte der Vorstand die für die zweite Hälfte 76 geplanten Massenentlassungen nicht durch; verschiedene Abteilungen verhinderten Einzelentlassungen.

Die letzten Tarifrunden zeigten, daß die Conti-Arbeiter die Lohnraubabschlüsse nicht hinnehmen. Trotz der sozialdemokratischen Vorherrschaft im Vertrauenskörper und trotz eine massiven Einschüchterungkampagne seitens der Gewerkschaftsführung lehnten viele Vertrauensleute den 5,6 %- Abschluß vom letzten Jahr ab.

Heute wird in den Abteilungen die Debatte um 1 DM mehr für alle geführt. Als Hahn auf der letzten Betriebsversammlung in Vahrenwald im Januar was von hohen Löhnen auf der Conti daherredete, hat er einen Tumult ausgelöst. Hahn mußte fluchtartig das Rednerpult verlassen und die Sozialdemokraten haben schnell die Versammlung aufgelöst. Es gelingt nicht, die Arbeiter auf das Betriebswohl zu verpflichten, sie gehen von ihren Interessen aus. (h/f/Red.)


„Trotz großer Bedenken bin ich für Kernkraftwerke" Bundespräsident Scheel

Ehrenbergs „hoher Auftrag“

Ärztestreiks gegen das Programm zur „Sanierung des Gesundheitswesens“

Die Auseinandersetzung zwischen den Ärzteverbänden und der Bundesregierung verschärft sich. In mehreren Städten in Norddeutschland haben die Ärzte ihre Praxen für einen Tag geschlossen gehalten. Die Verbände künden bundesweite Kampfaktionen gegen das Ehrenberg-Programm zur „Dämpfung des Kostenanstiegs“ im Gesundheitswesen an. Ehrenberg entdeckt plötzlich sein Herz für die „Patienten“, für die „Kranken und Alten“, die durch die Ärzteaktionen in Gefahr gerieten. Der Heuchler! *Sein* Programm, um das es geht, erschöpft so ziemlich alle Möglichkeiten, die Gesundheit der Volksmassen weiter zu zerrütten und ihnen die Kosten dafür noch aufzubürden. „Dämpfung des Kostenanstiegs“? Ja sicher, die Krankenkassen sollen von den Kosten für die Pflichtversicherten, die Lohnabhängigen, „entlastet“ werden, damit die Kapitalisten um so ungenierter in die Kassen langen können. Und wenn diese Fürsorge etlichen Tausenden nicht nur die Gesundheit, sondern das Leben kostet – um so besser, dann „entlasten“ sie gleich auch noch die Rentenversicherung.

Woraus denn resultiert der wahrhaftig heftige „Kostenanstieg“ im Gesundheitswesen? Aus der Zerstörung der Gesundheit der Volksmassen, die in der bürgerlichen Gesellschaft gesetzmäßig ist – gesellschaftliche Kosten der Kapitalistenherrschaft –, *und* aus der Tatsache, daß sich die Kapitalisten in die Arbeiterkassen eingeschlichen haben, um sie auszurauben.

Um Senkung dieser Kosten geht es der Bundesregierung natürlich nicht. Sondern: Durch die „finanzielle Obergrenze für die Verschreibung von Medikamenten“ und die „Orientierungshilfe für die Verordnung von Medikamenten“ will der bürgerliche Staat darüber wachen, daß die Lohnabhängigen kaum noch Medikamente, und wenn, nur das allerbilligste bekommen. Wer Medikamente braucht, soll sie selber bezahlen müssen; einigermaßen gute Medikamente sind unbezahlbar. An Kuren, Zahnersatz, Kieferorthopädie, Mutterschaftsvorsorge, Haushaltshilfen im Krankheitsfall soll radikal gestrichen werden. Bestrahlungen, Elektrokardiogramm (EKG) usw. werden demnächst nur noch in Gesundheitszentren durchgeführt, in denen der bürgerliche Staat darüber wacht, daß die Gelder, auf die die Kapitalisten Anspruch erheben, nicht durch „übersteigerte technische Leistungen“ für die Lohnabhängigen verpulvert werden. Das Ehrenberg-Programm ist ein durch und durch sozialdemokratisches Machwerk: Es verstärkt die Kontrolle und schikanöse Bevormundung der Volksmassen.

Um ihr Programm zur „Sanierung des Gesundheitswesens“ durchzusetzen, muß die Bourgeoisie einen Teil der Ihren dem erwarteten Volkszorn opfern: die Ärzte. Ehrenberg entdeckt, ebenfalls sehr plötzlich, wie ungerecht er die Einkommensentwicklung der Ärzte findet im Verhältnis zur Lohnentwicklung der Arbeiter. Die Arzthonorare sollen festgelegt werden. „Richtig!“ rufen die Sozialdemokraten in den Gewerkschaftsführungen. Unausweichliche Folge aber wird sein, daß die Lohnabhängigen noch schneller durch die Behandlungszimmer der Ärzte gejagt werden, weil die Ärzte durch mehr Patienten ihre Verluste am einzelnen auszugleichen versuchen. Unausweichliche Folge also wird sein, daß jeder, der eine gründliche Untersuchung und Behandlung braucht, sich privat behandeln lassen und damit zahlen muß oder aber mit seiner Gesundheit zahlt. Wer trägt dafür die Verantwortung, wenn nicht die, die diesen hinterhältigen Plan ausgeheckt haben?

Ginge es bei der Auseinandersetzung zwischen den bürgerlichen Politikern und den Ärzten allein um einen Krach innerhalb der Bourgeoisie, wäre die Sache zwar erfreulich, aber ohne großen Belang für die Arbeiterklasse. Aber es geht um einen dreisten Angriff des imperialistischen Staatsapparates auf den Lohn, auf die Gesundheit und das Leben der Lohnabhängigen. Weil die Ärzte selbst auch betroffen sind und weil sie selbst *kein* eigenes Interesse an der Verschlechterung des Gesundheitswesen haben, weigern sie sich, die ihnen zugedachte Aufgabe, Vollstrecker dieses Angriffs zu sein, wahrzunehmen. Die Bourgeoisie ist erbost und getroffen: „Daß Berufe mit so hohem Auftrag … zu Maßnahmen wie einer vorübergehenden Praxisschließung schreiten, ist völlig unangemessen“, entrüstet sich Ehrenberg im „Spiegel“ Nr. 8/1977.

Das Interesse der Arbeiterklasse kann nicht sein, daß die Ärzte ihren „hohen Auftrag“ im Sinne der Bourgeoisie ausführen. Sie hat ihre eigenen Forderungen durchzusetzen: „Unentgeltliche ärztliche Hilfe und Versorgung mit allen Arzneimitteln. Übertragung des Gesundheitswesens an eine sich selbst verwaltende Krankenkasse, deren Leitung von den versicherten Lohnabhängigen gewählt wird. Bestreitung aller Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten; sofern es sich um Lohnabhängige in staatlichen Betrieben oder Einrichtungen handelt, durch den Staat, Vollständige Selbstverwaltung der Versicherten in allen Versicherungsinstitutionen.“ – (cs)

Krankenhausbeschäftigte kämpfen gegen Rationalisierung, Bett

Krankenhausbeschäftigte kämpfen gegen Rationalisierung, Bettenstreichungen und Verschlechterung der medizinischen Versorgung

Westberlin. Am 2.2. fand eine Informationsveranstaltung für die ca. 1 000 Beschäftigten des Wenckebach-Krankenhauses zu dem Bettenstreichungs- und Rationalisierungsprogramm des Westberliner Senats statt. Chefarzt Dr. Kussin, ärztlicher Leiter des Krankenhauses, ließ in seiner Rede gleich heraus, was die Dienstaufsicht in dieser Versammlung erreichen wollte. Sinngemäß begann er so: Im Interesse der Beschäftigten, um alle Gerüchte aus der Welt zu schaffen, wollen wir den Kollegen die Möglichkeit geben, sachlich fundiert, über ihre Gremien, ohne alle Polemik und Verdrehungen, so wie in dem Resolutionsentwurf, der von den ÖTV-Vertrauensleuten heute morgen verteilt wurde, enthalten ist, Alternativvorschläge zu unterbreiten. Der Senat betont ausdrücklich, daß es sich um eine erste Diskussionsgrundlage handle. Wir alle haben über unsere Verhältnisse gelebt, jetzt müssen Sie auf ein vernünftiges Maß zurückstecken!

Dieser Versuch, den Zusammenschluß gegen den Dienstherrn und den unvermeidlichen Kampf zu spalten und zu zersetzen, ist ihm nicht geglückt. Die richtige Antwort darauf gaben die Beschäftigten, die eine Woche später zu der Mitgliederversammlung der erst vor vier Wochen konstituierten Betriebsgruppe der ÖTV erschienen. Über vierzig Gewerkschaftsmitglieder stellten am Tag des Beginns der Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst die Verbindung her zwischen dem Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung und dem Lohnkampf. Empört untersuchten sie, wer über seine Verhältnisse gelebt hat und stellten fest: „Wir müssen vom Verkauf unserer Arbeitskraft leben …

Die Abschlüsse von 5,4 % im letzten Jahr waren nicht dazu geeignet, das Existenzminimum der unteren und mittleren Einkommensklassen zu sichern. Eine Prozentforderung spaltet die Belegschaft .. Weiter ist es so, daß durch die Steuern ein großer Teil des Lohns gleich wieder einbehalten wird. Das besonders auch wiederum in den unteren Einkommensbereichen.“ Die Forderung: 170 DM Lohnerhöhung für alle gleich. 100 DM für alle Auszubildende. 300 DM Urlaubsgeld, Verlängerung des Urlaubs. Sofortiges Angebot der Regierung. Keine Einleitung von Schlichtungsverfahren, sondern Urabstimmung auf der Grundlage der Festgeldforderung. 1 500 DM Steuerfreibetrag! wurden mit großer Mehrheit verabschiedet. Außerdem beschlossen die Kollegen am Montag eine Wandzeitung für alle sichtbar im Krankenhaus aufzuhängen, um die Notwendigkeit der Druchsetzung ihrer Forderung zu begründen.

Gegenüber den Behauptungen des Chefarztes stellten sie fest:
„Zur Zeit ist es so, daß über den zentralen Bettennachweis für die Innere Abteilung nur zwanzig bis dreißig Betten als frei gemeldet werden. An einen Arbeitsplatz in der Wohngegend ist überhaupt nicht zu denken. Den Kollegen war klar, daß nicht nur die Betten gestrichen, sondern ihre Arbeitskraft noch schärfer ruiniert werden soll. Weniger Krankenbetten bedeutet Verkürzung der Liegezeit und das wiederum Mehrarbeit.

Ein älterer Pfleger, der schon jahrelang auf der Inneren Abteilung arbeitet, stand auf: „Kollegen, früher wurden die Herzinfarkt-Patienten sechs Wochen lang gewaschen. Dann durften sie erst aufstehen und wurden allmählich belastet. Heute ist es so, daß sie nach 14 Tagen schon aufstehen müssen. Ich kann Euch sagen, die Todesrate ist in die Höhe gegangen.“ Die ÖTV-Mitglieder solidarisierten sich mit den Kampfmaßnahmen der anderen Krankenhäuser und beschlossen eine Resolution an Gesundheitssenator Pätzold zu senden, in der es heißt: „Die vom Senat geplanten Maßnahmen laufen auf eine weitere Verschlechterung der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung hinaus. Für die betroffenen Kollegen bedeuten sie Verlust ihres Arbeitsplatzes, Arbeitslosigkeit oder Veschlechterung des Arbeitsplatzes. Für die Weiterbeschäftigten bedeuten diese Maßnahmen Mehrarbeit.

Weil wir vom Verkauf unserer Arbeitskraft leben müssen, haben wir kein Interesse daran, daß unsere Gesundheit frühzeitig verschlissen wird, oder daß sich einige von uns auf dem Arbeitsamt wiederfinden. Keine Bettenstreichung! Keine Entlassungen oder Umsetzungen von Kollegen! Keine Privatisierung von Bereichen des Krankenhauses! Offenlegung aller Planungszahlen! Entsprechende Maßnahmen zur Durchsetzung unserer Forderungen behalten wir uns vor!“

Weiterhin wurde auf der Versammlung ein Gremium gebildet, daß ein Flugblatt für die Tempelhofer Bevölkerung erstellt und beschlossen, zu den Besuchszeiten die geplanten Maßnahmen des Senats und die Zustände in der Gesundheitsversorgung zu enthüllen. (mo, GUV Westberlin)

„Da weiß man nicht, ob man heil wieder heraus kommt“

„Da weiß man nicht, ob man heil wieder herauskommt“ – das ist unter den Volksmassen eine weit verbreitete Meinung über die Krankenhäuser, weshalb sie sich nur ungern dorthin zur Behandlung begeben. Wie berechtigt dieses Mißtrauen ist, zeigen einige Beispiele aus Norddeutschlands Renommierklinik, der Medizinischen Hochschule Hannover.
Eine Frau im Alter zwischen 40 und 50 Jahren ließ sich in der Medizinischen Hochschule Hannover am Darm operieren (künstlicher Darmausgang). Während der Operation wurde ein Harnleiter verletzt, ohne zwingenden Grund wurde daraufhin, anstatt den verletzten Harnleiter zu versorgen, die ganze Niere herausgenommen. Als die Frau aus der Narkose aufwachte, hatte sie nur noch eine Niere. Als Begründung wurde ihr vorgelogen, die Niere hätte krankhafte Veränderungen gehabt.
– Eine Frau (Anfang 30) war zur Entbindung in die Silberseeklinik gekommen. Das Kind wurde durch einen Kaiserschnitt geboren. Die Operationswunde heilte aber nicht, sondern platzte auf, die Frau landete ebenfalls auf der Intensivstation der MHH und verstarb dort nach mehreren Wochen, nachdem sie vermutlich durch Antibiotikagabe Blutgerinnungsstörungen bekommen hatte und bei einer erneuten Operation der Darm verletzt worden war, so daß der Darminhalt in die Bauchhöhle floß.

Diese Beispiele ließen sich noch eine Weile fortsetzen. Die Ruinierung der Gesundheit in einer zu den modernsten in der BRD gerechneten Klinik ist keine seltene Ausnahme, sondern zwangsläufige Folge der kapitalistischen Rationalisierung.

Sie führt zum Personalmangel im OP und dadurch zur Steigerung der Arbeitshetze, durch die nicht immer die nötige Sterilität eingehalten werden kann. Personaleinsparung ist es auch, die z.B. auf der Intensivstation 24 B der MHH dazu führt, daß unsauber gearbeitet wird, Patienten mit gefährlichen Keimen infiziert werden, weil die Trennung in aseptische (möglichst keimarme) und septische Abteilung (in der Patienten z.B. mit Wundeiterungen liegen) nicht eingehalten werden kann. Ständig müssen die Schwestern von der einen in die andere Abteilung wechseln, um sich bei bestimmten Arbeiten zu helfen, die man nicht allein schaffen kann, wodurch Keime verschleppt werden. Die Vertreterin der Dienstaufsicht, die zuständige Oberschwester Franke, brüstet sich jedoch damit, daß auf ihre Initiative hin der Stellenplan von 22 auf 17 gekürzt wurde. Gleichzeitig zwingt sie die Schwestern per Dienstanweisung zu Überstunden, indem sie z.B. an deren freien Tag um 6.30 Uhr morgens anruft und sie zur Frühschicht zitiert.

Für das Pflegepersonal bringt die Rationalisierung nur Steigerung der Arbeitshetze und Überstundenschinderei. Für die Patienten schwere Gesundheitsschäden oder gar den Tod.

Arbeiterfamilien gegen das Jugendamt

Hamburg. Die Elterngruppe der sozialtherapeutischen Gruppenarbeit kämpft gegen das Amt für Jugend unter der Forderung: „Einstellung aller Sozialarbeiter, die Eltern und Kinder fordern.“ Auf einer Veranstaltung am 4.2., zu der die eingeladenen bürgerlichen Politiker erst gar nicht erschienen, faßten die Eltern und Kinder ihre Erfahrungen mit der Jugendbehörde zusammen und hielten fest, daß die Interessen der Kapitalisten mit Unterdrückung durchgesetzt werden.

Ein Vater berichtete, daß er mit 14 Jahren vom Jugendamt in eine Erziehungsanstalt gesteckt wurde, weil er seinem Lehrherren eine Ohrfeige zurückgegeben hatte. Der Meister hatte ihn geohrfeigt, weil er sich weigerte, Schichtarbeit zu leisten.

Ein anderer saß vier Jahre im Jugendgefängnis, für das Strafmaß war unter anderem die Jugendfürsorgeakte herangezogen worden, in der ihm zum Beispiel vorgehalten wurde, Apfelsinen geklaut zu haben.

Die Versammlung hat bei 70 Anwesenden einstimmig das Festhalten an der Forderung nach 170 DM begrüßt. Für die Fortführung des Kampfes wurde beschlossen, in dieser Woche zwei Eltern nach vorheriger Anmeldung ins Jugendamt zu schicken, um die Akten abzuholen. Wenn sie sie nicht bekommen, werde man geeignete Wege finden, sie sich zu holen.

Bei einer Enthaltung wurde verabschiedet, in der ganzen Stadt eine Erklärung zu verkleben, in der es heißt: „Wir haben erkannt, daß es an den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen liegt, an der Ausbeuterordnung, die den Arbeiterfamilien immer weniger zum Leben läßt, um die kapitalistischen Höchstprofite zu sichern. Unser Nachwuchs ist das Kostbarste, was wir haben, deshalb schließen wir uns zusammen und kämpfen für eine Ausbildung und Erziehung in unserem Interesse. – (Zelle Abteilung für Jugend, Hamburg)



Westberlin. Auf der Personalversammlung Neukölln der Lehrer und Erzieher mit ca. 600 Anwesenden wurde eine heftige Auseinandersetzung um kapitalistische Rationalisierung im Schulbereich und politische Entrechtung der Lehrer geführt. Einstimmig wurde eine Erklärung verabschiedet, die den Personalrat beauftragt, die geltende Dienstvereinbarung zur Mehrarbeit zu kündigen, alle Lehrer auffordert, keine Mehrarbeit mehr zu leisten und eine Erhöhung der Mittel für Vertretungen auf 10 % fordert, was dem tatsächlichen Krankenstand entspricht. Stadtrat Böhm, der von einer Grundschullehrerin als Verantwortlicher für die katastrophalen Verhältnisse an ihrer Schule angegriffen worden war, wurde bei dem Versuch, die Lehrerin zu isolieren, unter Tumult und Pfiffen vom Podium getrieben. Der Personalrat wurde angegriffen, weil er bei der Suspendierung einer Lehrerin mitgewirkt hat und jeden Schutz durch die Personalvertretung verweigert hatte. Mit großer Mehrheit wurde schließlich eine Erklärung verabschiedet, die sich gegen politische Disziplinierungen, Anhörungsverfahren und Mäßigungs-, Schweige- und Treuepflicht im Öffentlichen Dienst wendet, weil die Beschäftigten damit zur Durchsetzung staatlicher Maßnahmen gegen die Interessen der Bevölkerung gezwungen werden sollen.

Beschäftigte aus dem Öffentlichen Dienst unterstützten den Aufruf der Bürgerinitiativen zur Demonstration am 19.2. in Brokdorf

Kiel. 14 Beschäftigte der Abteilung Sozialarbeit der ÖTV
Lüneburg. 20 Arbeiter des Fernmeldeamtes
Uelzen. 8 Arbeiter des Fernmeldeamtes.
Uelzen. 8 Arbeiter des Fernmeldeamtes.
Ausschuß der Referendare in der GEW
Hamburg. 5 Beschäftigte der Deutschen Lufthansa
7 Beschäftigte des Bartholomäus-Bades Barmbeck
Initiative gegen Kernkraftwerke von Beschäftigten des St. Georg-Krankenhauses

Göttingen. Die öffentliche Vertrauensleutesitzung der ÖTV an der Nervenklinik vom 15.2. hat beschlossen: „… Wir unterstützen den Beschluß der Wilster Landeskonferenz vom 6.2., am 19.2. am Bauplatz des Kernkraftwerkes zu demonstrieren. Der Landrat des Kreises Steinburg hat die Demonstration verboten. Wir fordern die Aufhebung des Demonstrationsverbotes in Brokdorf. Die Demonstration am Bauplatz ist nach wie vor richtig. Deshalb muß demonstriert werden. Als Mitglieder der ÖTV erklären wir: Das ÖTV-Magazin darf nicht länger der Propaganda für das Kernenergieprogramm der Regierung zur Verfügung stehen. Unsere Solidarität gilt den Bauern und Werktätigen in Brokdorf. Deshalb unterstützen wir alle Maßnahmen, die zur Verhinderung des Baus des KKW's durchgeführt werden.

Göttingen. Fünf Fernmeldelehrlinge der Ausbildungsstelle des Fernmeldeamtes Göttingen schreiben in einem Flublatt, das sie am ersten Verhandlungstag verteilt haben: „Während bei den unteren Lohngruppen rationalisiert wird, werden die Aufsichtsposten verdoppelt und verdreifacht. Während die Masse der Beschäftigten also immer mehr arbeiten soll, wächst das Aufsichtspersonal, das ihre Arbeit überwachen soll. Es mißt, registriert und unterdrückt. Dafür soll es noch mehr Gehalt kriegen. Dagegen sind wir. Über das 5,2 %-Angebot der Regierung sagen die Postler: „Das ist eine Unverschämtheit, das kriegen die nicht durch.“ Ende letzter Woche hatten sich 20 Fernmeldelehrlinge in einer Unterschriftensammlung für 170 DM für alle, 110 DM für Lehrlinge, also 60 % von der Festgeldforderung und für Streik eingesetzt. Gleichzeitig sind 15 Lehrlinge mit dieser Unterschriftensammlung in die Gewerkschaft eingetreten. Postjungboten und Beschäftigte aus dem Fernmeldeamt haben gleich Unterschriftenlisten mitgenommen, um unter ihren Kollegen zu sammeln. In der Ausbildungsstelle des Fernmeldeamtes wollen jetzt mehrere Lehrlinge die anderen für eine Resolution gewinnen, worin eine Jugendversammlung gefordert wird, um die Einheit für 170 DM herzustellen.

Bremen. Auf der Bezirksjugendkonferenz der Deutschen Postgewerkschaft am 7./8.2.1977 wurden Beschlüsse gefaßt, die dem Kampf gegen die Entrechtung und Ausplünderung der Beschäftigten dienen. Zur Tarifauseinandersetzung bekräftigte die Konferenz die Forderung nach einem Existenzlohn für alle Auszubildenden und kritisierte die Aufsplitterung des Lehrlingslohnes nach Lehrjahren und Alter. Weiter wurde die Abschaffung des Schlichtungsabkommens und eine Urabstimmung vor dem Abschluß einer Lohnerhöhung gefordert.

Einen Teil der Auseinandersetzung auf der Delegiertenkonferenz umfaßte die politische Entrechtung der Beschäftigten durch das Beamtenrecht. Es wurde die Forderung nach Abschaffung der Berufsverbote im Öffentlichen Dienst gefordert. Gleichzeitig beschloß man, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse innerhalb der Deutschen Postgewerkschaft aufzuheben sind, da sie den Kampf gegen die Berufsverbote behindern und direkt den Dienstherrn unterstützen, die Beschäftigten zu spalten und ihren Kampf zu erschweren.

Hannover. Der Schülerrat der Krankenpflegeschule der Medizinischen Hochschule Hannover beschloß am 15.2., den Aufruf der Landeskonferenz zur Demonstration in Brokdorf zu unterstützen. Der Schülerrat fordert die Aufhebung des Demonstrationsverbotes. Dieser Beschluß wird an das zuständige Verwaltungsgericht in Schleswig-Holstein geschickt.

Göttingen. Die ÖTV-Abteilung Wissenschaft und Forschung und die ÖTV-Mitgliederversammlung Chirurgische Universitätsklinik haben sich gegen den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf ausgesprochen.

Hamburg. Der Kampf der Haushaltsschülerinnen an der Gewerbeschule 11 gegen den Notenterror und die Schikanen der Lehrerin Engelmann hatte Erfolg: Engelmann ist weg! Gleichzeitig holt die Schulbehörde zum Gegenschlag aus: Eine Lehrerin, die den Kampf der Schülerinnen unterstützte, ist ebenfalls aus der Klasse abgezogen worden, außerdem soll der Lehrer Diel jetzt aus dem Schuldienst geworfen werden. Er hatte den Kampf der Bäckerlehrlinge um die Einheitsnote in Politik unterstützt, die Lehrer wegen ihrer Unterdrückertätigkeit angegriffen und öffentlich mehrfach zur Klassenschule und dem Notensystem Stellung genommen.

Die Schülerinnen fordern jetzt eine Schülerratssitzung, auf der sie Schritte festlegen wollen, wie dem Gegenschlag der Schulbehörde ihrerseits ein Schlag versetzt werden kann.

Bafög statt Lehrlingslohn schlägt der Wirtschaftsminister für Schleswig-Holstein Westphal der Bundesregierung vor für die Zeit, in der der Auszubildende in überbetriebliche Ausbildungsstätten hineingesteckt wird. (Handelsblatt, 11.2.77)

Westphal begründet seinen Vorschlag mit der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Damit jedoch hat das Bafög für Lehrlinge gar nichts zu tun, das ist eine dreiste Lüge: Entlastet werden sollen die Kapitalisten von fixen Kosten (Lehrwerkstatt) und von dem Lehrlingslohn, den sie sonst auch zahlen müssen, wenn der Auszubildende zur Schule geht.

Der Vorschlag „Bafög" macht deutlich, daß es der Kapitalistenklasse während der „Ausbildung der Lehrlinge" nur darauf ankommt, sie frühzeitig in der Profitproduktion zu vernutzen. Für die Ausbildung, soweit sie nicht zu umgehen ist, sollen die Arbeiter mit den von ihrem Lohn abgepreßten Steuern noch selber aufkommen.

Dabei ist klar, daß das BAFöG – wie auch bei den Studenten – verbunden ist mit Schikane und Unterdrückung.

Der geringe Elternfreibetrag wird dazu führen, daß das BAFöG – wenn man es überhaupt bekommt – noch unter dem Lehrlingslohn liegt, die Ausbildung also direkt auf die Reproduktionsbedingungen der gesamten Arbeiterfamilie geht. Und so einer Lohnkürzung gleichkommt.

Hannover. Ein Krankenpfleger aus dem
Lehrlingslohn liegt, die Ausbildung also direkt auf die Reproduktionsbedingungen der gesamten Arbeiterfamilie geht. Und so einer Lohnkürzung gleichkommt.

Hannover. Ein Krankenpfleger aus dem Krankenhaus Siloah hat kürzlich ausgerechnet, was ihn der Schulbesuch dreier seiner vier Kinder kostet. Seine Kinder gehen am Mühlenberg in die 3., 7. und 9. Klasse.

Ausgaben pro Schuljahr gerechnet: Bücher, Material für Kunst-, Werk- und Handarbeitsunterricht: 964 DM, Klassenfahrten (2 Kinder): 150 DM, Hefte, Füller, Kugelschreiber, Kleinmaterial (3 Kinder): ca. 150 DM, Taschenrechner (1 Kind): 60 DM, Rechenschieber (1 Kind): 25 DM, Sportzeug (3 Kinder): 150 DM, Fahrkarten (3 Kinder): 720 DM, Taschengeld (4 Kinder): 720 DM, das sind zusammen: 2939 DM. Das sind pro Monat fast 250 DM an Kosten, die in direktem Zusammenhang mit dem Schulbesuch stehen – ohne einen Pfennig Kleidung, Unterhaltung und normale Ernährung.

Empört war die ganze Familie über die Unterdrückung, die die Schule mithilfe der Notengebung ausübt. Sie schilderten als Beispiel, daß eins der Kinder im Sportunterricht einmal eine Vier bekommen habe, weil es sein Sportzeug vergessen hatte. Ein andermal mußte es deshalb eine Strafarbeit schreiben.

Der Krankenpfleger berichtete weiter, daß er in der Steuerklasse III im Monat 2 300 DM an Gehalt zur Versorgung seiner sechsköpfigen Familie erhält (Nettobetrag). Das reicht gerade, um knapp über die Runden zu kommen. Deshalb tritt er im ÖTV-Tarifkampf auch für die 170 DM-Forderung ein.

Bremen. An der Gesamtschule Bremen-Ost soll zum 1.8.77 die Orientierungsstufe eingeführt werden. Zur Auslese dienen A-, B- und C-Kurse und die Benotung jeden Faches sowie Leistungskurse für die Klassen 7 bis 10. Bisher gab es an der Schule drei verschiedene Symbole für die Bewertung: „Lernziel erreicht", „noch nicht erreicht", „übertroffen". Dies soll abgeschafft werden mit der Begründung, daß die Kapitalisten die Symbole nicht deuten können und die Industrie- und Handelskammer sie auch nicht akzeptiert.

So hat es jetzt zum ersten Mal Zeugnisse mit den Noten von 1 bis 6 gegeben. Es hagelte nur so Fünfen, und der Prozentsatz der Hauptschulabschlußgefährdeten war größer als an der Hauptschule selbst.

Deswegen fordern die Eltern und Schüler in mehreren Beschlüssen: Keine Noten in der 5. und 6. Klasse! Ganztagsunterricht! Keine Hausaufgaben! Integration in den 5. bis 10. Klassen (Beibehaltung der Klassenverbände)! Streik für diese Forderungen wird von den Eltern diskutiert.

Ohne Einheit über die Forderung wird die Bewegung nicht weit kommen

Innenminister Maihofer hat im Auftrage der Regierung ein Angebot von 5,2 % und einem Urlaubstag gemacht. Die Auszubildenden sollen ebenfalls eine Erhöhung von 5,2 % erhalten. Für Praktikanten, Lernschwestern usw. hat die Regierung überhaupt kein Angebot gemacht. In den Krankenhäusern müssen die Lernschwestern oft die Arbeit ausgebildeter Kräfte mit übernehmen, weil durch die Stellenstreichungen Personalmangel ist. Dafür soll ihnen jetzt der Lohn gekürzt werden.

Bei der Post Köln haben die Beschäftigten der Nachtschicht am 10. Februar zusätzliche Mehr- und Dreckarbeit verweigert, 111 Postarbeiter der Abteilung forderten schon vor dem 5,2-Prozent-Angebot die Große Tarifkommission mit ihrer Unterschrift auf, die 8-%-Forderung umzustoßen und ein Festgeld für alle gleich von 170 DM aufzustellen; mit Arbeitsverweigerung haben sie auf das 5,2-Prozent-Angebot geantwortet. Das war genau richtig. Ist erst der Lohnraub durchgesetzt, wird die Regierung, wie Kanzler Schmidt sie angewiesen hat, die Rationalisierung in den Einrichtungen der öffentlichen Dienste energisch fortsetzen. Auf Post und Bahn hat der Kanzler dabei besonders hingewiesen.

In Hildesheim hat ein Beschäftigter des Stadttheaters das von den Gewerkschaftsmitgliedern beschlossene Telegramm an die Große Tarifkommission auf dem Postamt laut verlesen. Die Große Tarifkommission wird aufgefordert, gegen die Lohnraubabsichten der Regierung eine Festgeldforderung von 170 DM zu beschließen und die 8 % fallenzulassen.

Unter der 170-DM-Forderung kann sich die Masse der Beschäftigten gegen den bürgerlichen Staat zusammenschließen. Die Postbeamten haben beschlossen, ihrer Tarifkommission ein ähnliches Protestschreiben zu senden.

In einer Reihe von Einrichtungen im öffentlichen Dienst in der ganzen Bundesrepublik und Westberlin haben Gewerkschaftsmitglieder am ersten Verhandlungstag Protestaktionen durchgeführt gegen die Regierung unter der Forderung nach Umsturz der Spalterforderung von 8 % und für eine einheitliche Lohnerhöhung von 170 DM.

Der Kommunistische Bund Westdeutschland hat der Lohnbewegung im öffentlichen Dienst gegen die Spaltungsmanöver der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung diese Taktik vorgeschlagen. Mit der Forderung von 170 DM ist es möglich, sich erneut zusammenzuschließen und die Front aufzubauen gegen die Absichten der Regierung, den Lohn der Masse der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu senken und gleichzeitig für die Unterdrücker und Antreiber über die Prozente das nötige Schmiergeld herauszuholen.

Dafür rührt Heinz Kluncker die Trommel, das schafft nämlich die Regierung alleine nicht, ihre Absichten sind bekannt. Mit ihrem 5,2-Prozent-Angebot hat die Regierung aber gezeigt, wie sie mit dazu beitragen will, daß die Manöver von Heinz Kluncker als ihrem Komplizen vertuscht werden sollen: Kluncker akzeptiert die 5,2 %, Maihofer hält dafür das Urlaubsgeld zurück und verschafft Kluncker Spielraum für weitere Betrugsmanöver gegenüber den Gewerkschaftsmitgliedern.

Unterrichtete Kreise wie die Leser des „Handelsblattes" und der „Wirtschaftswoche" vom 11. Februar haben sich schon darüber verständigt, daß die Regierung ein Urlaubsgeld von 100 DM zahlen kann. Man kann ruhig seinen Kopf verwetten – Heinz Klunkker zählt natürlich zu den unterrichteten Kreisen in Partei und Wirtschaft, das ist seine Aufgabe als sozialdemokratischer Gewerkschaftsboß. Sonst kann er seine Taktik ja nicht einfädeln. Inzwischen läßt auch die „Bild"-Zeitung diese Manöver durchsickern: „Wie Bild erfuhr (am 15. Februar), wollen die Arbeitgeber in letzter Minute ein Urlaubsgeld anbieten. Im Gespräch sind bis zu 100 DM."

Diesen Kuhhandel im Kreuz, geht die Gewerkschaftsführung kühn daran, den Protest der Beschäftigten für Warnstreiks am 23. Februar zu organisieren. Entsprechende Beratungen finden derzeit mit den Vertrauensleuten statt.

Einen wesentlichen Mangel haben alle Manöver der Gewerkschaftsführung: mag die faule Prozentforderung noch so aufgemacht sein und verpackt sein in die richtigen Forderungen nach Urlaubsgeld und Urlaubsverlängerung, auch der bewegliche Kluncker vermag nicht zu verdecken: beides, ob mit oder ohne Urlaubsgeld, ist zu wenig.

Ein Maß für die angespannte Lage aller Lohnabhängigen: zum ersten Mal ist mit der letzten drastischen Erhöhung der Zigarettenpreise der Verkauf um 14 % zurückgegangen. Mag das für gesund halten wer will, es zeigt jedenfalls den Umfang der Verelendung, die die Kapitalisten und der Staat betreiben.

Erneut beraten die Belegschaften die Vorbereitung des Streiks. Über die Notwendigkeit des Kampfes besteht in der Lohnbewegung im öffentlichen Dienst große Klarheit. Die Spaltung durch den Charakter der Prozentforderung tritt mit dem Angebot der Regierung deutlicher hervor.

Die Lohnbewegung im öffentlichen Dienst hält an der eingeschlagenen Taktik fest und gewinnt für den Sturz der Prozentforderung und den Streik für 170 DM täglich neue Teile der Belegschaften hinzu.

Die Angriffe der Regierung durch den Einsatz von Rationalisierungskommissionen gerade in den letzten Tagen machen die Notwendigkeit, unter einer einheitlichen Forderung der Rationalisierung im Kampf um den Lohn gleichzeitig eine Schranke zu setzen, nur deutlicher. Dort, wo die Belegschaften den Kampf gegen die Rationalisierung führen, ist der Zusammenschluß für die 170 DM am größten.

In den Aktionen, die jetzt in den Betrieben vorbereitet werden, ist der Kampf für die 170 DM und den Sturz der spalterischen Prozentforderung die einzige Möglichkeit, den Lohnraubabsichten der Regierung erfolgreich entgegenzutreten. Man muß sie wahrnehmen und darf keine Zeit verlieren. – (hr)



Bei den Verkehrsbetrieben der Stadtwerke Mainz führten die Beschäftigten am 11.2. von 9 Uhr 30 bis 10 Uhr 30 einen Warnstreik gegen das ihrer Meinung nach provokative Angebot der Regierung bei den Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst am Vortag durch. Während dieser Zeit standen in Mainz alle Busse und Straßenbahnen still. Am Hauptbahnhof, dem zentralen Verkehrsknotenpunkt, wo ca. 20 Busse standen, diskutierten die Busfahrer und andere Beschäftigte der Verkehrsbetriebe mit Passanten. Die Passanten fanden diese Kampfmaßnahmen richtig und notwendig, um eine ausreichende Lohnerhöhung durchzusetzen.

Weniger Eisenbahner, größere Mehrarbeit
Finanzierung der Güterkosten durch Monatskarten

Weniger Eisenbahner, größere Mehrarbeit
Finanzierung der Güterkosten durch Monatskarten

„Bundesbahn-Defizit muß vor allem mit Personalabbau gesenkt werden!" schrieb die „Welt" am 10. Februar, am Tag der Verhandlungen der Gewerkschaft ÖTV mit der Regierung. Mit diesen und ähnlichen Artikeln kamen an diesem Tag mehrere Zeitungen heraus.

10,57 Milliarden DM betrug das Defizit der Bundesbahn 1976. Im Jahr 1976 sei durch Rationalisierungsmaßnahmen das Defizit um 42 Millionen Mark geringer. Weitere „Einsparungen" von 1,3 Milliarden DM sollen nach Aussagen des mit der Untersuchung der Rationalisierungsmöglichkeiten der Bundesbahn beauftragten Staatssekretärs durch die Reduzierung der Belegschaft um 30 000 gemacht werden.

	Tonnenkilometer in Millionen	Beschäftigte	Tonnenkilometer pro Beschäftigte	Steigerung des Tonnentransports pro Beschäftigte
1957	54 570	512 159	106 548	57 : 100
1958	49 150	511 897	96 015	90.11
1959	50 960	494 835	102 983	96,65
1960	56 820 (1)	483 225	117 584	110,35
1961	58 200	477 960	121 767	114,28
1962	59 800	471 085	126 940	119.13
1963	62 700	463 299	135 333	127,01
1964	63 600 (2)	459 306	138 469	129,95
1965	60 986	448 280	136 044	127,68
1966	59 242	429 003	138 096	129,60
1967	57 359	409 603	140 035	131,39
1968	61 070	392 564	155 566	146.00
1969	69 477	383 720	180 983	169,86
1970	73 590	392 680	187 404	175,88
1971	67 188	402 809	166 798	156,54
1972	66 700	402 992	165 558	155,38
1973	69 304	404 715	171 241	160,71
1974	71 399	405 713	175 984	165,16
1975	57 223 (3)	394 903	144 903	135,99
1976	61 998 (4)	373 213	166 119	155,901

(1) Statistisches Jahrbuch der Bundesregierung 1964
(2) Statistisches Jahrbuch der Bundesregierung 1967
(3) Statistisches Jahrbuch der Bundesregierung 1976
(4) Zahlen Januar bis September 1976 aus: Wirtschaft und Statistik 1/77, Oktober, November und Dezember: Schätzungen

Hauptsächlich transportieren die Beschäftigten der Bundesbahn Güter für die Kapitalisten: Vor der Produktion werden Rohstoffe und Maschinen transportiert. Während des Produktionsprozesses werden Teile der Produktion von einer Produktionsstätte zur anderen transportiert, und nach der Produktion werden die Waren zum Verkauf transportiert.

Der Transport von Arbeitskraft wird ständig eingeschränkt und soll von der Schiene auf Busse umgestellt werden.

„Die Kosten des Güterverkehrs können, wenn der Personenverkehr auf Busse verlagert wird, um bis zu einem Drittel gesenkt werden." (Staatssekretär Ruhnau zur „Welt" am 10. Februar)

Für die Kapitalisten sind die Transportkosten Produktionskosten – je niedriger diese, desto höher der Profit. Die niedrigeren Transportkosten sollen erreicht werden durch billigeren Transport der Arbeiter, die dennoch das gleiche wie vorher und mehr bezahlen sollen. Die Differenz wird den Kapitalisten zugesteckt. Vor allem soll die Arbeitskraft der Beschäftigten bei der Bundesbahn verstärkt ausgepreßt werden und der Lohn gesenkt. 1974 wurden durchschnittlich 65 Prozent mehr Güter pro Beschäftigtem auf der Schiene bewegt als 1957. Diese Steigerung der Auspressung der Arbeitskraft konnte im Jahr 1975 nicht erzielt werden. Die Masse der zu transportierenden Güter hatte infolge der kapitalistischen Krise abgenommen und der bürgerliche Staat hatte nicht Schritt halten können in der Rationalisierung der Beschäftigten. So wurden pro Beschäftigtem „nur" 144 903 Tonnenkilometer transportiert (1974: 175 984).

Der Transport von Gütern hat im Jahr 1976 wieder zugenommen. Unverändert ist jedoch die Gier der Kapitalisten geblieben, weitere Mehrarbeit aus den Beschäftigten der Bundesbahn herauszupressen: Jede Mark, die von den Steuergeldern, anstatt für weitere Projekte von ihnen genutzt werden zu können, an die Beschäftigten in Form von Lohn geht, ist ihnen zuviel. Die Kapitalisten sind nicht gegen die Subvention der Bundesbahn, sondern dafür, daß der bürgerliche Staat die Transportkosten über Steuergelder finanziert. Denn das steigert den Profit. Sie sind jedoch dafür, daß möglichst wenig an die Lohnabhängigen gezahlt wird, die diesen Transport mit ihrer Arbeit bewerkstelligen.

Daß die Kapitalisten mit ihren Rationalisierungsplänen jetzt so offen herauskommen, hat guten Grund: Furcht und Konkurrenz sollen geschürt werden, um Streik zu verhindern. Ein Streik der Beschäftigten bei der Bundesbahn legt die Zirkulation der Waren lahm wie auch beträchtliche Teile der Produktion. – (am)

Lehrerstreik landesweit
GEW-Demonstration am 11. Februar in Wiesbaden

8 000 Lehrer und 1 500 Schüler zogen am 11.2. vor das Kultusministerium in Wiesbaden unter den Sprechchören: „Der Staat verlangt jetzt Mehrarbeit, unsere Antwort ist der Streik! Lehrerstreik landesweit, dann schlagen wir den Krollmann breit!" Kultusminister Krollmann ließ sich erst gar nicht blicken. Noch am Tag davor hatte er per Rundbrief die Befolgung des Aufrufs der GEW, in ganz Hessen einen zentralen Aktionstag mit einer halbstündigen Arbeitsniederlegung während der Unterrichtszeit durchzuführen, mit der Androhung von Strafen und Gehaltsabzug unterdrücken wollen. Die bürgerliche Presse von „Frankfurter Allgemeine Zeitung" bis „Frankfurter Rundschau" höhnte, die Lehrer könnten keine Einheit herstellen, der Aktionstag wäre kaum befolgt worden. Das Gegenteil war der Fall. Überall wurde der Tag genutzt, die Einheit zur Durchsetzung der Forderungen nach Beseitigung der Zweidrittel-Stellen, Einstellung aller Lehrer, gegen Arbeitszeitverlängerung und Mehrarbeit zu vertiefen und zur Demonstration zu mobilisieren. Krollmann mußte am Freitag kleinlaut zugeben, daß der Verwaltungsaufwand groß wäre, um den streikenden Lehrern den Ausfall vom Gehalt abzuziehen.

Ein Schlag war die Demonstration gegen die Fessel innerhalb der Lehrerbewegung, die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre. „Nicht zur Kundgebung erschienen war der als Redner angekündigte Landesvorsitzende der hessischen GEW, Gustav Ludwig, der seit einiger Zeit Direktor in der Schulabteilung des Darmstädter Regierungspräsidiums ist, das den Unterrichtsboykott untersagte ... Als über Lautsprecher verkündet wurde, Ludwig könne wegen Krankheit nicht kommen, wurden ... gellende Pfiffe laut", berichtete die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 12. Februar. Er hatte allen Grund, vor den 8 000 nicht zu erscheinen. Was die Sozialdemokraten seit über einem Jahr verhindern wollen, Streik gegen die Rationalisierungen des Dienstherrn, hat die hessische Lehrerbewegung durch Aktionstag und Demonstration aktuell auf die Tagesordnung gesetzt: Streikbeschluß und Arbeitskampf.

Wasserverbände: Ausplünderung des Volkes im Dienste des Finanzkapitals

Achim. In der letzten Woche haben im Landkreis Verden die vier im Trinkwasserverband zusammengeschlossenen Wasserverteilungsverbände getagt. Beschlossen wurden u.a. der Haushaltsplan 1977 und die nach § 3 Abs. 1 der Wasserabgabensatzung und der Niedersächsischen Gemeindeordnung vorgeschriebene Erhebung von Beiträgen unbebauter Grundstücke an bestehende Versorgungsleitungen.

Die Wasserverteilungsverbände setzen sich zusammen aus den Vertretern der bürgerlichen Parteien der Gemeinden und Städte sowie den Gemeinde- und Stadtdirektoren, die das alleinige Abstimmungsrecht haben.

Der Trinkwasserverband Verden existiert 12 Jahre, in denen 15 500 Haushaltsanschlüsse an das öffentliche Wassernetz durchgesetzt wurden. Über 10 Mio. DM hat sich so der Wasserverband aus den Taschen des Volkes geholt. Verbandsvorsteher und Baudirektor Lewandowsky meinte: „Die Leute mußten für den öffentlichen Anschluß überzeugt werden." Kein Wunder, bringt er doch erhebliche Kosten für die „Anzuschließenden". Im Durchschnitt werden derzeit 1 000 DM pro Anschluß verlangt. Vor allem für die Bauern kommen aber zusätzliche Kosten hinzu, weil sie das Rohrnetz verändern müssen. Mit dem Anschluß werden dann ständig steigende Gebühren entrichtet: Bei einem 4-Personen-Haushalt sind die Gebühren in den letzten 10 Jahren von ca. fünf DM pro Jahr auf jetzt 40 DM pro Jahr gestiegen, also um 800 %. Wie Lewandowsky feststellte, seien 90 % aller Anschlüsse durchgeführt, es gelte jetzt den Rest zügig einzuleiten, um so die „Konsolidierungsphase" der Ausplünderung durch den Wasserverband weiter voranschreiten zu lassen. Was der Wasserverband will, ist das vollständige Monopol über das Wasser.

Begründet werden die steigenden Gebühren mit steigenden Investitionen, die 1975/76 fünf Mio. DM betragen haben. Da der Bund und das Land keine „Hilfe" gegeben hätten, mußten in „erheblichem Maße Fremdmittel aufgenommen werden, für die nunmehr ab 1977 der Kapitaldienst eintritt" (Achimer Kreisblatt, 29.10.76).

Man kann daraus ersehen, daß das Finanzkapital direkt aus dem Wasserverband seine Zinsen zieht. Für 1977 ist eine weitere Erhöhung der Wasserpreise eingeplant, nachdem zum 1.1.1977 der Wasserpreis um 10 % und die Grundgebühr um 28 % angehoben wurden. Im Haushaltsplan 1977 wird davon ausgegangen, daß das Volk sehr viel Wasser verbrauchen soll. Gibt es einen feuchten Sommer, wird der Verbrauch niedrig sein, werden Bauern, Arbeiter usw. für ihre Felder und Gärten weniger Wasser benötigen. Da für den Wasserverband aber ein hoher Verbrauch nötig ist, um das Volk weiter auszuplündern, könnte ein feuchter Sommer dem Wasserverband einen Strich durch seine Rechnung machen. Um dem von vorneherein vorzubeugen, müsse eine erneute und stärkere Erhöhung für den Herbst ins Auge gefaßt werden. Außerdem sollen die „Wassernotstandsgebiete", also Gebiete, die ständig unter Wassermangel leiden, angeschlossen werden.

Ein Blick auf die Investitionstätigkeit des Wasserverbandes zeigt, in wessen Interesse Investitionen vorgenommen werden. Während die Anschlüsse an das Wassernetz vom Volk selbst bezahlt werden müssen, wird die Hauptinvestition im Haushaltsplan 1977 kostenlos für die Besitzer erneuert: Für 325 Tsd. DM wird eine neue Leitung vom Baggersee Oyten (Autobahndreieck Bremen) zum neuen Industriegebiet Bremen-Mahndorf/Achim-Uphusen verlegt.

Besondere Bedeutung hat die vorgeschriebene Erhebung von Anschlußbeiträgen an die Kanalisation für unbebaute Grundstücke. Durch das Niedersächsische Kommunalabgabengesetz sind die Städte und Gemeinden verpflichtet, in den Gebieten „Anschlußbeiträge zu erheben, in denen bereits ein betriebsfertiger Kanal liegt. Das trifft im wesentlichen auf unbebaute Grundstücke, d.h. 'Baulücken' zu" (nach „Zusammenfassende Stellungnahme" der Stadt Achim vom 5.1.77). Ein Beispiel zeigt, daß diese Zwangsmaßnahme zur Ausplünderung des Volkes nicht die reichen Grundbesitzer trifft, sondern die kleinen Hausbesitzer mit kleinen Grundstücken bis zu 1 500 qm. Hat jemand beispielsweise ein Grundstück von 600 qm, auf dem noch eine Bebauung möglich ist, dann wird er zur Kasse gebeten. Berechnung:

600 qm (Grundstücksgröße) x 0,4 (Geschoßflächenzahl) gleich 240 qm (Berechnungsfläche) x 6,60 DM gleich 1 584 DM Beitrag.

Selbst wenn jemand gar nicht vorhat zu bauen, muß er jetzt vorsorglich 1 584 DM auf den Tisch blättern.

Eine Stundung bis zum Zeitpunkt der tatsächlichen Bebauung ist nicht möglich. Die Erhebung der Beiträge erfolgt über die Flächennutzungspläne, anhand derer die Grundstücke und die Beiträge festgelegt werden. Der „Weser-Kurier" vom 22.12.76 stellt fest, daß 90 % aller Grundstücke davon betroffen sind. - (rk, Achim)





Alljährlich feiert die Bourgeoisie in Bremen ihre Tradition der Ausplünderung der Völker der Welt und Ausbeutung der eigenen Arbeiterklasse. Sie nennt das „Schaffermahl". Die Bourgeois (links bei Einlaß unter Polizeischutz) nannten ihre Herrschaft einen „Felsen in der Brandung eines Meeres der Unruhe". Unruhe und zwar heftige gab es vor dem Rathaus. 400 bis 500 demonstrierten gegen die Ausplünderung durch den Bremer Senat und forderten die Rücknahme der Fahrpreiserhöhungen.

Osnabrück. Die Mitgliederversammlung der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft spricht sich gegen die Kernenergie, gegen Atommüll- und Wiederaufbereitungsanlagen und gegen das Energieprogramm der Bundesregierung aus.

Achim. Ein Bauernsohn aus dem Landkreis Verden berichtet:

„Sie graben uns nicht nur das Wasser ab, sondern plündern auch noch unsere Taschen durch ihre Fehlplanungen.

Wir haben einen kleinen landwirtschaftlichen Betrieb mit ca. 20 ha Land, 40 Kopf Rindvieh und 20 Säuen. 1918 hat mein Großvater den Hof erworben. Meine Eltern sind zwar erst an die 50 Jahre alt, aber jetzt schon kaputt. Hilfskräfte können wir uns nie leisten, weil wir sowieso schon am Rande der Existenz leben. Es reicht bis heute noch nicht einmal zu einem Badezimmerbau.

Seit zwei Jahren besteht Anschlußpflicht an das Trinkwassernetz der Stadt Achim. Bis dahin hatten wir eine eigene Hauswasserversorgung durch unseren Brunnen. Nun müssen wir unser eigenes Wasser von der Stadt kaufen. Und jetzt soll es ganz dicke kommen: Nach der niedersächsischen Kommunalabgabenordnung sollen wir gezwungen werden, unsere Abwasserleitung an die städtische anzuschließen. Das ist aber nicht alles. Weil die damals den Regenwasserkanal nur 1 m tief unter die Straße gelegt haben, um Kosten zu sparen, sollen wir jetzt noch zusätzlich blechen. Die Abwasserleitung muß jetzt nämlich darunter verlegt werden, was bedeutet, daß wir eine Pumpe installieren müssen. Für die maschinelle Installation der Pumpe, für den Schacht und für die Druckleitung vom Pumpwerk zum Kanal kommen da ca. 12 000 DM zusammen, dazu die laufenden Strom-, Wartungs- und Reparaturkosten.

Und noch was: Von unseren 20 ha Land liegen etwa die Hälfte am Weideland in der Nähe des Wasserwerkes Wittkoppenberg. Seitdem das in Betrieb ist, wächst da kaum ein Grashalm und Vieh kann da nicht mehr hin."

Am 16.2. erschien die Nr. 2/77 von
Kommunismus und Klassenkampf
Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland
DM 2,00
Inhalt

und Sami Fayez Musallam, stellvertretender
Leiter der PLO-Mission in Peking.

Sie wollen die Arbeiter ihren eigenen Schuldturm aufmauern lassen

Der Dreh mit dem Bausparen

Das „Eigenheim, das sich jeder leisten kann" ist ein Lieblingsthema bürgerlicher Ideologen, das sie gerne ins Feld führen gegen die Aussagen des wissenschaftlichen Sozialismus, der beweist, nicht nur, daß sich die gesellschaftliche Kluft zwischen Arbeitern und Kapitalisten ständig vertieft, sondern daß die Arbeiterklasse ins absolute Elend gedrückt wird. „Winken Sie bloß nicht ab, das könnten sich nur Reiche leisten", schreibt die „Bild"-Zeitung in ihrer Serie: „Hurra, wir bauen uns ein Haus" Ende 1976.

Die Kapitalisten spekulieren auf die Lohngelder, die sie den Arbeitern und Angestellten im Rahmen des 624-DM-Gesetzes rauben und zu ihrer Vermögensbildung, zur Vermehrung des Kapitals, anlegen können. Laut einer Statistik der „Frankfurter Allgemeinen" vom 3.11.1976 hatten 1975 von knapp 16 Millionen „Arbeitnehmern mit vermögenswirksamem Sparen" 29 Prozent, über 4,6 Millionen Arbeiter und Angestellte, einen Bausparvertrag abgeschlossen. Die Propaganda der bürgerlichen Eigentumsideologie, die über das „Eigenheim" in die Arbeiterklasse getragen werden soll, verknüpft sich aufs Angenehmste mit dem Kapitalistenheißhunger auf die Arbeiterlöhne.

„Mietezahlen muß nicht ‚lebenslänglich' sein", wirbt die größte westdeutsche Bausparkasse Wüstenrot um die Lohnabhängigen. Zirka 2,7 Millionen Bausparverträge laufen gegenwärtig bei Wüstenrot. Legt man die allgemeinen Angaben von 1974 zugrunde, dann entfallen 33 Prozent der Verträge auf Angestellte, 24 Prozent auf Arbeiter, 14 Prozent auf Beamte. Bei einem durchschnittlichen Vertragsabschluß von 25 400 DM bei den Lohnabhängigen erwartet Wüstenrot aus diesen Verträgen Spareinzahlungen von über 48 Milliarden DM. Damit vergrößert sie ihren Reichtum durch Kreditvergabe, Grundstücksspekulationen usw.

Welcher Arbeiter oder Angestellte einen Bausparvertrag abschließt in der Hoffnung, Eigentümer eines Hauses zu werden, um der Ausplünderung durch die Hausbesitzer und Grundeigentümer zu entgehen, begibt sich in lebenslängliche Schuldknechtschaft der Banken bzw. Bausparkassen. Zuerst einmal braucht er „Eigenkapital", das er nicht hat, also „ansparen" muß. 40 Prozent der Gesamtsumme soll in der Regel das „Mindestsparguthaben" betragen, 60 Prozent das Darlehen, das dann bei der Bausparkasse aufgenommen werden kann. Angenommen nach dem Beispiel einer Wüstenrot-Broschüre, unser Arbeiter, verheiratet, zwei Kinder, entschließt sich, einen Bausparvertrag über 40 000 DM abzuschließen, um dann für 100 000 ein Haus zu erstehen. Spart er nach dem 624-DM-Gesetz, zahlt also monatlich 52 DM ein (davon 26 DM der Kapitalist), so wird er die Abschlußsumme seines Bausparvertrages nicht mehr erleben. Die Banken, Bausparkassen und Lebensversicherungen wollen auch größere Teile seines Lohnes. Der bürgerliche Staat lockt deshalb mit einigen „Vergünstigungen", der Bausparprämie und der „Sparzulage", die er, so heißt es, zu den Spareinlagen „zuschießt". Diese „Vergünstigungen" werden im wesentlichen aus den indirekten und Lohnsteuern der Lohnabhängigen aufgebracht. In den vollen Genuß dieser selbstbezahlten „Vergünstigungen" kommt jedoch unser Arbeiter nur, wenn er mehr zahlt als nach dem 624-DM-Gesetz. Ein verheirateter Arbeiter mit zwei Kindern muß dann jährlich einschließlich „vermögenswirksamer Leistungen" 2 224 DM sparen, um 676,50 DM „Vergünstigungen" zu bekommen. Er selbst muß also monatlich 159,33 DM von seinem Lohn an die Bausparkasse überweisen, sich vom Essen, vom Urlaub, von der Kleidung absparen. „Von nichts kommt nichts" – schreibt die „Bild"-Zeitung dazu. Diese knapp 160 DM müßte er fast zwölf Jahre zahlen, 144 Monate lang, um zusammen mit den Kapitalistenbeiträgen von monatlich 26 DM, den staatlichen „Vergünstigungen" und den 3 Prozent Zinsen, die die Bausparkasse auf sein Sparguthaben zahlt, auf 40 000 DM zu kommen. Nach diesen zwölf Jahren könnte er ein Darlehen von 60 000 DM beantragen. In den nächsten elf Jahren muß er dieses Darlehen und Zinsen an die Bausparkasse zurückzahlen: 600 DM monatlich, 7 200 DM im Jahr, 79 200 DM in elf Jahren. Die Zinsen können nach fünf Jahren erhöht werden. Was die Wüstenrot-Broschüre nicht schreibt: Hätte unser Arbeiter vor zirka sieben Jahren den Vertrag abgeschlossen, weil er sich ausgerechnet hat, für 100 000 DM eventuell ein kleines Häuschen zu bekommen, so müßte er 1975 feststellen, daß ein durchschnittliches Eigenheim bereits 157 000 DM kostet, von dem Grundstück einmal ganz abgesehen. Nach den ganzen zwölf Jahren dürften es dann weit über 200 000 DM sein, die er zu bezahlen hätte, aber nicht hat. Die Bausparkassen sind auf diesen Fall vorbereitet. Hier beginnt ihr Geschäft erst richtig. Wüstenrot übernähme die „Gesamtfinanzierung" eines, sagen wir, 200 000 DM-Gesamtprojektes, unser Arbeiter nähme ein Gesamtdarlehen von 160 000 DM, normale Laufzeit zirka 26 Jahre, monatliche Zahlung an die Bausparkasse: rund 1 840 DM auf – soviel also, wie der Durchschnittslohn der Arbeiter ungefähr beträgt. „Und wenn man dann gebaut hat, bezahlt man statt Miete sein Darlehen ab. Und das sozusagen in die eigene Tasche", schreibt Wüstenrot dazu.

Ganz offensichtlich ist, daß, wozu immer Bausparverträge abgeschlossen werden, sie für einen Lohnabhängigen, der von seinem Lohn leben muß, nicht zum Erwerb eines Eigenheimes führen. Selbst dann nur in den seltensten Fällen, wenn neben dem Arbeiter auch seine Frau arbeitet, wenn er „schwarzarbeitet", sein Leben lang keinen Urlaub macht usw.

Kaum einer, der von seinem Lohn leben muß, schließt auch aus diesem Grund einen Bausparvertrag ab. Die meisten Vertragsabschlüsse liegen ja auch um ein Vielfaches niedriger als zum „Erwerb eines Eigenheimes" notwendig. Bleibt zu klären, warum dann? Gerade, weil der Lohn nur zum Lebensnotwendigen reicht, muß die Arbeiterfamilie sparen. Für die Ausbildung der Kinder, wovon soll sie sie sonst zahlen? Für notwendige langlebige und teure Konsumgüter, die sonst nicht gezahlt werden können. Für das Alter, für den Fall eines frühzeitigen Todes oder frühzeitiger Invalidität, denn die Sozialverischerungen befinden sich in den Händen der Kapitalisten, die sich daran bereichern, und ihre Leistungen sind derart, daß sie jede Arbeiterfamilie, die davon leben muß, ins völlige Elend stürzen. Diese Tatsache ist eine der Triebkräfte, die zahlreiche Lohnabhängige dazu treibt, monatlich einen Teil des Lohnes abzusparen.

Die buchstäblich vom Mund abgesparten Lohngelder werden von den Banken, Sparkassen, Bausparkassen, Lebensversicherungen angesammelt. Es handelt sich allein im Rahmen der „Vermögensbildung" um Beträge in Zig-Milliardenhöhe. Sie stehen den Kapitalisten nun ungehemmt zur Verfügung. Die „Vermögensbildung" erscheint aufgrund der Kapitalistenbeiträge und der „Vergünstigungen" des bürgerlichen Staates als günstige Sparmöglichkeit, um so mehr, als die Zinsen der Sparkassen äußerst niedrig sind und die Kündigungsfristen lang. In Wirklichkeit ist sie ein großangelegter Betrug, durch den den Lohnabhängigen durch Lohnbestandteile, die sich nicht in ihrer Hand befinden, sondern in den Händen der Kapitalisten und des bürgerlichen Staates, zusätzliche Lohnteile aus der Tasche gezogen werden, damit sie in die Taschen der Kapitalisten geraten. Dazu wurde die „Vermögensbildung", in deren Rahmen heute die meisten Bausparverträge Lohnabhängiger abgeschlossen werden, ersonnen und soll sie weiter ausgebaut werden. Die Kapitalistenklasse will sich die Notkassen der Arbeiter völlig unter den Nagel reißen. – (cs)

Am 22.2. will der niedersächsische Minister Albrecht den Standort für die Atommülldeponie bekanntgeben. Allerlei Manöver hat er bisher gestartet um die Bewegung gegen die Atommüllanlage und Wiederaufbereitungsanlage in die Leere laufen zu lassen und weitere Manöver hat er vor. Verlegte sich Albrecht bisher darauf, daß in Niedersachsen kein Atommüllager errichtet wird, sondern die USA dafür gewonnen werden müßten, so sagt er jetzt, daß der von ihm ausgewählte Standort nur ein „vorläufiger" sei und nicht „gebohrt und nicht gebaut" wird (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.2.). Gleichzeitig hat er sich für die Anlage Rückendeckung vom Bund geben lassen. Daß diese Manöver nicht ziehen und es der Bourgeoisie nicht gelingt, die Bewegung gegen die Atommüllanlage zu verwirren, zeigt der Aufbau von weiteren Bürgerinitiativen in Ostfriesland und dem Emsland (z.B. in Meppen) und die Demonstration in Hannover von über 100 Frauen aus den Gebieten der geplanten Atommülldeponie, die Ministerpräsident Albrecht zur Rede stellten.

Göttingen. Resolution des Studentenrats der Universität Göttingen vom 15.2.: „Die Schleswig-Holsteinische Landesregierung hat die für den 19.2. festgesetzte Demonstration verboten. a) Der Studentenrat verurteilt diesen Angriff auf das Demonstrationsrecht und fordert die sofortige Aufhebung dieses Verbots. b) Der Studentenrat unterstützt die Demonstration in Brokdorf auf der Basis des Aufrufs der Landeskonferenz vom 6.2. in Wilster und ruft die Studenten auf, sich an der Demonstration zu beteiligen. Weg mit dem Demonstrationsverbot. Kein Kernkraftwerk in Brokdorf. Diese Resolution wird am Mittwoch vom AStA der Uni per Telegramm der Bürgerinitiative in Brokdorf zu gesandt. Der Göttinger AStA unterstützt diese Demonstration."

Freiburg. ÖTV-Mitgliederversammlung unterstützt Forderungen zum praktischen Jahr. Am Donnerstag, dem 10.2., fand eine ÖTV-Mitgliederversammlung Abteilung Gesundheitswesen statt. Diskutiert wurden Schritte zur Vorbereitung einer Veranstaltung gegen die Stellenstreichungen und Rationalisierungen. Es waren Delegierte der Praktischen-Jahr-Gruppe eingeladen, um den Zusammenhang des Kampfes der Medizinstudenten für einen Ausbildungs- und Tarifvertrag im Praktischen Jahr mit den Kämpfen des Personals zu erläutern. In einem Beitrag erklärten die Studenten, daß sie sich mit ihren Forderungen an die Seite der Beschäftigten im öffentlichen Dienst stellen, gegen Rationalisierungen, für gewerkschaftliche und politische Freiheiten und uneingeschränktes Streikrecht. Als Beitrag der Solidarität trugen sie einen Beschluß der Fachbereichsgruppe Klinik zum Tarifkampf vor, in dem sich 19 Studenten bei einer Enthaltung dafür aussprechen, an der Festgeldforderung von 170 DM festzuhalten. Die Mitgliederversammlung beschloß nach Diskussion über die Forderungen mit rund 40 Ja-, einer Gegenstimme und keiner Enhaltung die Unterstützung der Forderungen zum Praktischen Jahr. Ferner wurde ein Vertreter der Praktischen-Jahr-Gruppe in die Vorbereitungsgruppe für die öffentliche Veranstaltung der ÖTV zu den Rationalisierungsmaßnahmen aufgenommen. Diese Veranstaltung wird in der Woche, in der die Klinikstudenten über den unbefristeten Streik für den Ausbildungsvertrag und Tarifvertrag im Praktischen Jahr urabstimmen werden, stattfinden.

Mit weiterer Schikane antwortet der bürgerliche Staatsapparat auf die Streik-

Mit weiterer Schikane antwortet der bürgerliche Staatsapparat auf die Streik-
vorbereitungen an den medizinischen Fachbereichen: Für das jetzige sechste klinische Semester endet der zweite Teil des Staatsexamens am 31. März um 18 Uhr. Am 1. April sollen die Studenten morgens das Praktische Jahr antreten. Der Umzug soll bereits während Prüfungen passieren, die Prüfungsergebnisse werden erst vier Wochen später bekannt, und wer sie nicht besteht, kann auch die ersten vier Wochen Praktisches Jahr vergessen. Die Empörung darüber ist groß: Damit versucht der bürgerliche Staat die Teilnahme der Praktikanten an Vorbereitung und Organisation des Streiks zu verhindern und will damit gleichzeitig Bedingungen schaffen, unter denen sich seine Professoren in den Prüfungen alles erlauben können. In Kiel, Köln, Mainz und Freiburg wurden schon Beschlüsse zum Boykott gefaßt und verlangt, daß der Beginn des Praktischen Jahres nicht vor dem Zeitpunkt der Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse festgesetzt werden darf. In Freiburg mußte daraufhin der Studiendekan schon erklären, daß der Beginn der 2. Mai sein soll. Der Ausschuß der Medizinfachschaften hat zur Unterstützung dieses Vorgehens aufgerufen und gleichzeitig allen Fachschaften empfohlen, zum Semesterende Vollversammlungen einzuberufen, um die Streikbereitschaft zu erklären und die notwendigen politischen, organisatorischen und personellen Maßnahmen zu beschließen, damit mit der Urabstimmung nach Semesteranfang erfolgreich begonnen werden kann.

Kiel. Die Vollversammlung der Vorklinikstudenten hat bei fast 100 Anwesenden beschlossen, sich an der bundesweiten Urabstimmung über Streik zur Durchsetzung der Forderungen nach Ausbildungs- und Tarifvertrag zu beteiligen. Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt.

Osnabrück. Das Kultusministerium hat zur Voraussetzung für den letzten Studienabschnitt in der einphasigen Lehrerausbildung die Erbringung von Erfolgsgutachten gemacht. Gegen die Durchsetzung dieser Gutachten, die die Studenten der Willkür der Professoren unterwerfen und die Auslese verbessern sollen, führen die Studenten den Kampf. In einem Deutschseminar ist der Professor durch eine einstimmig von den Studenten verabschiedete Resolution aufgefordert worden, ausnahmslos jedem Teilnehmer des Seminars ohne weitere Voraussetzungen ein Gutachten auszustellen. Damit ist die beabsichtigte Wirkung der Erfolgsbescheinigung praktisch zersetzt. In einem anderen Projekt haben die Studenten die „Koordinierungsstelle für Praxisanteile" (Zentrum für pädagogische Berufspraxis) sowie den Rektor gezwungen, schriftlich anzuerkennen, daß sie nicht in der Lage waren, Praxisanteile abzuleisten. Am Mittwoch wird der Senat der Universität damit konfrontiert werden, seine ausführenden Beschlüsse des Ministerialerlasses sofort zurückzunehmen und anzuerkennen: „Keinerlei Eingangsvoraussetzungen vor Eingang in den dritten Studienabschnitt!"

Leistungslotterie

Verfassungsgericht zum Numerus Clausus / Rohde: Bestätigung für Regierungspolitik

An den Oberschulen und an den Hochschulen gärt es. Die Bourgeoispolitiker unternehmen allerhand Anstrengungen, um über diese Einrichtungen in großer Zahl Jugend der besitzlosen Klassen zu rekrutieren, um die notwendige Ergänzung des Funktionärspersonals der Kapitalistenklasse zu sichern. Das trägt Zersetzung in diese Einrichtungen. Die Kultusminister und ihre Beamten antworten auf die Unruhe und Bewegung unter den Schülern und Studenten mit Verschärfung der politischen Unterdrückung, suchen sie in stärkere Konkurrenz gegeneinander zu treiben und die Auslese zu erweitern.

Das ist die Lage, in der sich das höchste Verfassungsgericht unter Vorsitz von dem altgedienten Reaktionär Ernst Benda zu Wort meldet: In einem 133-Seiten-Papier hat der 1. Senat in Karlsruhe in der vergangenen Woche seine Ansichten zur Regelung des Hochschulzugangs ausgebreitet. Als „Grundakkord der Entscheidung" wird in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vorgestellt:

„. . . . die Erkenntnis, daß jede Auswahl zwischen hochschulreifen Bewerbern eine Ungleichbehandlung prinzipiell Gleichberechtigter bei der Verteilung von Lebenschancen darstellt".

Was folgt für die höchstrichterliche „Entscheidungsfindung" daraus?

„. . . . daß sich ein absoluter Numerus Clausus . . . ‚am Rande des verfassungsmäßig Hinnehmbaren' bewegt".

Handstreichmäßig schlägt sich damit das hohe Gericht zu den aktuellen Sorgen der Beamten in den Kultusministerien durch. Denn, den NC zwar „am Rande", aber immerhin für „verfassungsmäßig hinnehmbar" erklärt, steht die Frage:

„Wie kann man die ‚Ungleichbehandlung prinzipiell Gleichberechtigter' so gestalten, daß jeder eine gleiche Chance hat?"

prinzipiell Gleichberechtigter' so gestalten, daß jeder eine gleiche Chance hat?"

Damit ist das Gericht beim Thema. Offensichtlich ist das Abitur diesen Anforderungen nicht mehr gewachsen. Also muß es zweckmäßig ergänzt werden, muß es aus *der* „Reife"-Prüfung in eine Kette von Unterdrückungs-, Auswahl- und Sortierstationen auf dem Weg zur Ausbildung des Funktionärsnachwuchses der Bourgeoisie gerückt werden.

Das wird in den Kultusministerien schon heftig betrieben. Von der Presse mit Begeisterung aufgenommen, bringen es die hohen Richter jetzt fertig, diese reaktionären Maßnahmen wie Kern-Kurs-System, Mindestnotendurchschnitte, Oberstufenreformen und die Hochschulrahmengesetz-Zulassungsbeschränkungen als „Reformen", „Korrekturen" und „Verbesserungen" vorzustellen:

„Die Richter weisen auf das im Hochschulrahmengesetz vorgesehene besondere Auswahlverfahren hin, das Test und Abiturnote in einem Mischsystem zusammenfaßt . . ."

Als Überbrückung schlagen die Richter vor das „*leistungsgesteuerte Losverfahren*", d.h. ein Abiturient mit guten Noten hat den mehrfachen Einsatz gegenüber einem Abiturienten mit durchschnittlichen oder schlechten Noten:

„Dafür spricht die, wie es heißt, rasche Anwendbarkeit und die breite Streuung der Chancen, ohne daß die Leistungsmotivation völlig abgebaut würde . . ."

Allerdings – die Sache hat einen Haken. Der „Zufall" könnte ja auch einen Bourgeoissprößling erwischen:

„Deshalb wird auch die Kombination dieses Losverfahrens mit anderen Auswahlkriterien erörtert, vor allem einer Berücksichtigung besonderer Härtefälle und

wahlkriterien erörtert, vor allem einer Berücksichtigung besonderer Härtefälle und

hoher Qualifikationen mit außerordentlicher Leistung in Schule und Beruf."

Damit die Sache auch die nötige Wirkung an den Schulen hat, haben die Richter die

„Bildung von Landesquoten für die allgemeine Auswahl nach Noten in zulassungsbeschränkten Studiengängen"

für „ ‚*als solche' mit dem Grundgesetz vereinbar*" erklärt. Das bedeutet, daß die Festlegung der Plätze pro Bundesland in den betreffenden Fächern jetzt nicht mehr in der Hauptsache nach der Zahl und dem Anteil der jeweiligen Bewerber erfolgt, sondern in der Hauptsache nach dem jeweiligen Anteil *aller* 18- bis unter 21jährigen eines Bundeslandes. Damit hat die Bourgeoisie nicht nur die Möglichkeit, die Zulassungszahlen selber festzulegen, sondern in Prozent der 18- bis unter 21jährigen zu bestimmen, welche Ergebnisse die Auslese und Schulunterdrückung haben soll.

Schließlich fordern die Richter eine durchgreifende Rationalisierung an den Hochschulen. Das nennen sie „Überlastprogramm". Der Hamburger Senat z.B. hat am gleichen Tag so ein Programm mitgeteilt: Von 9 000 neuen Studienplätzen „fast 3 000 neue Studienplätze ohne die Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte".

Benda und seine Richterriege sind ausgekochte Reaktionäre. Mit dem 133-Seiten-Papierwust wollen sie den Bourgeoispolitikern bei all diesen bereits beschlossenen Unterdrückungsmaßnahmen Rückendeckung geben und die bürgerlichen Partëien auf eine gemeinsame Linie in ihrer Durchsetzung festlegen. So ist das Urteil auch von diesen aufgenommen worden. Rohde hat erklärt, das sei eine „Bestätigung für die Politik der Öffnung der Hochschulen".

Die Bourgeoispolitiker wollen diese Unterdrückungsmaßnahmen als „Hilfe" ausgeben unter dem Motto „Auch dem letzten Abiturienten eine Chance". Wenn die Bourgeoispolitiker nicht die bewaffneten Streitkräfte zu ihrer Verfügung hätten, sondern aus dem Verkauf solcher „Hilfen" ihr Leben fristen müßten, es würde ihr sicheres Ende gewaltig beschleunigen. – (hj)

Das BAFöG-Angebot der Regierung

Förderungszeitraum	Nettodurchschnittslohn 2 Jahre zuvor DM	„Bedarf" nach BAFöG (100 %) DM	Vom „Bedarf" aufzubringen aus Lohn: der Eltern plus Darlehen gleich Gesamt DM	(in %)	„Zuschuß" des bürgerl. Staates zum „Bedarf" DM
1.10.75 – 30.9.76	1 150	500,00	71,50 plus 80,00 gleich 151,50	(30,3%)	348,50 (69,7%)
1.10.76 – (31.3.77)	1 263	534,21	157,95 plus 130,00 gleich 287,95	(53,9%)	246,26 (46,1%)
1.4.77 – 30.9.77	1 263	580,00	157,95 plus 150,00 gleich 307,95	(53,1%)	272,05 (46,9%)
ab 1.10.77	1 355	580,00	120,00 plus 150,00 gleich 270,00	(46,6%)	310,00 (53,4%)

In der obenstehenden Tabelle, in der letzten Ausgabe Nord der KVZ bereits angekündigt, aber durch einen Umbruchfehler nicht erschienen, haben wir errechnet, was das BAföG-Angebot der Bundesregierung bedeutet für eine Familie, deren einziges Kind studiert und die vom durchschnittlichen Nettolohn nach der amtlichen Statistik leben muß.

deren einziges Kind studiert und die vom durchschnittlichen Nettolohn nach der amtlichen Statistik leben muß.

12 Philosophen in 14 Stunden

Kampf um die Scheinvergabe in einer Philosophieübung

In der TU Hannover fand in diesem Semester in Philosophie das Seminar „Gibt es angeborene Ideen?" statt. Seminarleiter Dr.Dr. Vollmer erklärte den ca. 100 Studenten gleich zu Beginn des Semesters, was er vorhat: „Wir untersuchen verschiedene Philosophen (Konrad Lorenz, Jean Piaget, Helmholtz, Bower, Frantz, Gibson, Walk, C. G. Jung, E. Saphir, B.Lee Whorf, H. Sipper und Noam Chomsky) daraufhin, was sie zu unserem Thema zu sagen haben." 12 Philosphen in 14 Doppelstunden! Dieser Plan wurde angegriffen. Viele Studenten meinten, daß sie da nie herausbekommen könnten, ob die Ideen nur angeboren sind, oder wie sie sonst in die Köpfe gelangen. Vollmer sagte nur, da müsse man eben gut mitarbeiten, eine richtige Antwort auf diese Fragestellung hätte die Philosophie sowieso noch nicht gefunden, und im übrigen führe er eh Anwesenheitslisten, wer mehr als viermal fehlt, wer also nicht arbeiten wolle, bekommt auch keinen Sitzschein. Qualifizierte Scheine würde er nur auf vorgetragene Einzelreferate und Hausarbeiten geben. Soweit sein Programm. Beim nächsten Mal waren wir nur noch sechzig Studenten, der Rest hatte schon für sich den Schluß gezogen, daß man so nichts lernen kann.

Das Programm wurde dann, entsprechend dem Plan von Vollmer durchgezogen: Die Studenten kamen zum Seminar, unterschrieben die Anwesenheitsliste, ca. ein Drittel verließ danach den Raum. Der Rest kümmerte sich bis auf einige wenige nicht um den Stoff, sondern zeigte seinen Widerstand gegen oben angeführte Methode der Unterdrückung unseres Erkenntnisinteresses, durch recht lautes Reden, Krimi-Lesen, andere Referate schreiben und Schwalben basteln. Was da vorn geboten wurde, war auch tatsächlich eine Zumutung: In der Sprechstunde wurde der Referent vorher ausgerichtet, Gliederung vorgegeben, Inhalt bestimmt, Kritik an darzustellenden Positionen verboten, und bestimmt, was er wie an die Tafel zu schreiben hat.

Ein Beispiel: „Die angeborenen Formen der Erfahrung wurden von Lorenz empirisch untersucht, mit dem Ergebnis, daß unsere Erkenntnisfähigkeit die Leistung einer angeborenen Weltbildapparatur ist, die in der Stammesgeschichte des Menschen entwickelt wurde und eine tatsächliche Annäherung an die außersubjektive Wirklichkeit darstellt. Apriorische Stukturen sind angeboren, also letztlich von der Erfahrung unabhängig." (aus einem solchen aufgezwungenen Referat). Auf unseren Einwurf, daß wir nicht an solche angeborene Erkenntnisstrukturen glauben, sondern vielmehr der Meinung sind, daß die Menschen in der Auseinandersetzung mit der Natur bestimmte Erfahrungen



machen, diese untersuchen, Gesetzmäßigkeiten erkennen und dann verallgemeinern, daß also die Ideen der Menschen die Widerspiegelung der Wirklichkeit in unseren Köpfen sind, meinte Vollmer nur, dies gehöre hier nicht her. „Schließlich wollen Sie doch alle Lehrer werden, und da geht es auch nicht, daß sie einfach ihre Meinung sagen, wenn Sie Konrad Lorenz diskutieren. Das einzige, was man kritisieren könnte ist, daß es nicht bewiesen ist, daß es solche Erkenntnisstrukturen gibt, Lorenz sie allerdings voraussetzt. Das kann er aber, denn es ist auch nicht bewiesen, daß es sie nicht gibt." Es zeigt sich, was der Dr. Dr. Vollmer vorhat: 12 Philosophen mal kurz ansprechen, aber immer so kurz, daß man nicht untersuchen kann, was richtig und was falsch ist. Alle möglichen, einander widersprechenden Theorien werden gleichberechtigt in den Raum gestellt. Was hängen bleiben soll, ist seine agnostizistische Weltanschauung – die Welt kann niemals richtig erkannt werden. Deshalb überprüft er auch nur die „körperliche Anwesenheit", denn auf die „geistige" hat er „sowieso keinen Einfluß." Gleichzeitig sollen die Studenten erzogen werden, ja keinen eigenen Standpunkt zu vertreten. Dazu benutzt Vollmers die Abhängigkeit der Studenten durch Drohung mit Entzug der Scheine.

Auf dieser Grundlage mußte es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen den Studenten und dem Professor kommen. Einige Erfolge konnten durch unser geschlossenes Vorgehen erzielt werden. Als das Seminar z.B. während einer Uni-Vollversammlung zu den Aktionstagen stattfinden sollte, konnten wir durchsetzen, daß die Anwesenheitsliste nicht herumgegeben wurde. Zwei Kommilitoninnen, die keinen Schein bekommen sollten, weil sie fünfmal gefehlt hatten, aber ein Referat gehalten hatten, mußte er den Schein geben. Noch nicht gelungen ist es, Vollmer zu zwingen, Studentinnen, die eine Hausarbeit abgegeben hatten, den Schein auszustellen. Die Hausarbeit war ihm nicht „qualifiziert" genug. Was ihn daran störte, ließ er erst in der letzten Stunde heraus. Die Studentinnen hatten sich seiner Gliederung nicht gebeugt, sondern Piaget so dargestellt, wie und soweit sie ihn verstanden hatten. Sie sollten nach Durchsprache der Hausarbeit in seiner Sprechstunde die Arbeit neu schreiben, so wie Vollmer sich das vorstellt. Das lehnten sie ab. Sie wollten sich den Dressurakten nicht unterwerfen und brachten die Sache ins Seminar ein. Mit Beziehung auf „unseren" Semesterplan konnte Vollmer die Auseinandersetzung zwar nicht abstellen. Der Beschluß, daß die Kommilitonen den Schein bekommen sollen, wurde mehrheitlich gefaßt, aber die Entscheidung über die Scheinvergabe in die letzte Stunde verlagert. Da waren die anderen Scheine bereits ausgegeben, und viele Studenten waren froh, daß sie endlich ihr „Soll erfüllt" hatten.

Vollmer wurde in der letzten Seminarstunde zwar heftig angegriffen, und es wurde bereits der Vorschlag gemacht, ihn solange dazubehalten, bis er die Scheine ausstellt. Dies konnte jedoch nicht durchgesetzt werden. Erst in dieser Stunde wurde der Zusammenhang der Schikanen und Bevormundung und den Inhalten des Seminars hergestellt. Weil nicht von Anfang an enthüllt worden war, daß Vollmers „pro-und-kontra"-Methode nur Verwirrung stiften soll („gibt es nicht doch angeborene Gedanken? Schließlich läßt es sich weder widerlegen noch beweisen.") und Vollmer sich noch in der Rolle des scheinbar neutralen, ehrenhaften Wissenschaftlers halten konnte, konnten die Teilnehmer des Seminars nicht mehr rechtzeitig zu Kampfschritten zusammengeschlossen werden gegen die Unterdrückung durch die Scheinverweigerung. Vollmer konnte sich – wenn auch in bisher nicht gesehener Eile – verziehen.

Resolution des Kongresses der Kommunistischen Hochschulgruppen und Kommunistischen Studentenbünde am 9./10.Oktober 1976

in:Kommunismus und Klassenkampf Nr.7/76

zu beziehen über Buchvertrieb Hager GmbH. Postfach 5129, 6800 Mannheim

---

Aber einigen wurde dieser Zusammenhang klar, und daß wir uns dagegen wehren müssen. Mit sechs anderen Studenten haben wir beschlossen, im nächsten Semester wieder ein Seminar bei Vollmer zu machen und uns gut vorzubereiten. Da wird er nicht ungeschoren herauskommen.

Bereits in den Semesterferien wollen einige Studenten gemeinsam Vollmer in seinem Büro aufsuchen, um die Herausgabe der Scheine durchzusetzen. – (g. KHG Hannover)

Polizeitaktik

Gesichtspunkte zur Lage in Brokdorf

Am Wochenende wird die Aktion in Brokdorf durchgeführt. Die ganze Bourgeoispresse ist voll vom „Gewaltcharakter", den diese Aktion haben wird. Daran ist wahr, daß die Bourgeoisie diese Aktion auf alle Fälle gewaltsam an der Verfolgung ihrer Ziele hindern wird.

Zwischen der Militärtaktik und der Polizeitaktik gibt es Unterschiede. Von Militärtaktik hat man zu sprechen, wenn die Gegner, seien es nun zwei imperialistische Staaten oder sei es im Kampf eines Volkes gegen eine imperialistische Aggression oder sei es im Bürgerkrieg, sich beiderseits mit Waffengewalt bekämpfen, jede Seite mit dem Ziel, den Gegner zu entwaffnen, wehrlos zu machen, um ihn gefügig zu haben.

Da in der bürgerlichen, der kapitalistischen Gesellschaft der gewaltsame Zusammenstoß der Arbeiterklasse mit der Bourgeoisie zwar angelegt ist und in der Revolution auch stattfindet, aber der gewöhnliche Gang dieser Gesellschaft durch die Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten besteht, muß man, unter militärischen Gesichtspunkten, die nie den ganzen Tatbestand erfassen, die Arbeiterklasse als einen in diesem begrenzten Sinne gefügig gemachten Gegner der Kapitalistenklasse auffassen, der gefügig gehalten werden muß.

Dieses Gefügighalten vollzieht sich in der Hauptseite ideologisch. Aber wo die ideologische Fessel reißt, dort ist der Platz der Polizeitaktik. Polizeitaktik ist damit befaßt, einen unbewaffneten Gegner niederzuhalten. Da der Gegner äußerst zahlreich ist, besteht das A und O der Polizeitaktik darin, ihn auch unbewaffnet zu halten. Das Gewaltmonopol des bürgerlichen Staates bildet den Strebpfeiler der Polizeitaktik. Dies Gewaltmonopol wiederum muß gewaltsam gesichert werden. Wer es durchbricht, bekommt die Gewalt des Staatsapparates zu spüren, indem er eingesperrt wird oder in den Untergrund muß.

Natürlich sind die Arbeiter und Bauern, die Schüler und Studenten, die Volksmassen niemals wehrlos, bloß weil ihnen Gewalt verboten ist. Sie sind dann nicht wehrlos, wenn sie sich politisch einen. Da die kapitalistische Gesellschaft auf der Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten *basiert*, kann diese Gesellschaft umgestürzt werden, wenn die Arbeiter sie umstürzen wollen. Dieser Umsturz wird durch den politischen Massenstreik, die politische Massenaktion eingeleitet, die im bewaffneten Aufstand münden muß, in der Zerschlagung der Gewaltmittel des bürgerlichen Staates, weil sonst der politische Massenstreik zusammengeschossen wird.

Die Furcht vor einer solchen Entwicklung, die im Interesse der Volksmassen liegt, sitzt der Bourgeoisie im Nacken. Wenn die taktische Devise der Bourgeoisie gegenüber politischen Kämpfen der Volksmassen auf der einen Seite auch ist: „Jeden Funken sofort austreten", so ist der Bourgeoisie wohl bewußt, daß Ungeschicklichkeiten beim Austreten leicht zu einer Ausweitung des Brandes führen können.

Diesem Sachverhalt muß die Polizeitaktik unbedingt Rechnung tragen, und das ist der sachliche Grund, warum die Bourgeois nicht jeden, der sich rührt, an die Wand stellen lassen. Das wäre ihnen im Moment vielleicht ganz recht, aber eben zu riskant.

Polizeitaktik und Militärtaktik unterscheiden sich also. In der Militärtaktik kommt es darauf an, einen Gegner, der sich erhoben hat oder auch angreift, niederzuwerfen, wobei die Wahl der Mittel durch den Zweck des Krieges begrenzt ist, in der Polizeitaktik kommt es darauf an, einen Gegner, der im militärischen Sinne wehrlos ist, niederzuhalten.

In welchem Umfang daher Polizeikräfte die Gewaltmittel, die sie haben, einsetzen können, ist durch die politische Frage bestimmt, um die es geht. Im Falle Brokdorf stellt sich diese politische Lage wie folgt:

Das Kernenergieprogramm ist technologisch unsolide, und unsolide finanziert ist es auch noch. Wird dieses Programm mit aller Gewalt durchgedrückt und kommen dann die radioaktiven Verschmutzungen, kommen die Unfälle und kommt der Finanzierungskrach – und all dies käme mit Sicherheit –, so wäre ziemlich offensichtlich, daß bei der Bourgeoisie sich Brutalität mit Unfähigkeit paart. Gäbe es die politische Bewegung gegen dieses Kraftwerksabenteuer nicht, so schaute es anders aus. Freilich, die Unfälle kämen, und die Verschmutzung käme auch, und der Finanzierungskrach käme auch. Aber die Folge wären lediglich einige besinnliche Aufsätze in den Zeitungen über „Mensch und Natur", und der DGB würde verlangen, daß bei der sozialen Marktwirtschaft das „Soziale" mehr herausgehoben werden muß. Die Jusos würden nicht mal Investitionslenkung verlangen können, denn „gelenkt" genug sind diese Investitionen wirklich, bloß eben nach Profitgesichtspunkten. Vor dem Krach hätten etliche Monopole erhebliche Profite eingestrichen. Aber so ist die Lage nicht, sondern eben wie oben beschreiben.

All diese Umstände schaffen der Aktion am Wochenende den Raum, den sie braucht, um sich in Brokdorf gegen die Polizeikräfte durchsetzen zu können. Das weiß die Bourgeoisie, und deswegen ist es jetzt ihr Hauptanliegen, die Massenbewegung selber politisch zu spalten. Der Weg, der dazu beschritten wird, ist doppelt. Erstens wird versucht, bei den Volksmassen den Eindruck zu erwecken, die Bourgeoisie prüfe ernstlich. Richtig ist daran, daß Teile der Bourgeoisie sich überlegen, ob man sich unter den geschaffenen politischen Umständen diesen Schwindel, dieses Abenteuer noch leisten kann, aber ebbt die Bewegung ab oder kann sie gespalten werden, so wird man sofort zu dem Ergebnis kommen, daß der Profit hoch und das politische Risiko gering ist und der Bourgeois nicht wohnen noch Luft schnappen muß, wo es strahlt. Zweitens wird versucht – dies aber hat die Spaltung zur Voraussetzung –, bei den Volksmassen den Eindruck zu erwecken, wer immer nach Brokdorf ginge, nehme ein ganz unschätzbares Risiko auf sich. Die Drohungen sind wild. Man höre die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom letzten Dienstag:

„Es sei damit zu rechnen, daß tieffliegende Hubschrauber von ‚Demonstranten' zum Absturz gebracht werden könnten, Personenschäden unter den Demonstranten seien dann nicht auszuschließen. Demgegenüber steht die Erwägung, ob der Einsatz chemischer Mittel nicht vor dem Polizeiknüppel und dem – als Ultima Ratio nicht auszuschließenden – Schußwaffengebrauch gerade unter humanitären Gesichtspunkten den Vorrang verdient."

Diese unverfrorene Drohung mit der Schußwaffe halten wir für ein Gewäsch, wenngleich ein zweckvolles. Es mag sein, daß einige Exemplare von Bourgeois nach einem Vorwand, Schußwaffen einsetzen zu können, suchen. Ein ausreichender Vorwand, die Demonstration zu beschießen, wäre gegeben, wenn:

1. aus der Demonstration heraus die Polizeitruppen beschossen würden. Das läßt sich verhindern;
2. Polizeiangehörige, die von ihren Horden abgesprengt werden, am nächsten Masten aufgeknüpft würden, was ebenfalls falsch wäre, zumal man weder Maihofer noch Stoltenberg noch einen Bundesgrenzschutzobristen, kurzum keinen Bourgeois zu fassen kriegen wird.

Findet sich ein solcher Vorwand nicht, und er *wird* sich nicht finden, so würde ein Schußwaffengebrauch fraglos bezahlt werden müssen und fraglos auch mit Blut. Aber die Rechnung würde von den Volksmassen ausgestellt, und wer zahlen müßte, wären die Bourgeois. Das wissen diese Bourgeois.

Es sind deswegen auch bürgerlich verwirrte Narren, die jetzt hauptsächlich darüber nachdenken, wie man sich gegen Gewaltangriffe der Polizei schützen kann. Zum Beispiel durch Gegenbewaffnung. Dies ist nicht das Problem. Wer so denkt, verschenkt einen Vorteil, den die Aktion hat.

Warum ist diese Betrachtungsweise für die Lage wertvoll, wo doch jetzt diese Festung da ist und die Polizei hinter diesen Mauern steht und herausspritzt. Tränengas wirft und allerlei mehr?

Man muß beachten, daß die Ordnungsbehörde die Demonstration verboten hat. Das bedeutet, daß sie nicht rechnet, die einmal aufgestellte Demonstration im Zaume halten zu können mit den Mitteln, die für sie einsetzbar sind. Das bedeutet taktisch, daß die Aufstellung verhindert werden muß, und sie kann bloß verhindert werden, wenn das Operationsgebiet dieser Polizeitruppen erweitert wird. Daraus folgt eine Zersplitterung der Polizeikräfte. Diese Zersplitterung der Polizeikräfte macht diese Polizeikräfte dem Druck der Massenbewegung zugänglicher.

Infolgedessen muß die Polizeitaktik nicht nur berücksichtigen, daß verfehlte Mittel die Massenbewegung nur stärken würden, sondern auch noch, daß die Bourgeoisie in dieser Frage bereits einen heftigen Krach in ihren eigenen Reihen hat.

Brokdorf liegt inmitten Wiesen. Überraschend kann dort niemand hin, wenigstens nicht viele. Für die Polizei wäre es einfach, jeden Versuch zu einer Besetzung durch Aufmarsch starker Kräfte, Herausgreifen irgendwelcher Personen, Verurteilung dieser Personen zu Gefängnis zu unterbinden. Warum hat die Bourgeoisie diese Festung gebaut?

Offene Auseinandersetzung von Polizeikräften mit Massenaktionen führen zu erheblichem ideologischen Verschleiß dieser Polizeitruppen. Man rechnet, daß man Polizeitruppen nach zwei, allerhöchstens drei Stunden aus dem Einsatz holen muß. Finden Aktionen in Städten statt, so gibt es immer einen Hof, ein abgeschlossenes Grundstück, wo die Polizeireserven wie die Hammel eingepfercht stehen und warten, bis man sie „einsetzt". Da werden sie dann durch wüste Reden der Vorgesetzten bei der Stange gehalten. Drei Viertel der eingesetzten Truppen sind es oft, die als Reserve dermaßen gehalten werden. Wie soll das gehen in der Wilster Marsch? Eine Vermengung von Polizeitruppen und Demonstration wäre unvermeidlich. Ebenso ein Absprengen ganzer Truppenteile von ihren Befehlsgebern. Alles sehr schlecht.

Die Festung Brokdorf ist so gesehen nichts anderes als der Hundezwinger, der innerhalb dieser Festung wiederum steht. Die Polizeitruppen bestehen in ihrer Masse aus Leuten, die dem Volk entstammen und bloß dafür gezahlt sind, draufzuschlagen. Oft machen sie sich über die Gerechtigkeit der Sache, für die sie bezahlt werden, Illusionen. Diese Illusionen zerbrechen unter der Überzeugungskraft einer Massenbewegung verhältnismäßig rasch.

Wenn es geschickt angefaßt wird, so möchte die Polizei bei dem Versuch, die Wilster Marsch zu sperren, ein schönes Fiasko erleben.

Damit rechnet die Bourgeoisie ohnehin. Die Polizeitruppen, die in Brokdorf eingesetzt werden, sind aus allen Bundesländern zusammengestellt. Warum? Offensichtlich, weil die Bourgeoisie Sorge hat, daß es im Gefolge der Auseinandersetzung zu schweren Differenzen in ihren eigenen Reihen kommt. Die Bundesregierung hängt auch mit drin, weil Bundesgrenzschutz gewährt wurde.

Wovon aber hängt es ab, ob sich die Massenbewegung gegen die Polizeitaktik durchsetzen kann? Keineswegs einfach von der großen Zahl der Teilnehmer. Diese ist bloß die Folge der politischen Einheit, die in der Arbeiterklasse, mit den Bauern, mit den Schülern und Studenten über die Richtigkeit und Zweckmäßigkeit dieser Aktion hergestellt werden kann.

Um es deutlich auszudrücken: Eine Schulklasse, die jetzt aufruft, nach Brokdorf zu gehen und das Richtige zu tun, die wird sowohl auf die Polizeikräfte als auch auf das Mauerwerk einen größeren Druck ausüben, als dies ein Rammbock vermöchte. Die Mittel, die von der Bourgeoisie eingesetzt werden, sind Gewaltmittel. Freilich muß man dies berücksichtigen. Wo eine Massenbewegung durch eine Mauer von ihren Zielen getrennt ist, kommt sie schwerlich umhin, diese Mauer umzulegen.

Aber alle Gedanken, es mit der Bourgeoisie in der Ausfeilung von Gewaltmitteln direkt aufnehmen zu wollen, sind ganz falsch und führen zu nichts. – (f)

Schwanewede. Formalausbildung. Bei der letzten Formalausbildung der 4./32 mußten wir im Gleichschritt auf dem Exerzierplatz marschieren, auf dem große, spiegelglatte Eisflächen waren. Alle hatten Mühe, sich überhaupt senkrecht zu halten. Einige Soldaten stürzten. Daraufhin wurden wir in Gruppen geteilt, damit die Unteroffiziere jeden einzelnen unter Kontrolle hatten. So mußten wir immer wieder über die Eisflächen und danach, egal ob es klappte, immer wieder „nach hinten weg, im Laufschritt marsch" über die Eisflächen laufen.

Es gabeine Menge blauer Flecken. Man hätte sich die Knochen brechen können. Das wissen auch die Offiziere. Ihre ganze Schikane soll die Soldaten zum Kadavergehorsam abrichten. – (Volksmiliz, Zeitung des SRK Bremen)

Rotenburg/Wümme. In der Lent-Kaserne in Rotenburg/Wümme sind Fernmelder und Heeresflieger stationiert. Vorigen Donnerstag war lebenskundlicher Unterricht. Ein Pfaffe hielt einen Vortrag über den Befreiungskampf der Völker Afrikas. Er versuchte den Soldaten weiszumachen, daß sich die Völker nach ihrer Befreiung gegenseitig abschlachten würden. Als ihm entgegengehalten wurde, daß der bewaffnete Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt gerecht und nur von Nutzen für alle Arbeiter in der Welt ist, da entgegnete er: „Sie sind immer dagegen, was ich sage, sagen Sie doch mal ja." Als daraufhin die Soldaten anfingen zu lachen, war der Pfaffe mit seinem Latein am Ende.

Gerolstein. In der Fernmeldeausbildungskompanie 911 fand nach drei Wochen Grundausbildung die Vertrauensmannwahl statt. Drei Rekruten kandidierten auf einem Programm, das u.a. die Forderungen nach Dienstausgleich für Soldaten, die für Hin- und Rückfahrt zu ihrem Heimatort mehr als 12 Stunden benötigen, enthielt. Erhoben wird die Forderung nach Lohnfortzahlung während der Dienstzeit. Damit der Vertrauensmann Rechenschaft ablegen kann und die Mannschaften über Kampfschritte beraten können, wird gefordert: „Wöchentliche Mannschaftsversammlungen während der Dienstzeit! Informationsbrett für den Vertrauensmann, Sprechstunden des Vertrauensmannes während der Dienstzeit!" Zum Vertrauensmann wurde mit 134 Stimmen bei 146 Anwesenden einer der Rekruten gewählt, die das Programm aufgestellt hatten. Inzwischen mußten einige der Forderungen bereits erfüllt werden: Informationsbrett und Sprechstunde für den Vertrauensmann; Gefreite vom Dienst werden nicht zur Wache und Bereitschaft eingeteilt.

Sobernheim. Ab Frühjahr 1977 sollen vom Militärflugplatz regelmäßig Übungen mit Phantom-Jägern aufgenommen werden. Die Gegend um Sobernheim ist in drei Lärmschutzzonen aufgeteilt worden. Lärmschutzzone 1 bedeutet, daß die Häuser abgerissen werden. Drei Ortschaften direkt am Flugplatz sollen ganz dem Erdboden gleichgemacht werden. Die Bewohner der Ortschaften Pferdsfeld und Eckweiler werden umgesiedelt. Lärmschutzzone 2 und 3 bedeuten unerträglichen Lärm.

Dagegen gibt es erheblichen Widerstand unter den Arbeitern und Bauern in der Umgebung. Die Armeeführung bereitet sich auf Auseinandersetzungen vor: Im Jagdbombergeschwader Sobernheim (JABO 635) finden in der letzten Zeit verstärkt Übungsalarme statt. Die Soldaten der ULS-Staffel (Unteroffizier-Lehr- und Sicherungsstaffel) werden in den Übungen gegen „Stör- und Sabotagetrupps" eingesetzt. Der Auftrag ist, „das vor uns liegende Gelände so zu sichern, daß ein Eindringen des Feindes unmöglich erscheint". Geprobt wird die Zerschlagung von Demonstrationen. Durchs Megaphon wird gedroht: „Laßt euch nicht von einigen Rädelsführern zu Straftaten gegen die Bundeswehr verleiten! Wir verteidigen auch eure Freiheit und eure Grundrechte ... Räumt die Straße! Macht unverzüglich die Zufahrt und Ausfahrt frei, sonst müssen wir geeignete Schutzmaßnahmen einleiten!"

Köln. Auf einer Veranstaltung der Bürgerinitiative „Kernkraftwerk - Nein!" im Kölner Jugendpark mit etwa 250 Teilnehmern berichtete ein Sanitätssoldat aus Gerolstein über die Lage in der Armee und wie die Soldaten die Debatte über die Kernkraftwerke führen und in Resolutionen den Kampf gegen die Kernkraftwerke unterstützen und festhalten, daß sie sich niemals gegen die Volksmassen einsetzen lassen werden. Ein solcher Einsatz war der 11. Kompanie des Luftwaffenausbildungsregiments Hamburg Wandsbeck befohlen worden Ende August 1976; sie sollte gegen „illegale zivile Saboteure eines Atommülltransports" vorgehen (vgl. KVZ 36/76).

Die Veranstaltungsteilnehmer verabschiedeten mit überwiegender Mehrheit folgende Resolution: „Wir begrüßen es, wenn die Soldaten sich dagegen zur Wehr setzen, sich als Instrumente des Staates gegen die Interessen des Volkes einsetzen zu lassen. Wir unterstützen euren Kampf gegen Kasernierung und Isolierung vom Volk und begrüßen es, wenn ihr euch in allen Fragen auf die Seite des Volkes stellt. Freie politische Betätigung in der Bundeswehr! Kein Kernkraftwerk in Brokdorf und auch nicht anderswo!"

Norwegen. Die 200 Osloer Schauerleute haben nach vierwöchigem Kampf ihren Streik mit einem vollständigen Sieg beendet. Verhindert haben sie so einen Tarifvertrag, der die von ihnen geforderte Bezahlung nach Monatslohn statt wie bisher nach Akkord an eine Verpflichtung zu Überstundenarbeit, Lohnabbau und Verzicht auf Rechte koppeln wollte. Ab 1978 wird ihnen jetzt monatlicher Lohn ausgezahlt. Weder die täglichen Polizeieinsätze noch das Gerichtsurteil, das den Streik für ungesetzlich erklärte, und die Spaltungsversuche von Sozialdemokraten und Revisionisten konnten die Einheit der Arbeiter auflösen. Im Gegenteil: Wandten sich die Arbeiter anfänglich gegen die Reederkapitalisten, so wandten sie sich im Laufe ihres Kampfes immer mehr auch gegen die Regierung, die mit Polizei und Gericht versuchte, ihr „Stillhalteabkommen" für die Kapitalisten durchzusetzen. Die Solidarität der Hafenarbeiter in anderen norwegischen und schwedischen Städten hat zusätzlich die Streikfront gestärkt. Bevor die Forderungen der Schauerleute erfüllt wurden, haben sie der Regierung das Ultimatum gestellt: Entweder verschwindet die Polizei vom Hafengelände, oder wir stehen hier morgen mit 2 000 Mann.

Italien. Neue Angriffe der Regierung – neue Streikaktionen der Arbeiter. Nachdem die Andreotti-Regierung mit den reformistischen und revisionistischen Gewerkschaftsführern sich auf einen „Sozialpakt zur Senkung der Arbeitskosten" (vgl. KVZ 6/77) geeinigt hat, zieht sie gleich mit der nächsten Maßnahme nach. Um die Kapitalisten von den Abgaben für die Sozialversicherungen zu entlasten, sollen diese „fiskalisiert" werden, das heißt aus Steuermitteln bezahlt werden. Das Geld dazu wiederum soll aus einer Erhöhung der Mehrwertsteuer genommen werden, das heißt von den Massen, die nun insbesondere für Lebensmittel etwa zwei bis drei Prozent mehr zahlen müssen. Als die Maßnahmen bekannt wurden, traten sofort die Belegschaften in einer Reihe von Werken des FIAT- und Olivetti-Konzerns sowie in anderen Betrieben in den Streik. 150 Delegierte einer Gewerkschaftskonferenz in Turin forderten die Ausrufung des Generalstreiks und die Aufkündigung des Burgfriedens mit den Kapitalisten. Das ist das genaue Gegenteil dessen, was die italienischen Revisionisten anstreben und praktizieren. Berlinguer hat jetzt auf einer Konferenz von Parteiangestellten und -kadern in Mailand die Notwendigkeit einer „Notstandsregierung", die er auch als „Regierung der demokratischen Solidarität" feierte, vertreten. Praktisch sei das durch die „Stimmenthaltung" der KPI schon jetzt der Fall. „Die alten herrschenden Klassen seien nicht mehr in der Lage, der Arbeiterklasse Opfer aufzuzwingen. Die Austeritá (Notstandspolitik) sei eine Notwendigkeit, aber auch eine Chance, eine gerechtere und demokratischere Gesellschaft zu errichten." (Neue Zürcher Zeitung, 10.2.77) Das erinnert penetrant an den Schützengrabensozialismus der deutschen Sozialdemokraten im Ersten Weltkrieg, als sie den Arbeitern weismachen wollten, die staatlich gelenkte Kriegswirtschaft sein eine Vorstufe zum Sozialismus und Schützengraben-Kameraderie bedeute Aufhebung der Klassenunterschiede.

Die zunehmende Verrottung der Län-

Die zunehmende Verrottung der Länder unter der Herrschaft des Sozialimperialismus zeigt sich an der Zunahme des Schmuggels mit Rausch- und Genußmitteln. Die Zollfahndung beschlagnahmte im Jahr 1976 an den Grenzen zur DDR und CSSR 40,8 kg Haschisch, 2,7 kg Heroin, 250000 Zigaretten, 5600 Liter Spirituosen, Sekt und Wein.

Sozialimperialisten versuchen, in südostasiatische Schiffahrt einzusteigen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und den Widerstand südoastasiatischer Staaten gegen die Frachtratenerhöhungen westlicher Schiffahrtsgesellschaften nutzt die Sowjetunion, um sich selbst wirtschaftlich und militärisch stärker in der Region einzunisten. Mit Dumpingpreisen von 20 bis 40 Prozent unter den üblichen Frachtraten drängt sie auf den Markt, bisher unterhält sie 7 regelmäßige Schiffahrtslinien, von denen 4 erst in den vergangenen 2 Jahren gegründet wurden. Damit verbunden steigt die Zahl der Schiffe, die in südostasiatischen Häfen anlegen, in Malaysia waren es 1975 250, in Singapore, das die Sozialimperialisten als Hauptstützpunkt bei ihren Aktivitäten ansehen, legten 718 Schiffe an. Die sowjetischen Monopolkapitalisten gründen mit örtlichen Kapitalisten Gemeinschaftsfirmen, die dann die einheimischen Transportunternehmen versuchen kaputtzumachen, so zum Beispiel die „Philippinisch-Sowjetischen Schiffahrtsgesellschaften", die letztes Jahr fast 10 Millionen US-Dollar einnahmen. Wie schon ihr Beitritt zum Nordatlantik-Kartell (vgl. KVZ 48/1976) gezeigt hat, werden die Sozialimperialisten ihre Preise in dem Augenblick auf Monopolpreisniveau anheben, wo sie einen entsprechenden Marktanteil erobert haben. Diese Umtriebe dienen auch der militärischen Infiltration. So haben sie zum Beispiel den Ausbau der drei Häfen von Sabah (Malaysia) gegen Nutzungsrechte für ihre Handels- und Kriegsschiffe angeboten. (Nach: Hsinhua, 20.1.1977)

Französische Arbeiter und Bauern im Kampf gegen den Barre-Plan

Anfang Februar hatte der französische Premierminister Barre in einer Rede vielen weiteren französischen Bauern das Todesurteil angekündigt: „Unsere Absicht ist es, Frankreich eine Landwirtschaft zu geben, die modern, dynamisch und konkurrenzfähig auf dem europäischen Markt und auf dem internationalen Markt ist", das heißt die noch stärker von den Agrarkapitalisten ausgebeutet wird. Um den Bauern ihre Vernichtung als „Opfer für die Nation" schmackhaft zu machen und sie zu spalten, reiste der französische Staatspräsident gerade in die Bretagne. Sie ist ein landwirtschaftliches Zentrum Frankreichs, und die Bauern haben der Regierung bereits mehrfach militanten Widerstand entgegengesetzt. In der Bretagne werden auf 6 Prozent der Bodenfläche Frankreichs 20 Prozent der Milch, 13 Prozent Rindfleisch, 35 Prozent Schweinefleisch, 35 Prozent des Kalbfleisches, 25 Prozent der Eier, 80 Prozent des Blumenkohls, 65 Prozent der Artischocken und eine Reihe weiterer Gemüse produziert. Für die Bauern ist das kein Vorteil, 9,59 Prozent sind Arbeitslose gegenüber 6,02 Prozent bezogen auf ganz Frankreich. Davon sind 53,4 Prozent unter 25 Jahren. Von 1962 bis 1975 wurden 50 000 Bretonen ruiniert und als Arbeiter, die nichts mehr haben, als ihre Arbeitskraft zu verkaufen, in die Städte getrieben.

Gegen die systematische Vernichtung durch die Regierung kam es 1972 zum Milchkrieg. Die Bretagne, die traditionell vor allem ein Getreideanbaugebiet war, wo aber auch vielfältige Kulturen von den Bauern betrieben wurden, war in den sechziger Jahren zu einem „Milchbecken" gemacht worden. Diese „Modernisierung" führte dazu, daß die Bauern jetzt vollständig abhängig wurden in ihrer Existenz von den Kooperativen und Molkereien, die der Staat und das Finanzkapital kontrollieren. Sie nennen es „Abhängigkeit vom Markt", „Konkurrenzfähigkeit".

Die Erzeugerpreise für Milch und Fleisch wurden trotz steigender Verbraucherpreise ständig gedrückt. Ende der sechziger Jahre organisierte sich eine kämpferische Minderheit der Landjugend aus der Gegend von Finistere und Morbihan in einem «Comité National de Jeunes Agriculteurs» (Nationales Komitee junger Landwirte). Im Winter 1970/71 begannen sie eine Kampagne, um die Bauern gegen die Ausbeutung durch die Kapitalisten zu mobilisieren. Sie bekämpften die Ansicht, daß private Bosse immer noch besser seien als staatliche und traten ein für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen auch in Privatfirmen, nicht nur in staatlichen Kooperativen. Sie organisierten Versammlungen der Milchproduzenten, wo über die Erzeugerpreise von Milch, über die Löhne, die Bedeutung der Kooperativen im die Bedeutung der Kooperativen im kapitalistischen System diskutiert wurde und klar wurde, daß sie sich von kapitalistischen Privatbetrieben nicht unterscheiden. Zum ersten Streik kam es dann im März 1972 in einem kapitalistischen Betrieb in Saint Briens. Er dauerte neun Wochen. Unterstützungskomitees aus Landarbeitern und Bauern bildeten sich an der Nordküste und auch in anderen Departements der Bretagne. Die Bauern, die sich dabei mit der Arbeiterklasse verbanden, lernten dabei deren Kampfmethoden kennen und ihre Erfahrung nutzen, in diesen Streiks der Landarbeiter lernten sie aus ihren Aktionen, zum Beispiel im direkten Kampf gegen die Molkereikapitalisten. Zum Überkochen kam die Wut der Bauern, als im April 1972 von den Molkereien wie jedes Jahr der Milchpreis um 4 Centimes gesenkt wurde; die Bauern sollten 56 statt 60 Centimes pro Liter erhalten. Das, obwohl ebenfalls im April die EG-Kommission in Brüssel den Milchpreis für die Verbraucher erhöht hatte.

Die Bauern besetzten die Molkereien, ihre Lastwagen wurden blockiert. Am 20. Mai versammelten sich 2 000 Bauern in Ginseriff und beschlossen, die Milchlieferungen voll zu bestreiken, innerhalb weniger Tage schlossen sich ihnen Zehntausende anderer Bauern an. Wichtig für diesen Kampf war, daß die Bauern hier die Lüge von der Einheit der Bauern durchbrachen, mit der die Kapitalisten sie über die Großbauern und Kooperativen unterdrükken und als reaktionäre Kraft einzusetzen versuchen. Während die kleinen und mittleren Bauern gegen die Ausplünderung durch die Kooperativen kämpften, scharten sich die Großbauern und Großgrundbesitzer mit den Molkereibesitzern und -managern und dem bürgerlichen Staatsapparat zusammen. Bei ihren Aktionen beteiligten sich auch die Bäuerinnen aktiv. In einer Zeitung wird berichtet, daß „600 Bäuerinnen gewaltsam in ein Büro der Kooperative von Landerneau eindrangen, um dem Direktor ihre Forderungen nach Lohnerhöhung zu präsentieren".

Die Molkereien mußten vor der Front der Bauern zurückstecken und den Erzeugerpreis auf 60 Centimes halten.

In Frankreich stellt diese Bewegung einen Meilenstein dar im Klassenkampf der Bauernbewegung, indem sie sich klar gegen die kapitalistischen Privatfirmen und die kapitalistischen Kooperativen wendete.

Die Regierung Giscard-Barre hat nun den Kampf gegen die „Inflation" aufs Panier geschrieben, um die Ausplünderung der Bauern durch die Senkung der Erzeugerpreise und die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch Lohnstopp zu intensivieren und die Profite der Kapitalisten zu steigern. Sie hat einen Preisstopp verhängt, der sich hat einen Preisstopp verhängt, der sich besonders auf die Lebensmittel bezieht. Der Milchpreis wurde im April 1976 eingefroren, während gleichzeitig jedoch die Steuern in vielfacher Hinsicht erhöht wurden. Die Preise der Industriewaren, die für die Produktion der Bauern notwendig sind, der Futtermittel und Landmaschinen stiegen in der gleichen Zeit manchmal bis zu 30 Prozent.

Die Bauern in Frankreich bereiten sich auf die nächsten Kämpfe vor. Im Milchbecken der Bretagne, am Rande Milchbecken der Bretagne, am Rande des Pariser Beckens, in Bourgogne-Franche Comté im Südwesten, in den Bergen bilden sich kämpferische Zusammenschlüsse und beginnen mit Agitations- und Mobilisierungskampagnen.

Immer enger wird der Zusammenschluß mit den Kämpfen der Arbeiter, die zu Hunderttausenden in den letzten Wochen in geschlossenen Streikaktionen den Kampf gegen das kapitalistische Krisenprogramm führen. – (hl)

ren. – (hl)



Einheit führte zum Sieg. Die Forderungen der streikenden Schauerleute von Oslo mußten erfüllt werden (siehe Meldung auf dieser Seite).



20 000 Studenten demonstrierten in Rom gegen die hohe Arbeitslosigkeit unter Hochschulabsolventen und gegen den Terror der Neofaschisten, die eine Woche vorher eine Demonstration angegriffen und einen Studenten dabei angeschossen hatten.

Genscher im Nahen Osten: „Vitale Interessen"

„Die Bundesrepublik Deutschland und ihre Partner in der Europäischen Gemeinschaft haben an einer Friedensregelung im Nahen Osten ein unmittelbares und vitales Interesse", hat Bundesaußenminister Genscher in Syrien erklärt. Worin das Interesse besteht, sieht man gleich bei Betrachtung der Zusammensetzung der fast hundertköpfigen Delegation: „vor allem Vertreter der Wirtschaft", hieß es in den Rundfunknachrichten.

Den westdeutschen Imperialisten geht es um den Ausbau ihrer ökonomischen Position im Nahen Osten. In den ersten neun Monaten des Jahres 1976 sei der Export nach Syrien um 54 Prozent, der Import um 65 Prozent gestiegen, sagte Genscher. Um diese Zahlen in den arabischen Ländern zu steigern, also billige Rohstoffe, „Anlagemöglichkeiten" für Kapital und Warenmärkte zur Verfügung zu haben, dazu unternimmt die westdeutsche Bourgeoisie beträchtliche Manöver.

Genscher gibt sich als ehrlicher Makler. „Die Zeit drängt. Der Nahe Osten muß endlich zu einer Zone des Friedens werden. Seien Sie überzeugt, Herr Minister, die Bundesrepublik Deutschland und ihre europäischen Partner wollen – und dies auch aus ureigenem Interesse – jeden möglichen Beitrag für das Zustandekommen eines gerechten Friedens leisten." In einem Interview mit arabischen Zeitungen sagte Genscher: „Es ist in der Tat so, daß wir eine ausgewogene Nahost-Politik betreiben. Wir haben enge und freundschaftliche Beziehungen zur arabischen Welt und zu Israel."

„Im ureigensten Interesse" gleichmäßig „enge und freundschaftliche Beziehungen" zu Israel und den arabischen Ländern – das ist der Schwindel, mit dem Genscher hausieren geht.

Der Kolonialstaat Israel und seine erste imperialistische Schutzmacht, der US-Imperialismus, sind in Schwierigkeiten. Der langandauernde Kampf der arabischen Völker, voran das palästinensische Volk, gegen den zionistischen Besatzerstaat hat zu Isolierung und wirtschaftlicher Einschnürung geführt. Wenig Spielraum für Betrugsmanöver durch die US-Imperialisten ist vorhanden. Diese Lage will die westdeutsche Bourgeoisie nutzen. Sie will sie nutzen zur Festigung der eigenen ökonomischen Position und zur Existenzsicherung des Zionistenstaates. Denn ausschließlich darum geht es in den „gerechten" Friedensvorschlägen: „Es gilt, gemäß den Leitlinien der Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338 die territoriale Besetzung, die Israel seit 1967 aufrechterhält, zu beenden und andererseits das Recht Israels anzuerkennen, gleich jedem anderen Staat der Region innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen zu leben." „Es gilt weiter, die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes zu verwirklichen." „Wir sind uns dabei im klaren darüber: Eine Verwirklichung der legitimen Rechte der Palästinenser wird sich nur erreichen lassen, wenn die Palästinenser ihrerseits das Existenzrecht des Staates Israel nicht in Zweifel ziehen." (Genscher in Syrien, Bulletin der Bundesregierung vom 11.2.1977)

Die Aufrechterhaltung der Existenz Israels ist das Ziel der westdeutschen Imperialisten, und die Zerschlagung dieses Bollwerks des Imperialismus durch die arabischen Völker zu verhindern, dazu unternehmen sie diese Friedensmanöver. Sie brauchen, um die imperialistische Ausbeutung der arabischen Länder aufrechterhalten und ausbauen zu können, die Existenz Israels.

Am Tag bevor Genscher nach Syrien geflogen ist, hat er sich in Brüssel mit dem israelischen Außenminister Allon getroffen. Die EG-Außenminister hatten ihn zur Unterzeichnung eines Abkommens über „erweiterte Handelsbeziehungen zwischen Israel und der EG" herbestellt. Einen Kreditvertrag über 80 Millionen haben sie gleich mit unterschrieben. Der Kolonialstaat Israel muß existieren, sonst sieht es schlecht aus mit den Profiten aus der Ausplünderung der arabischen Länder, darin sind die westdeutschen Imperialisten auch völlig einig mit den US-Imperialisten. Nötig ist er als direktes Instrument der Ausbeutung gegenüber dem palästinensischen Volk, als militärischer und politischer Brükkenkopf. Konkurrenz gibt es *in dieser Ausplünderung*, und Streit darüber, mit welcher Methode am besten die kämpfenden Völker Arabiens an der Zerschlagung des Zionistenstaates gehindert werden können.

Jetzt will die Bundesregierung hier noch stärker ins Geschäft gehen. Ein Zweck der Reise war die Erlangung einer Einladung zur Genfer Nahostkonferenz. Mindestens viermal betonte Genscher in Reden und Interviews, daß Westdeutschland und die westeuropäischen Länder *nicht* an dieser Konferenz teilnehmen würden. Jedesmal mit einem beleidigten Unterton. Inzwischen haben sich der syrische Staatspräsident Assad und der ägyptische Präsident Sadat für eine solche Teilnahme ausgesprochen. Das heißt aber noch nicht, daß sie auch tatsächlich teilnehmen. Die US-Imperialisten sind gegen diese Konkurrenz am Verhandlungstisch. Genscher schmollt nicht. Er weiß: „Aller Voraussicht nach wird sich jedoch der Sicherheitsrat noch im März mit der Lage im Nahen Osten befassen." Wo Genscher wieder dabei ist. Großes hat er vor:

„Wir sind bereit, zur Sicherheit dieses Friedens, wenn er erreicht ist, und zum Aufbau und der Industrialisierung der östlichen Region mit aller Kraft beizutragen." Westdeutsches Kapital bei der „Industrialisierung" und vielleicht auch westdeutsche Truppen als Garanten eines Friedens, der die „Existenzberechtigung des Staates Israel" enthält. So stellt er sich das vor. In den Fernsehnachrichten hieß es: „‚Wir sind wieder wer', lauten die Kommentare der Genscher begleitenden Journalisten." – (hf)

„Afrika bekräftigt seine Verpflichtung für die Befreiung Zimbabwes durch den bewaffneten Kampf"

Mit Genf haben die Imperialisten erneut demonstriert, daß jede Hoffnung in ihre Vernunft sinnlos ist, daß sie nicht bereit sind, freiwillig die legitimen Rechte der unterdrückten Völker zu respektieren. Das Volk von Zimbabwe unter Führung der ZANU und die afrikanischen Völker und Staaten antworten mit der Intensivierung des revolutionären Volksbefreiungskrieges. Das Bündnis auf dieser Grundlage in der Patriotischen Front wird gefestigt, der dritte Kongreß der FRELIMO hat die Unterstützung und Einheit des Volkes von Mozambique mit den kämpfenden Massen Zimbabwes bekräftigt. Die 28. Sitzung des Befreiungsausschusses der Organisation für Afrikanische Einheit faßte einmütig den Beschluß, die OAU-Staaten aufzufordern, ihre ganze Kraft in die Unterstützung des Volkskrieges für die Befreiung Zimbabwes zu legen. Die Entschließung wird der Konferenz der Außenminister der OAU, die vom 25. bis 28. Februar in Kampala/Uganda tagt, vorgelegt und einen weiteren Fortschritt im Zusammenschluß der Völker Afrikas gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus bringen. Die Bundesregierung muß gezwungen werden, die Einmischung gegen den gerechten Kampf des Volkes von Zimbabwe aufzugeben. Sie muß gezwungen werden, die Patriotische Front als Repräsentanten des Volkes von Zimbabwe anzuerkennen.

Entwurf einer Empfehlung über Zimbabwe – vom Befreiungsausschuß der OAU –

Nach Prüfung des Berichts des geschäftsführenden Sekretärs und der beiden Berichte des Ständigen Komitees für Informationspolitik und nach Prüfung anderer Auffassungen,

Nach Erwägung des Beschlusses der Frontstaaten,

Im Bewußtsein des Fortschritts, der von den kämpfenden Kräften im Aufbau einer Einheitsfront und bei der Verstärkung des bewaffneten Kampfes in Zimbabwe gemacht wurde,

In Erwägung, daß das Smith-Regime und seine Handlanger entschlossen sind, die Macht in Händen der Minderheit zu behalten,

Afrikas Verpflichtung für die Befreiung Zimbabwes durch den bewaffneten Kampf nochmals bekräftigend,

Entschlossen, eine vereinigte nationale Armee für die Befreiung Zimbabwes zu schaffen,

1. beschließt die OAU, den Beschluß der Frontstaaten zu bestätigen, volle politische, materielle und militärische Unterstützung der Patriotischen Front zu geben, wobei jedoch die Tür offen bleiben sollte für alle Gruppen von Nationalisten Zimbabwes, sich der Patriotischen Front anzuschließen. Alle anderen kämpfenden Kräfte, die das Ziel verfolgen, die Rebellenclique in Salisbury zu vernichten, sollten als Bestandteil der Patriotischen Front betrachtet werden.

2. fordert die OAU die Nationalisten Zimbabwes mit Nachdruck auf, Abstand zu nehmen von gegenseitigen Verurteilungen, ihre Streitkräfte unter der Patriotischen Front zusammenzuschließen und ihre gemeinsame Aufmerksamkeit auf den Feind zu richten,

3. ruft die OAU das ganze Volk und die Kader innerhalb Zimbabwes auf, ohne Rücksicht auf ihre politischen Standpunkte beizutragen zur Verstärkung des bewaffneten Kampfes, bis der vollständige Sieg errungen ist,

4. erklärt ihre Verpflichtung, Hilfe und Unterstützung an alle kämpfenden Kader innerhalb und außerhalb Zimbabwes durch die Patriotische Front zu geben,

5. fordert dazu auf, weitere Fronten zu eröffnen, damit die feindlichen Streitkräfte auseinandergezogen werden, und fordert die Frontstaaten auf, sich voll hierfür einzusetzen,

6. entscheidet, daß in Zukunft das Befreiungskomitee sich selbst hauptsächlich darum bemühen soll, Wege und Mittel zu finden, den bewaffneten Kampf wirkungsvoller zu führen,

7. ruft alle Mitgliedstaaten auf, die Massen und die Jugend Afrikas zu informieren und zu mobilisieren, damit sie verstehen, daß der Kampf für die Befreiung des Kontinents in unser aller Verantwortung liegt und daß wir selber seine Rettung in Händen haben,

8. ruft die internationale Gemeinschaft auf, keinerlei zwischen dem Smith-Regime und irgendwelchen Marionetten in Zimbabwe ausgehandelten Vereinbarungen anzuerkennen,

9. beschließt, daß das Befreiungskomitee auch weiterhin vollständig informiert werden muß über die militärische Lage auf dem Schlachtfeld,

10. erweist den Frontstaaten Hochachtung dafür, daß sie Opfer gebracht haben und weitere Opfer bringen in der Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe, Namibia, Azania.

Telefonisch übermittelt – eigene Übersetzung

Gruß- und Solidaritätsbotschaft an den 3. Kongreß der FRELIMO

R.G. Mugabe, 3. Februar 1977

Gruß- und Solidaritätsbotschaft an den 3. Kongreß der FRELIMO, an den Genossen Vorsitzenden des Kongresses, den Genossen Samora Machel, Präsident der Volksrepublik Mozambique, an die Mitglieder des Präsidiums und an die Genossen Delegierten der FRELIMO, an die Genossen Delegierten von Gastparteien, die Vertreter von Befreiungsbewegungen und die hochgeachteten Gäste und Beobachter.

Im Namen der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe, die ein Bestandteil der Patriotischen Front ist, möchte ich dem Genossen Samora Machel und dem Zentralkomitee der FRELIMO danken für die Einladung zu diesem historischen Dritten Kongreß der FRELIMO an uns als einem Mitglied der Patriotischen Front. Ich überbringe diesem Kongreß die brüderlichen Grüße meiner Partei und die erneute Versicherung unserer Solidarität mit der FRELIMO und den Massen von Mozambique bei der Erfüllung unserer gemeinsamen revolutionären Aufgabe. Diese Aufgabe ist, die Stachel des Imperialismus, Kolonialismus und Kapitalismus auszureißen und damit günstige Bedingungen zu schaffen für eine soziale und ökonomische Umgestaltung, die unweigerlich zum großen Nutzen der werktätigen Massen ist. Genosse Vorsitzender, ich möchte hierbei anknüpfen an Präsident Samoras ausdrucksvolle Beschreibung von Solidarität, die er in seiner Rede vor der dritten nationalen Solidaritätskonferenz für Freiheit und Unabhängigkeit von Mozambique, Angola und Guinea-Bissau am 25. März 1973 in Italien gegeben hat. Damals sagte er: „Solidarität ist gegenseitige Hilfe von Kräften, die gegen den gleichen Gegner kämpfen." Im Zusammenhang einer Rede, die er ein andermal an eine Solidaritätsdemonstration richtete, sagte er, sie sei „ein Fest der Freundschaft zwischen Völkern, eine erneute Bestätigung des Prinzips, das alle Völker Freiheit, Gerechtigkeit, Fortschritt und Frieden lieben und daß diese unteilbar sind". Kurz, der Kern, solidarische Hilfe, ist „ein Höhepunkt menschlicher Brüderlichkeit, die Bestätigung, daß kein Volk alleine steht, eine Bestätigung, daß seine Leiden und sein Kampf von allen Völkern geteilt werden". Damals sprach der Präsident aus den Erfahrungen der FRELIMO heraus. Aber ich kann hier sagen, er sprach für uns alle. Er sprach für alle, die revolutionäre Solidarität als einen Schmelztiegel ansehen, wo die Auseinandersetzung von Ideen dazu führt, daß diese eine feste Form und festen Inhalt annehmen.

Für uns ist dieser Dritte Kongreß deshalb eine Art Sozialistischer Internationale. Er kennzeichnet einen Höhepunkt menschlicher Brüderlichkeit, wo wir die revolutionäre Erfahrung der FRELIMO in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in der Zukunft teilen können. Er ist ein Fest brüderlicher Verbundenheit nicht nur der wenigen Repräsentanten, die wir hier sind, sondern der Millionen breiter Volksmassen, die wir stellvertreten und die aktiv zusammenstehen und fest verbunden sind durch gemeinsame revolutionäre Ziele. Genosse Präsident, diejenigen von uns, die sich noch in einer früheren Phase der Revolution befinden, können nicht alleine kämpfen. Ein Versuch wäre auch selbstmörderisch angesichts des Versuchs der Imperialisten und Kolonialisten, den Fortgang unserer Revolution zunichte zu machen und eine eigene reaktionäre Solidarität, gegründet auf der gemeinsamen Grundlage ihrer eigensüchtigen Interessen und ihres unersättlichen Bereicherungstriebs, zu bilden und dadurch die Leiden unserer werktätigen Massen, der Bauern und Arbeiter gleichermaßen, zu verlängern. Wir müssen, um zu siegen, solidarisch zusammenstehen.

Als 1848 Karl Marx und Friedrich Engels die Arbeiter der Welt aufriefen, sich zu vereinigen, traten sie für die Entstehung einer neuen Solidarität ein unter den ausgebeuteten werktätigen Klassen, die in der Lage sind, eine revolutionäre Kraft und revolutionäre Front als Waffe einzusetzen, die die Solidarität unter der Bourgeoisie vernichten kann. Entsprechend ist der Zweck der Solidarität, die wir hier alle teilen, ein antikolonialistischer, antikapitalistischer von internationaler Bedeutung. Er ist begründet in der Erkenntnis, daß die Erringung der Ziele Freiheit und Unabhängigkeit uns erst das von uns so hoch geschätzte Recht schafft, daß wir unsere sozialen und wirtschaftlichen Strukturen nach unseren eigenen Vorstellungen bestimmen können. Für dieses unveräußerliche Recht haben die FRELIMO und das Volk von Mozambique gekämpft.

Es ist dieses Recht, das die FRELIMO und das Volk von Mozambique in die Lage versetzen, sich an die entscheidende Phase der sozialen Umgestaltung zu machen. Dieser Dritte Kongreß der FRELIMO, Genosse Präsident, unterscheidet sich klar vom vorhergehenden, nicht nur dem Zeitpunkt nach, sondern auch was die Umstände angeht. Der lange Marsch von Robuma nach Maputo, vom Norden nach Süden wurde vollendet. Der portugiesische Kolonialismus ist vernichtet, Freiheit und Unabhängigkeit sind erlangt, der Boden ist bereitet dafür, daß das Programm der sozialen Umgestaltung sich entfalten kann. Wir gratulieren der FRELIMO und ihrer Führung und den breiten Massen von Mozambique für ausgezeichnet und entschlossen vollbrachtes Werk. Wir danken euch auch dafür, daß ihr uns eure umfangreichen Erfahrungen zur Verfügung stellt. Direkt auf Zimbabwe bezogen möchte ich bei dieser Gelegenheit danken dem Genossen Präsident Samora, der FRELIMO-Regierung und dem Volk von Mozambique, daß sie unverrückbar festhalten an der Fortsetzung der materiellen, moralischen und diplomatischen Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe gegen die äußerst brutale, verbrecherische und vielfältige Aggression und Provokation des Rassisten Ian Smith. Trotz all der Opfer an Leben von Zivilisten und des Sachschadens ist die Kampfmoral der Mozambiquaner hoch geblieben. Wir können keine edleren und größeren Unterstützer unserer Revolution finden.

Auch unserem unbezwingbaren Präsidenten Samora Machel möchte ich danken für die positive, konstruktive und auf die realen Verhältnisse bezogene Rolle, die er zusammen mit den Präsidenten von Tansania, Sambia, Botswana und Angola gespielt hat in der Unterstützung der Anerkennung der Patriotischen Front durch die OAU. Für mich enthält diese Anerkennung eine Botschaft. Die Botschaft, daß es jetzt darauf ankommt, daß unsere Führung einen zweckdienlichen Plan ausarbeitet, um unseren Befreiungskampf auf eine Grundlage zu stellen, auf der er sich rasch entfalten kann. Ian Smith muß fallen, und er muß bald fallen.

Bei unserem letzten Treffen, das die Patriotische Front in Maputo durchführte, haben wir auch vollständige Übereinstimmung erzielt über die Identität und Art unserer revolutionären Ziele und über die Mittel, wie diese zu erringen sind. Wir stimmten vollständig darin überein, daß der bewaffnete Kampf nicht nur *ein* Mittel ist, um unser Ziel von Freiheit und Unabhängigkeit zu erlangen, sondern das Prinzip unseres Kampfes. Weiterhin stimmen wir vollständig darin überein, daß wir jetzt ein Koordinationskomitee bilden müssen, das sofort die lebenswichtige Frage der Reorganisation unserer zwei Armeen in eine einzige löst, damit wir als eine einheitliche Kraft kämpfen können. Wir sind *ein* Volk mit *einem* gemeinsamen Feind, unsere sozialistischen, revolutionären Ziele sind jetzt identisch. Kurz, wir sind ein Volk, das eine sozialistische Revolution durchzuführen im Begriff ist. Wir sind jetzt als Führer entschlossen, dafür zu sorgen, daß die richtige Perspektive unserer Revolution nicht aus den Augen verloren wird. Darauf aufbauend und mit dem vollen Einsatz der Führung für den bewaffneten Kampf ist der Sieg gewiß.

Zum Schluß möchte ich dem Dritten Kongreß den verdienten Erfolg wünschen, damit er sich mit der gleichen vollen Tatkraft und Entschlossenheit auf den Marsch von Maputo nach Robuma begibt wie der Marsch von Robuma nach Maputo. Die FRELIMO soll die Avantgardepartei der sozialistischen Revolution sein; die sozialistischen Ziele, die die FRELIMO beschlossen hat, mögen auch ihr Leitstern sein.

Es lebe der Präsident Samora Machel!

Es lebe die FRELIMO, die Avantgardepartei der sozialistischen Revolution!

Der Kampf geht weiter!

Telefonisch übermittelt – eigene Übersetzung



Demonstration der Volksmassen in Mozambique

Sachspenden für den Befreiungskampf in Zimbabwe

Mitte März wird die nächste Sendung nach Mozambique verschifft. In Bremen liegen bereits etwa 10 Tonnen Kleider, zirka 20 Tonbandgeräte, Radios, eine Druckmaschine, medizinisches Gerät und Medikamente, zirka 20 Fotoapparate bereit.

Dringend benötigt werden auch Schuhe und Schreibmaterial (Papier, Bleistifte, tropenfeste Kugelschreiberminen).

Alle Gegenstände zur Verschiffung müssen bis **10. März** fertig verpackt ausgeliefert werden (Inhalt auszeichnen!) bei **KBW-Büro, Bremen, Gröpelinger Heerstraße 261.**



Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking, 1976

99 Seiten DM 1.10

Zu beziehen über:
Buchvertrieb Hager GmbH
Postfach 5129, 6800 Mannheim

Die chinesische „Volkszeitung" berichtet am 2. Februar über die Ausdehnung der staatlichen Lotterie in der Sowjetunion. In Straßen, Metrostationen usw. werden jährlich insgesamt 1 Milliarde Lose verkauft. Das sind vier pro Kopf der Bevölkerung. Um das Geschäft der Massenausplünderung weiter anzuheizen, wird geworben mit Sprüchen wie „Mitspielen in der Lotterie, jedem Sowjetbürger das Glück erschwinglich". Die „Volkszeitung" kommentiert: „Wer wird schon glauben, daß das sowjetische Volk sein ‚Glück' im Lotteriespiel finden kann? Wenn das wahr wäre, wären alle dornigen Probleme, die sie plagen, wie Arbeitslosigkeit in versteckter Form, Leben unterhalb des offiziellen Existenzminimums und Knappheit der Konsumgüter, schon lange durch den Erwerb von Lotterielosen gelöst."

New York im Würgegriff der Banken. Dieser Tage erhielt die Stadt New York einen Zahlungsbefehl. Damit werden auch die kurzfristigen Schulden über 2,4 Milliarden Dollar binnen eines halben Jahres fällig. Das ist der letzte Coup, den die Banken gelandet haben. – Die Arbeiterklasse und die Volksmassen New Yorks müssen für den Tribut, den die Großbanken erheben, sich immer blutiger schinden. 1975 verlangten die Großbanken Chase Manhattan Bank, Bank of America, City Bank und andere den sofortigen Umtausch der Kommunalpapiere im Wert von 2,4 Milliarden Dollar, die sie hatten. Das Ergebnis war, daß die Stadt ihre Papiere zurückkaufen mußte – für Kredit, den sie von denselben Banken aufnahm, nur eben zum Zins von 9,5 Prozent, doppelt soviel wie auf den Kommunalpapieren lag. Das Spiel wiederholte sich in rascher Folge: Die Stadt konnte Kredite und Zinsen nicht zurückzahlen und mußte zu noch höherem Zins neuen Kredit aufnehmen. 1976 betrug die Schuldentilgungsrate im Stadthaushalt 2,3 Milliarden Dollar. Insgesamt auf 11 Milliarden Dollar wird die Gesamtschuld geschätzt. Um die Schulden einzutreiben, haben die Banken zwei Kontrollbehörden bei der Stadtverwaltung installiert, die „Städtische Unterstützungsgesellschaft" (MAC) als Clearingstelle für neue Schuldenaufnahme, und die „Finanzkontrollbehörde" (EFCB) als Aufsichtsbehörde für Rationalisierungsmaßnahmen, Massenentlassungen, Schließung öffentlicher Einrichtungen und ähnliches, was der Schuldentilgung dient. Bis Ende 1976 wurden 50 000 städtische Arbeiter und Angestellte entlassen, 500 Millionen an „Wohlfahrts"-Ausgaben gespart, zahlreiche städtische Krankenhäuser, Schulen usw. geschlossen. Die Steuer- und Gebührenschraube wurde fortlaufend angezogen. Der jetzt erreichte Zahlungsbefehl macht den Würgegriff noch enger. Man sieht, nicht umsonst gilt die Stadt New York als ein Sinnbild des faulenden, parasitären, überlebten Kapitalismus. Aber im Schoß der alten Gesellschaft sind auch die Kräfte und Potenzen gereift, die eine neue Gesellschaft hervorbringen werden: die Arbeiter und Volksmassen von New York haben dem imperialistischen Finanzkapital und von ihm kommandierten bürgerlichen Staat im Verlauf der letzten Jahre vielleicht die erbittertsten Kämpfe von allen, die die Massen in den USA geführt haben, geliefert.

„‚Das Volk und nur das Volk ist die Triebkraft, die die Weltgeschichte macht.' Die Ambitionen der beiden Oberherren, der USA und der Sowjetunion, sind eine Sache, ob sie sich verwirklichen lassen, die andere. Man will China verschlucken, findet es aber zum Anbeißen zu hart; von Europa und Japan läßt sich ebenfalls nichts abbeißen, geschweige denn von der ausgedehnten dritten Welt. Seit der Niederlage in seinem Aggressionskrieg gegen Korea geht es mit dem USA-Imperialismus immer mehr bergab." **(Tschou En-lai, Bericht auf dem X. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas 1973)**

Die US-Imperialisten wollen die koloniale Beherrschung der Kanalzone, mitten auf dem Gebiet Panamas, um jeden Preis aufrechterhalten. Am 31. Januar fanden Verhandlungen zwischen dem neuen US-Außenminister Vance und dem Außenminister Panamas, Aquilino Boyd, statt. Nach einer bereits im Februar 1974 von der US-Regierung und der panamesischen Regierung unterzeichneten Absichtserklärung soll die US-Rechtsprechung auf panamesischem Boden in der Kanalzone drei Jahre nach Abschluß eines Vertrages zu Ende gehen. Die USA wollen den Vertragsabschluß möglichst weit hinauszögern und gleichzeitig in den Verhandlungen ihre Herrschaft über das Kanalgebiet verdeckt festschreiben. Durchgesetzt haben die US-Imperialisten die Zustimmung der Regierung Panamas dazu, daß sie bis zum Jahr 2000 den Kanal verwalten und „militärisch sichern". Jetzt wollen sie erreichen, den Termin noch weiter hinauszuschieben, bis ins Jahr 2015, und gleichzeitig „Garantien für die Verteidigung des Kanals" über dieses Jahr hinaus. Sie wollen dazu eine starke „bilaterale Neutralitätsgarantie", also ein Abkommen, das ihr Eingreifen vorsieht, wenn die „Neutralität" des Kanals in Frage gestellt ist. Die panamesische Regierung hat erklärt, daß dies kein Verhandlungsthema mehr für sie sei. So betreiben die US-Imperialisten die systematische Verzögerung des Vertragsabschlusses. Die Massenbewegung des panamesischen Volkes gegen die imperialistische Beherrschung trägt dazu bei, daß die imperialistischen Blutsauger in den USA keine großen Aussichten haben, das Jahr 2015 als herrschende Klasse zu erleben.

Thailand. Revolutionäre Erhebung und konterrevolutionäre Verbrechen. Nach dem von den USA gesteuerten Putsch hat sich der bewaffnete Volkskrieg unter der Führung der Kommunistischen Partei Thailands machtvoll entwickelt. „Um die Helden und Heldinnen des 6. Oktober zu rächen" (die an dem Tag des Putsches ermordeten patriotischen Studenten und Arbeiter), haben die Befreiungskräfte seither 637 Regierungssoldaten getötet, 200 verletzt und 100 gefangengenommen. 1976 wurden 36 Flugzeuge abgeschossen. Weitere Führer demokratischer und patriotischer Parteien und Organisationen haben sich dem bewaffneten Kampf angeschlossen. Fortlaufend werden in Zeitungen und Fernsehen seither „Zwischenfälle" an den Grenzen zu Laos und Kambodscha gemeldet. Kambodschanische und laotische Truppen sollen ganze Dörfer ausradiert haben. Dazu muß man wissen, daß weite Gebiete sowohl an der kambodschanischen wie an der laotischen Grenze Zentren des Aufstandes gegen das Regime sind (neben anderen). Der Wahrheit über die Massaker an Dorfbewohnern, die nahe der kambodschanischen Grenze wohnen, kam vielleicht der Korrespondent der amerikanischen Zeitung „Christian Science Monitor" nahe, der berichtete: „. . . . daß es sehr fraglich ist, ob die in den ‚Feuer-frei'-Zonen Getöteten wirklich Kommunisten sind – wie die Regierung sagt – oder unschuldige Farmer und Holzfäller, die zur falschen Zeit am falschen Ort angetroffen wurden".

dinnen des 6. Oktober zu rächen" (die

Die Regierung des Demokratischen Kampuchea hat am 15. Januar in einer Erklärung zu den angeblichen „Zwischenfällen" an der Grenze erklärt, diese seien „frei erfunden zum Zweck, das Demokratische Kampuchea anzuschwärzen und zu verleumden. (. . .) Während seiner ganzen Geschichte und bis auf den heutigen Tag hat Kampuchea niemals Akte der Aggression oder Einmischung gegenüber einem anderen Land begangen. Im Gegenteil, Kampuchea war während Jahrhunderten selbst Opfer von Einmischung und Aggression. (. . .) Das Volk von Kampuchea strebt danach, friedlich auf seinem Territorium zu leben. (. . .) Allerdings werden Armee und Volk von Kampuchea keinem ausländischen Land jemals wieder gestatten, sich in seine inneren Angelegenheiten einzumischen."

Ein neuer Aufschwung der Kämpfe der amerikanischen Arbeiterklasse

1976 hat die Arbeiterbewegung in den USA einen bedeutenden Aufschwung genommen. Abzulesen ist das an der offiziellen Statistik, die die Beteiligung von 2,5 Millionen Arbeitern an 5 600 Streiks meldete, mit 38 Millionen Streiktagen (gegenüber 7 Millionen im Jahr vorher). Die durchschnittliche Streikdauer betrug 15 Tage.

Dies geschah unter dem Druck einer Massenarbeitslosigkeit von offiziell 8 %, real weit höher – der höchsten seit der Weltwirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre. Und diese Kämpfe haben die Arbeiter geführt und verteidigt gegenüber angestrengten Versuchen der herrschenden Klasse in den USA, über einen weitgehenden Austausch ihres politischen Personals und eine aufwendige Wahlkampagne die Massenbewegung mit Fesseln zu überziehen.

Die Wahl Carters hat die Kämpfe nicht einen Augenblick zum Stillstand gebracht. Sein mit großem Trommelwirbel vorgelegtes „Arbeitsbeschaffungsprogramm" erwies sich sogleich als offensichtlicher Betrug. Mit einem lächerlichen Steuerrabatt von 50 Dollar pro Kopf, der nicht einmal die gestiegene Steuerausplünderung des letzten Jahres ausgleicht, soll – nach dem erklärten Willen Carters – der Weg für weitere „mäßige Lohnabschlüsse" geebnet werden, genauer gesagt: der Lohnraub verschärft fortgesetzt werden.

Die US-Kapitalisten sind ungeduldig. Denn alle Erfolge in der verschärften Ausbeutung der Arbeiter, die sie bisher durchsetzen konnten, haben sie in der imperialistischen Konkurrenz nicht nach vorn gebracht. Stattdessen ist die Handelsbilanz negativ geworden. Die amerikanischen Waren setzen sich auf dem Weltmarkt nicht durch. Die Konkurrenz wird immer härter.

In dieser Lage wird die Ausbeutung der eigenen Arbeiterklasse für sie zu einem entscheidenden Faktor, um im Ringen um die Weltherrschaft neue Kraft zu sammeln.

„Die **Arbeitskosten** pro Einheit sind im letzten Vierteljahr um 7,3 % gestiegen . . ." – „Ein Rückgang im Ausstoß pro Arbeiterstunde ist **allgemein geworden** nach einer Periode des ziemlich raschen Wachstums. (. . .) Die Produktivität wurde besonders beeinträchtigt durch den **Streik gegen Ford** im Oktober." – „**Zeitdiebstahl** durch Beschäftigte ist eine schwere Belastung der Produktivität. Wie eine Studie zeigt, beträgt die willkürliche Fehlnutzung oder Verschwendung von Arbeitszeit im Durchschnitt 3 Stunden 45 Minuten pro Woche und Arbeiter. (. . .) Drückeberger kosten die amerikanische Wirtschaft in diesem Jahr nicht weniger als **70 Milliarden Dollar** in Löhnen und Gehältern, die bezahlt, aber nicht verdient werden."

lich raschen Wachstums. (. . .) Die

Jede Hervorhebung im Text (der einer amerikanischen Wirtschaftszeitung entnommen ist) bezeichnet eine Angriffsrichtung, mit der die herrschende Monopolbourgeoisie Schlag um Schlag die errungenen Rechte der Arbeiterklasse liquidieren und ihr historisches Lebensniveau weiter senken will.

Dazu hat das Monopolkapital mehr als bei jeder Regierung vorher direkt ihre Vertreter in die Regierung Carter entsandt. Mitsamt Staatssekretären sind dort vertreten: 3 Direktoren allein von IBM, weiter Direktoren von Pan-am (größte Fluggesellschaft), Equitable Life Assurance (große Versicherungsgesellschaft), Western Electric (größter Elektrokonzern), Chase Manhattan Bank (größte US-Bank), sowie führende Industrieanwälte, die vertreten: General Motors, Coca Cola, American Electric, Occidental Petroleum, Gulf & Western, Northwestern Industries, Colonial Penn Insurance, Warner Communications usw. Schließlich sind Direktoren der New York Times, der Washington Post und der Los Angeles Times – somit der führenden Zeitungskonzerne – vertreten. (Washington Post, 16.11.76)

Entscheidend für die Lage der Arbeiterklasse und die ganze weitere Entwicklung wird sein, ob es ihr gelingt, in den diesjährigen Tarifauseinandersetzungen eine weitere Senkung des Lohnniveaus zu verhindern, das zugleich der Bourgeoisie ermöglichen würde, noch ungehemmter ihre Rationalisierungsfeldzüge gegen die Arbeiter durchzuführen. 1977 werden die Tarife für wichtige Teile der amerikanischen Arbeiterklasse neu ausgehandelt (das geschieht in den USA jeweils für einen Zeitraum von 2 bis 3 Jahren): für die Arbeiter der Ölraffinerien, der Stahl- und Aluminiumbetriebe, der Bau- und Textilindustrie, der Blechverarbeitung und der Telefonindustrie, der Hafenbetriebe und Kohlegruben, beim Straßenbau und in der Flugzeugindustrie. Zahlreiche kleinere Branchen werden sich nach diesen Abschlüssen richten.

Die Löhne der Arbeiter sind seit 1973, gemessen an der Inflationsrate, um 8 Prozent gesenkt worden, gemessen an der tatsächlichen Steigerung der Lebenshaltungskosten um 12 Prozent. Nach offizieller Statistik sind 12,3 Prozent der Gesamtbevölkerung, insgesamt 26 Millionen Menschen unter die Armutsgrenze abgesunken, die mit 5 000 Dollar für einen Vier-Personen-Haushalt angegeben wird. (The Call, Organ der marxistisch-leninistischen October Ligue, 22.11.1976)

Die Verelendung wäre noch drastischer, hätten nicht die Arbeiter sich 1976 in großen, selbständigen und langandauernden Streiks zur Wehr gesetzt. 65 000 Gummi-Arbeiter streikten vier Monate lang, bis sie eine Lohnerhöhung von 37 Prozent für drei Jahre durchgesetzt hatten, statt der zuvor veranschlagten 15 Prozent.

Der Kampf in der Stahlindustrie

Die erste große Tarifauseinandersetzung im Jahr 1977 ist am 14. Februar mit den Verhandlungen in der Stahlindustrie eröffnet worden. Sie wird für die ganze weitere Entwicklung mit entscheidend sein. Die US-Stahlkonzerne werden hart von der japanischen und europäischen Konkurrenz bedrängt. Sie sind fest entschlossen, den Lohn der Stahlarbeiter, der zu den höchsten Arbeiterlöhnen zählt, zu senken und mit weiteren Rationalisierungsmaßnahmen voranzukommen.

Die Stahlarbeiter ihrerseits zählen zu den kampferfahrensten und am besten organisierten Abteilungen der amerikanischen Arbeiterklasse. Mit den Arbeitern der Aluminium- und Kupferindustrie zusammen bilden sie die größte Einzelgewerkschaft der USA. Aus ihrer Mitte heraus hat sich in den letzten Jahren eine wichtige Bewegung entwickelt, die sich vor allem gegen verschiedene Vereinbarungen der bisherigen gelben Gewerkschaftsführung mit den Konzernherren richtet, und mit diesen Regelungen zusammen diese gelbe Gewerkschaftsführung zu Fall bringen will. Hauptangriffsziel ist das sogenannte „Experimentelle Verhandlungs-Abkommen" (ENA) von 1974. Es wird von den Kapitalisten als Vorbild für alle Industrien betrachtet und soll unbedingt weiter ausgedehnt werden. Es sieht die Einrichtung „Gemeinsamer Produktivitäts-Kommissionen" zwischen Gewerkschaften und Betriebsleitungen vor, die den „Arbeitskräftebedarf" bzw. „-überschuß" feststellen sollen und weitere Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität. Aufgrund derartiger „Produktivitätsverbesserungen" haben schätzungsweise 50 000 Stahlarbeiter in den letzten beiden Jahren ihren Arbeitsplatz verloren. Im zweiten Punkt sieht dieses Abkommen eine bindende Zwangsschlichtung für Lohnkonflikte vor, d.h. ein „neutraler" Schlichter legt fest, was die Arbeiter bekommen sollen und basta. Damit ist das Streikrecht praktisch aufgehoben, und mit ihm der ganze Zweck der gewerkschaftlichen Organisierung überhaupt.

Unmittelbar vor Beginn der Tarifverhandlungen haben die Wahlen zum neuen Präsidenten der Stahlarbeitergewerkschaft stattgefunden. Das Ergebnis wird wahrscheinlich erst später bekannt werden. Die Wahlauseinandersetzung hat sich auf einen ernsthaften Versuch der fortgeschrittensten Teile der Mitgliedschaft zugespitzt, die alte Führung zu Fall zu bringen unter den Hauptforderungen: *Weg mit dem ENA! Lohnerhöhung und Streikrecht! Einhaltung der Sicherheits- und Gesundheitsvorschriften in den Betrieben und ihre Kontrolle durch gewerkschaftliche Inspektoren! Lohnabschlüsse und andere vertragliche Abmachungen mit dem Arbeitgeber nur nach einer Abstimmung unter den Arbeitern! Ende der diskriminierenden Bestimmungen gegen farbige Arbeiter und Frauen, die von bestimmten besser bezahlten Arbeiten ausgeschlossen wurden! Weg mit der „roten Klausel" in der Gewerkschaftssatzung, die die Mitgliedschaft von Kommunisten verbietet!*

Diese Forderungen hat der reformistische Kandidat Eddie Sadlowski, ein früherer Fabrikorganisator, seit einiger Zeit der Sekretär des größten Gewerkschaftsbezirks, mehr oder weniger ausdrücklich in sein Programm aufgenommen. Seit klar ist, daß sich eine breite klassenkämpferische Bewegung dahinter zu sammeln beginnt, hat die liberale Bourgeoisie über allerhand Professoren, Filmschauspieler usw. sich in die Kampagne hineingehängt und größere Geldsummen lokker gemacht, um Sadlowski zu kaufen. Das war wahrscheinlich gar nicht nötig. Als Bezirkssekretär ist Sadlowski keineswegs so klassenkämpferisch hervorgetreten, wie er jetzt in der Wahlkampagne tut. Dennoch ist die Bourgeoisie durch die Möglichkeit, daß die alte Führung, die in engster Zusammenarbeit mit den Kapitalisten nach Mafia-Methoden die Gewerkschaft geleitet hatte, zu Fall gebracht wird und daß ein großer Lohnkampf sich entwickeln könnte, aufs äußerste beunruhigt. Sie fürchtet, daß die Arbeiter in einem solchen Kampf ihre politische Selbständigkeit weiter entwickeln und sich letztlich auch von einer reformistischen neuen Führung lösen können.

Entwicklung politischer Selbständigkeit unter den Bergarbeitern

Der Bourgeoisie steht das Beispiel der Bergarbeitergewerkschaft drohend vor Augen. Die Bergarbeiter haben im letzten Sommer vier Wochen lang selbständig den Streik aufgenommen gegen die kriminelle Vernachlässigung der Sicherheitsvorkehrungen durch die Bergbaugesellschaften.

Die US-Bergarbeiter fördern pro Stunde das Vierfache dessen, was ein westdeutscher Bergarbeiter zu Tage fördert. Sie bezahlen diese ungeheure Ausbeutung mit ihrem Leben und mit ihrer Gesundheit. Über hundert Tote im Jahr, Tausende von Schwerverletzten und Zehntausende, die sich eine Staublunge holen – so sieht die Rech-



Der Präsident der Bergarbeitergewerkschaft, Miller, versucht, den selbständigen Streik der Bergarbeiter im August 1976 abzuwürgen.

Imperialistisches Wettrennen um die Ausbeutung der Antarktis

„Die Nutzung der eingefrorenen letzten und zweifellos bedeutendsten Rohstoffreserven der Erde", schreibt der „Mannheimer Morgen", hat begonnen. Gemeint ist die Antarktis. „Am südlichen Ende des Wedell-Meeres hat nach einer Tass-Information die Sowjetunion bereits im letzten antarktischen Sommer begonnen, eine neue Forschungsstation einzurichten. In diesem westlichen Teil des antarktischen Kontinents wurden riesige Erdöl-, Erdgas- und Kupfervorkommen erkundet." Auf der Livingstone-Insel in der Inselgruppe der Shetlands ist mit Hilfe der Sozialimperialisten eine polnische Station errichtet worden. Chilenische Geologen vermuten hier schon lange ergiebige Uranlagerstätten. „Gut zehn Prozent der gesamten Kohlevorräte der Erde werden nach Ermittlungen sowjetischer Geologen unter der südpolaren Kappe vermutet. Dazu unvorstellbare Mengen an Eisenerz und Nickel, an Chrom, Gold und Platin sowie das von den Japanern entdeckte radioaktive Euxenit-Gestein." (Mannheimer Morgen) Bislang steht die Antarktis „der friedlichen Nutzung aller offen". Dazu wurde 1959 ein Vertrag geschlossen. Aber mit Schaffung der Voraussetzungen zur Erforschung und zur Hebung dieser gewaltigen Rohstoffe wird der Kampf um die Aufteilung unter den Imperialisten entbrennen. Die Auseinandersetzungen unter den Imperialisten um die Beherrschung dieses Teils der Erde, auf dem keine Menschen leben, wird jetzt noch dieses Jahr eingeleitet durch eine Internationale Konferenz der 12 Signaturmächte des Vertrages von 1959. Es geht um die „bevorstehende kommerzielle Nutzung der antarktischen Bodenschätze". Hauptträger dieses Vertrages sind die Supermächte und die alten imperialistischen Kolonialmächte wie Großbritannien und Frankreich.

Perle der britischen „Mineralschatzsammlung"

Der Kampf der imperialistischen Mächte um die Ausbeutung der Nordsee-Reichtümer verschärft sich zusehends. Die Fangflotten britischer, westdeutscher, sowjetischer und norwegischer Fischkonzerne (die letzteren wiederum in der Hand ausländischer Monopole) fischen fieberhaft die letzten verbliebenen Fischschwärme ab, während sich die Regierungen weiter über die Fischereirechte streiten. Währenddessen hat die britische Flotte ein winziges Felseiland im Nordatlantik besetzt und veranstaltet darauf fortlaufend Schießübungen, obwohl Irland und Dänemark ihrerseits Ansprüche auf die Insel angemeldet haben. Jetzt will die britische Regierung sogar eine 200-Meilen-Zone um den Felsen ziehen, da große Ölvorkommen in diesen Gebieten vermutet werden. Neidvoll schreibt die westdeutsche Tageszeitung „Die Welt", „Rockall paßt genau in die neue britische ‚Nach-Empire-Strategie'. Nachdem die Briten ihren außereuropäischen politischen Großgrundbesitz mehr oder minder freiwillig aufgegeben haben . . . , pflegen sie seit einigen Jahren ihre kleinen verbliebenen territorialen Kleinode." Die Zeitung nennt hier Gibraltar, die „fernen Falkland-Inseln" (vor der Südspitze Lateinamerikas, nahe der Antarktis), wo ebenfalls große Mineralvorkommen vermutet werden. Sie fährt fort: „Rockall, der felsige Bowler-hut, ist eine weitere Perle in der neuen britischen Mineralschatzsammlung." (Die Welt, 5.2.77)

Neuer US-Militärsatellit gegen sowjetischen „Killersatelliten"

Die USA-Imperialisten haben vorletzten Sonntag einen „militärischen Satelliten" auf eine Umlaufbahn um die Erde gestartet. Dem Vernehmen nach dient der Satellit Versuchen, die eine Abwehr einer von sowjetischen Jägersatelliten möglicherweise drohenden Gefahr zum Ziel hat.

Der Satellit ist Teil einer Serie „für die Überwachung von Satelliten und Raketenstarts in der Sowjetunion und China". (Stuttgarter Zeitung) Die Sowjetunion hat schon länger ein Satellitensystem entwickelt, mit dem sie andere Satelliten im Weltall zerstören könnte, den sogenannten Satellitenkiller. (Vergleiche auch KVZ Nr. 6/1977) Die Erprobung und Entwicklung von militärischen Satelliten gehört zu den Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte. Es ist genau wie mit den diversen Abrüstungsverträgen auf der Erde. Groß ist das Geschrei zur „friedlichen Nutzung des Weltalls", während gleichzeitig fieberhaft an der Aufrüstung gearbeitet wird. Beide Supermächte arbeiten weiter an einer „Strahlenwaffe der Zukunft". Mit dieser Waffe sollen Satelliten mittels „stark gebündeltem Licht (Laser) oder Teilchenstrahlung" unschädlich gemacht werden.

nung für die Bergarbeiter aus.

Besondere Schärfe nimmt dieses Problem im Zusammenhang des völlig unzureichenden Versicherungsschutzes der Arbeiter für alle Wechselfälle ihrer Existenz an.

Im Fall einer Krankheit erhalten die amerikanischen Arbeiter bestenfalls 70 bis 80 %, in den südlichen Staaten 40 bis 60 % ihres Lohns, oftmals nur für 60 oder 90 Tage, und im Höchstfall begrenzt auf 60 bis 200 Dollar pro Woche, je nach dem Bundesstaat. Die Versicherungen sind privat und die Leistungen schlecht. Zumal in den USA nach offizieller Rechnung über eine Million Krankenhausbetten fehlen, um eine minimale Gesundheitsversorgung zu gewährleisten.

Alter bedeutet für die Masse der amerikanischen Arbeiter nacktes Elend. Nach Regierungsstatistiken haben über 50 % der Arbeiter und Angestellten keinerlei Rentenansprüche, sondern erhalten vom Staat nur Sozialhilfe. Der Sozialhifesatz liegt noch unter der amtlichen Armutsgrenze und bezeichnet das absolute Existenzminimum. Auch die Rentenversicherungen sind in der Hand der Großbanken, die die Fonds nach Strich und Faden plündern. Die durchschnittliche Rentenauszahlung beträgt infolgedessen 133 Dollar im Monat über den Sozialhilfesatz hinaus. Selbst diese Rentenregelungen mußten erst von den Arbeitern hart erkämpft werden. (Nach: Guardian, 3.11., 10.11. und 8.12.76)

Die Bergarbeiter haben sich 1974 Renten in Höhe von 250 Dollar pro Monat erkämpft. Ab 1977 sollen es 350 Dollar werden. Aber: ob das Geld für die Renten vorhanden ist, wird abhängig gemacht von einer entsprechenden weiteren Produktivitätssteigerung. Danach berechnen sich die Einzahlungen der Gesellschaft. Die Arbeiter sollen sich verstärkt ins Joch der Ausbeutung legen und ihre Lebenskraft noch mehr verausgaben, um schließlich nur eine Rente zu haben, die einigermaßen ein Auskommen sichert. Diese zynische Regelung war eine Frucht der Politik der Klassenversöhnung, die der reformistische Gewerkschaftspräsident Miller auf seine Fahnen geschrieben hat. Dabei war die Wahl Millers 1973 ein Erfolg jahrelanger Kämpfe der Bergarbeiter zum Sturz der alten reaktionären Führung um Tony Boyle gewesen, die eng mit der Mafia verbunden gewesen war und 1968 den Gegenkandidaten von Boy-

1968 den Gegenkandidaten von Boy-



Einen Aufschwung nehmen die demokratischen Kräfte der Volksmassen in den USA. Hier für die Freilassung Gary Tylers, eines 17jährigen schwarzen Jugendlichen, der auf den elektrischen Stuhl soll, weil er sich beim Überfall faschistischer Banden auf einen Schulbus mit schwarzen Schülern, darunter er selbst, zur Wehr setzte. Auf ungeklärte Weise kam ein weißer Jugendlicher zu Tode und Tyler wurde willkürlich beschuldigt. Die Marxisten-Leninisten der USA haben einen bundesweiten Kampf für die Freilassung Tylers eingeleitet. Die October Ligue, aus deren Zeitung „Call" dieses Bild stammt, fordert für die afro-amerikanische Minderheit in den USA das Recht auf Selbstbestimmung und regionale Autonomie insbesondere im „scharzen Gürtel" der USA.

le, Yablonski, durch gedungene Killer hatte ermorden lassen, nachdem der Wahlbetrug, der Boyle den „Sieg" gebracht hatte, aufgeflogen war. Die Bergarbeiter erzwangen, daß der Mord aufgedeckt wurde und Boyle ins Gefängnis mußte. Miller schwang sich als Yablonski-Anhänger in den Sattel. Im Streik im Sommer 1976 stellte sich Miller direkt gegen die Forderungen der Arbeiter. Noch mehr: als die Bergwerksgesellschaften den Bergarbeitern offen mit der Kürzung ihrer Renten drohten, weil die Einzahlungen nicht mehr gewährleistet wären, war es Miller, der den Arbeitern damit drohte: „Noch eine Arbeitsunterbrechung bis Ende 77 und die Verpflichtungen (gegenüber dem Rentenfonds) können nicht erfüllt werden." (Unite, Nr. 6/76)

Auch mit dieser offenen Drohung ist es Miller nicht gelungen, die Arbeiter zum Abbruch ihres Streiks zu bewegen. Am Ende standen 100 000 Bergarbeiter einen Monat lang im „wilden Streik". Im September wurde der Streik nochmals selbständig aufgenommen. Die unmittelbaren Forderungen wurden nur zu einem kleineren Teil erfüllt. Aber die Klassenbewegung hat ihre Kraft gezeigt. Im Dezember dieses Jahres stehen die Tarifverhandlungen der Bergarbeiter an. Auch hier werden vorher Neuwahlen stattfinden.

Noch spiegelt sich die gewonnene politische Selbständigkeit auf der Ebene der Wahlen zu den zentralen Funktionen der Gewerkschaften nicht wieder. Doch festigen sich Klassenbewußtheit und Organisiertheit und bilden sich örtlich Führer heraus.

Kampf um die Ausdehnung der Gewerkschaftsorganisation auf den Süden

Entscheidend für eine revolutionäre Entwicklung der Arbeiterbewegung ist noch immer die Ausdehnung der gewerkschaftlichen Organisierung selbst. Auch darum dreht sich der Kampf zwischen reaktionären und klassenbewußten Kräften in der Gewerkschaft. Von etwa 81 Millionen Lohnabhängigen sind 21 Millionen gewerkschaftlich organisiert.

An zwei Punkten werden hier seit Jahren wichtige Schlachten gegen die Kapitalisten geschlagen. Das sind die ausgelagerten Betriebe im „scharzen Gürtel" der Südstaaten, und es sind die großen Farmen und Landwirtschaftsbetriebe im Süden.

Die Bedeutung dieser Kämpfe liegt einmal darin, daß die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiter dort für die Lage der ganzen Klasse von unmittelbarer Bedeutung ist. Die „Südstrategie" der großen Monopole besteht in den planmäßigen Versuch, durch Auslagerung vor allem von Massenfertigungsbetrieben der Automobil- und Elektroindustrie in den „schwarzen Gürtel", d.h. das eigentliche Wohngebiet der afro-amerikanischen Bevölkerung – das Gebiet der Baumwollplantagen und Zuchtfarmen der ehemaligen Sklavenhalter – die extreme soziale Abhängigkeit der oft jahrelang arbeitslosen, die Unorganisiertheit und unmittelbare politische Unterdrückung zu nutzen, um den Lohnstandard der ganzen Klasse zu senken.

Zum anderen wird in diesem Kampf die amerikanische Arbeiterbewegung auf eine ernste Bewährungsprobe gestellt: denn die Voraussetzung, ob es ihr gelingt, den Süden zu „unionisie-

ihr gelingt, den Süden zu „unionisie-

ren", ist die Überwindung allen Rassenchauvinismus' in den eigenen Reihen, der es den amerikanischen Kapitalisten erlaubt hat, tiefe Spaltungen in die Arbeiterklasse zu treiben und ihre Abteilungen getrennt zu schlagen. Nur so kann es gelingen, die schwarzen Massen, die oft erst in der ersten Generation in die große Industrie geworfen sind, besonders Frauen und Mädchen, auf Anhieb zu organisieren.

Auch hier tun die Reformisten und Reaktionäre in der Gewerkschaftsführung alles, um diese Entwicklung zu sabotieren. Der Vorsitzende des Dachverbandes der amerikanischen Gewerkschaften, Meany, hat selbst den Ton angegeben, als er sagte: „Ich glaube nicht an das Organisieren von Leuten, bloß um sie zu organisieren." Und die Führung der Automobilarbeitergewerkschaft rechtfertigte ihren Verzicht auf die Erkämpfung des gewerkschaftlichen Organisationsrechts in den Betrieben des Südens mit „eingefleischten", antigewerkschaftlichen Vorurteilen", die noch „ein Überbleibsel des Bürgerkrieges sind, als der landwirtschaftliche Süden dem industriellen Norden mißtraute". (The Call, 6.12.76) Das ist eine dreiste Umfälschung der amerikanischen Geschichte. Der Bürgerkrieg war ein Krieg gegen die Sklavenhalter und zielte auf die Aufhebung des Systems der Sklaverei. Die Behauptung der reaktionären Gewerkschaftsbosse zielt darauf, die Neger des Südens als die ewigen Sklaven hinzustellen, die lieber Baumwolle pflücken und gegen die moderne Industrie „Mißtrauen" haben. Tatsächlich wurde die Aufhebung der Sklaverei von den ehemaligen Baumwollsklaven stürmisch begrüßt und oft trotz der Drohung der Lynchjustiz durch Guerillaaktionen hinter den Reihen der Truppen der Sklavenhalter unterstützt.

Ebenso ist es eine Tatsache, daß die Arbeiter in den Fabriken des Südens, um den Kampf gegen die moderne Sklavenarbeit dort aufzunehmen, sofort trotz aller Risiken bereit waren, sich zu organisieren. „Komm, beleidige nicht meine Intelligenz, ich bin 100 Prozent für die Gewerkschaft", sagte ein Arbeiter in der neu eröffneten Fabrik von General Motors in Monroe. 58 % der Arbeiter bei Monroe füllten sofort und trotz der Beleidigungen durch die Gewerkschaftsführer Beitrittskarten aus und setzten schließlich ihr Recht auf gewerkschaftliche Organisierung durch. Kaum anders in den übrigen Betrieben. Das sind äußerst wichtige Fortschritte im Kampf gegen die Verelendung der ganzen Arbeiterklasse.

Festigung der Klasseneinheit

Die Arbeiteraristokraten in der Gewerkschaftsführung der Automobilarbeitergewerkschaft haben sich stets in erster Linie auf eine Minderheit von etwa 20 % weißen, handwerksmäßig ausgebildeten Arbeitern gestützt. Auch diese Position ist in diesem Jahr ins Wanken gekommen. Es waren gerade die gelernten weißen Arbeiter, die im Durchschnitt 50 Jahre alt sind, die an der Spitze der Kämpfe der Automobilarbeiter gestanden haben. Ihre Stellung ist durch den Gang der kapitalistischen Rationalisierung jetzt ebenfalls erfaßt worden, sie werden von Entlassungen hart getroffen und müssen schwere Lohneinbußen hinnehmen. Hatten sie jahrelang um Sonderrechte gekämpft, so haben sie jetzt ihren Kampf mit dem der ganzen Klasse, speziell der ungelernten, meistens schwarzen Automobilarbeiter, verbunden. Ein reaktionärer Berufsverband, der sich daraufhin außerhalb der Gewerkschaft auftat, und den Kampf weiterhin auf die Erhaltung von Sonderrechten ausrichten wollte, wurde in kurzer Zeit durch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter vernichtet. Darin wurden sie von ihren alten, in dem Beruf ausgeschiedenen Kollegen unterstützt. Beim Ford-Streik standen Rentner mit Streikposten.

Organisierung der mexikanischen Landarbeiter

Beim Aufbau der Landarbeitergewerkschaften im Süden handelt es sich um die Organisierung des mexikanischen Proletariats, das oft zu Bedingungen ausgebeutet wird, die schlimmer sind als Sklaverei (denn der Sklave wurde immerhin so weit geschont, wie man einen Maulesel oder ein anderes Arbeitstier schont). Auf dieser Ausbeutung beruht die berühmte hohe Produktivität der amerikanischen Landwirtschaft, viel mehr als auf modernen Anbaumethoden oder etwas anderem.

Die 9 Millionen Mexikaner sind nach den Afro-Amerikanern die zweitgrößte nationale Minderheit in den Vereinigten Staaten, diesem großen Völkergefängnis, das das russische Zarenreich noch in den Schatten stellt. Teils sind sie Nachfahren der Einwohner von Texas, Neu-Mexiko und Californien, also derjenigen südlichen Staaten der USA, die in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts dem mexikanischen Staat entrissen wurden. Teils entstammen sie dem Millionenheer der landlosen Bauern Mexikos, die in immer dichterem Strom (zwischen 8 und 12 Millionen) als Wanderarbeiter illegal die Grenze überschreiten, um eine Saisonarbeit auf den Plantagen der Agrarkonzerne zu finden – derselben Agrarkonzerne, die ihnen in Mexiko das Land geraubt und ihre Landwirtschaft ruiniert haben.

Der Kampf um den Aufbau der Landarbeitergewerkschaft UFW war ein Kampf, der die mexikanischen (und puertoricanischen) Arbeiter, von einer reformistischen Führung auf absolute Gewaltlosigkeit festgelegt, schwere Blutopfer gekostet hat. Hunderte dürften es sein, die im Lauf dieses zwanzigjährigen Kampfes als Streikposten oder Organisatoren der Gewerkschaft umgekommen oder „verschwunden" sind. Jedoch hat in den letzten Jahren dieser bittere Kampf Früchte getragen. 1975 wurde den Farmarbeitern das Recht zugestanden, sich offiziell gewerkschaftlich zu organisieren, eine Führung zu wählen und Tarifverträge abzuschließen. Solche Verträge sind im letzten Jahr einer Reihe großer Agrarkonzerne durch harte Streikkämpfe aufgezwungen wurden, und die Löhne haben im großen und ganzen mindestens Anschluß an das allgemeine (Elends-)Niveau gefunden, statt noch weiter darunter zu liegen.



Die mexikanischen Landarbeiter, in der Gewerkschaft der „United Fruit Workers" zusammengeschlossen, beschimpfen Streikbrecher während des Streiks für einen neuen Lohntarif gegen Castle & Cooke in Kalifornien im September 1976. Nur die reformistische Führung hindert sie, entschlossenere Kampfmaßnahmen zu ergreifen.

Obwohl der Kampf um das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung und für Tarifverträge, die ein Existenzminimum garantieren, bei weitem noch nicht abgeschlossen ist, ist doch ein entscheidender Einbruch erzielt worden. Jetzt beginnt die Konkurrenz unter den Großfarmern und Agrarkonzernen selbst zugunsten der Landarbeiter zu wirken: Diejenigen Betriebe, die zur Anerkennung der Rechte der Arbeiter gezwungen wurden, verlangen jetzt die Verallgemeinerung der tarifvertraglichen Regelungen, um die Konkurrenznachteile auszugleichen. Zum Ausgleich wird jedoch mit einem Mechanisierungsfeldzug der Krieg gegen die Landarbeiter weitergeführt. Tausende werden auf die Straße geworfen, während die Ausbeutung der übrigen mit intensiven Methoden verschärft wird. Neue Kampfaufgaben stellen sich den Landarbeitern. Darin stoßen sie mit ihrer reformistischen Führung, trotz des großen Ansehens, das der Präsident der UFW, Cesar Chavez, noch genießt, immer härter zusammen, und entwickeln ihre politische Selbständigkeit.

Wenn die amerikanische Arbeiterbewegung gegenwärtig noch nicht eine revolutionäre Entwicklung nimmt, dann liegt das nicht daran, daß die Klassenwidersprüche schwächer ausgeprägt wären als anderswo, im Gegenteil, verbunden mit dem Widerspruch von Imperialismus und unterdrückten Nationalitäten in den USA hat sich im Innern dieser Supermacht eine explosive Lage entwickelt und entwickelt sich täglich mehr. Es liegt auch nicht am mangelnden Klassenbewußtsein, im Gegenteil, auch subjektiv existiert zwischen der Masse der amerikanischen Arbeiter der verschiedenen Nationalitäten ein unüberbrückbarer Widerspruch zu dem Geldadel von Wall Street und ihren Politikern, die selbst aus dieser Finanzbourgeoisie und ihrem unmittelbaren Funktionärskader kommen wie jetzt die Carter-Mannschaft.

Von den Fortschritten, die die Marxisten-Leninisten in den USA beim Aufbau der Kommunistischen Partei und der Überwindung des Opportunismus machen, hängt jetzt alles ab. – (gk)

„Koalitionskrieg" gegen „Blitzkrieg"

Infolge der schweren Niederlagen in Indochina und der aggressiven Machtentfaltung seines Hauptrivalen, des Sozialimperialismus, sieht sich der US-Imperialismus gezwungen, seine Kräfte neu einzuteilen und aufzuteilen. Darüber führt die US-Bourgeoisie beim Amtsantritt Carters eine breite Debatte. Seit Wochen steht im Zentrum die Erörterung der Möglichkeiten eines sowjetischen „Blitzkrieges" in Europa. Carter sandte Mondale nach Europa und Japan mit dem Auftrag, *„die Stärke und Entschlußkraft unserer Nation zu zeigen und unsere Entschlossenheit, die Verpflichtungen wahrzunehmen, die wir als Führer der Weltgemeinschaft haben"*. In Brüssel erklärte Mondale, die USA seien *„vorbereitet, vermehrte US-Investitionen in die NATO-Verteidigung ins Auge zu fassen"*. Die Bedingung sei aber, „daß andere NATO-Mitglieder in Zukunft mehr zu ihrer eigenen Verteidigung beitragen würden. Schon jetzt koste es die USA jährlich 11,7 Milliarden Dollar, Truppen von 300 000 Mann in Europa unter Waffen zu halten." (US News World Report, 7. Februar)

W. Komer, ein früherer Botschafter der USA in der Türkei, hat in einem Artikel in der „New York Herald Tribune" diese Seite der Bemühungen der US-Imperialisten weiter ausgefeilt. Der Titel lautet: *„NATO gegen Warschauer Pakt – Krieg (und Frieden) auf Bündnis-Grundlage"*. Darin heißt es: *„Wenn die Vereinigten Staaten jetzt prüfen, wie sie die Abschreckungsmittel der NATO zu politisch annehmbaren Preisen am besten stärken können, müssen sie der Tatsache ins Auge sehen, daß ihre Fähigkeit, das zu tun, weitgehend davon abhängen wird, wie auf Bündnisgrundlage zusammengearbeitet wird – im Frieden ebenso wie im Krieg." „In jedem Krieg in diesem Jahrhundert haben die USA als Teil einer Koalition gekämpft. Aber danach zogen sich sowohl die Vereinigten Staaten als auch die europäischen Länder in ihr engstirniges nationales Schneckenhaus zurück und nahmen zum nächsten Krieg eine Haltung ein, als wollte ihn jeder allein ausfechten. In jedem nachfolgenden Konflikt taten sie sich dann wieder zu einer ad-hoc-Koalition zusammen, als der Ballon schon hochgegangen war. In einem zukünftigen Zusammenstoß NATO – Warschauer Pakt wird aber vielleicht für eine solche Improvisation keine Zeit mehr bleiben, nachdem der Krieg begonnen hat." „Die NATO muß schleunigst ihre konventionellen Kapazitäten ausbauen, um den Kapazitäten der Sowjetunion für einen nicht-nuklearen ,Blitzkrieg' et-*

für einen nicht-nuklearen ,Blitzkrieg' et-

was entgegenzusetzen." Dazu zwingt, so Komer, *„die schiere Tatsache der wachsenden militärischen gegenseitigen Abhängigkeit der Alliierten. Die Japaner können nicht allein Japan verteidigen, die Europäer können nicht allein Europa verteidigen. Der Beitrag der USA ist unersetzlich. (...) Aber die USA sind ebenfalls von ihren Alliierten abhängig. Abgesehen von ihrem eigenen Zustand erwarten wir von ihnen die Benutzung ihrer Hafeneinrichtungen, Depots, Transport- und Nachrichtensysteme und viele andere Ressourcen. Darüberhinaus werden viele der komplizierten Waffensysteme, die vielen Alliierten gleichzeitig zur Verfügung stehen sollten, so teuer, daß die NATO sie nur multinational finanzieren kann." „Die Fähigkeit, unsere Truppen rascher über See zu transportieren, ist ebenfalls für Abschreckung und Verteidigung wichtig. Aber dazu muß man sich eben mehr auf die Unterstützung der Gast-Nation stützen, wenn wir fähig sein wollen, ausreichend Kampftruppen ins Feld zu werfen. Ein Höchstmaß an flexibler Truppenführung ist ebenfalls entscheidend, um einen ,Blitzkrieg' zum Stehen zu bringen. Aber das hängt wiederum von größerer Selbständigkeit der nationalen Streitkräfte ab. Kurzum, es gibt überwältigende militärische Gründe, warum wir und unsere Alliierten uns besser auf einen Koalitions-Krieg vorbereiten sollten. Starke Gründe des Staatsbudgets kommen hinzu." „Verspätet kommen nun auch unsere NATO-Alliierten auf diese Notwendigkeit. Aber es wird nicht viel passieren – wenn die Vereinigten Staaten nicht eine starke Führung ausüben. Eine größere Aktion, um die Einstellung in der NATO hinsichtlich des Bündnisses auf Vordermann zu bringen, muß auf der Liste jeder neuen Regierung obenan stehen, die entschlossen ist, aus den Verteidigungsdollars mehr Effektivität herauszuholen."*

Letzte Meldung. Nach einer vorläufigen und unvollständigen Auszählung hat sich der Kandidat der bisherigen Gewerkschaftsführung in der Stahlarbeitergewerkschaft, McBride, gegen den reformistischen Kandidaten Sadlowski durchgesetzt. Die Bourgeoisie hat das als Bestätigung aufgefaßt, daß die Stahlarbeiter auf ihr Streikrecht verzichtet haben und das Rationalisierungsabkommen nun auch in den anderen Industriezweigen durchgesetzt werden könnte.

„Handel und Wandel“ – Die kriegerischen Händel sind schon abzusehen

Die bürgerliche Presse hat ungefähr drei Themen, wenn sie über die sozialimperialistische Sowjetunion und die von ihr unterdrückten Länder berichtet: die Ausdehnung der Handelsbeziehungen, die Unterdrückung und die Glanztaten der „Dissidenten“ oder „Bürgerrechtler“ sowie die Aggressionsvorbereitungen des Sozialimperialismus durch zügellose militärische Aufrüstung.

In der sozialimperialistischen Presse der Sowjetunion ist es gerad das gleiche. Die Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung und der Handelsbeziehungen wird besungen, die Reaktion im Westen wird beklagt und den DKP-Revisionisten die Solidarität ausgesprochen. Die Kriegsvorbereitungen der NATO werden verurteilt. Es wird empört zurückgewiesen, daß die Sowjetunion irgendwelche Aggressionen plane, sie sei die friedlichste aller Mächte. Mit der Losung „Handel und Wandel“ hat die sozialimperialistische Bundesrepublik Ende der sechziger Jahre die „Neue Ostpolitik“ eingeleitet. Sie ist von den DKP-Revisionisten seinerzeit begeistert begrüßt worden. Brandts Ostpolitik, darauf hat Brandt selber stets größten Wert gelegt, war mit den US-Imperialisten und den anderen „westlichen Verbündeten“ sorgfältig abgestimmt. Sie zielte darauf, und mit dieser Absicht wird sie fortgesetzt, den Machtbereich der sozialimperialistischen Sowjetunion politisch und militärisch zu unterhöhlen. Der Sozialimperialismus versprach sich von diesem Kurs die Verhüllung seiner Kriegsvorbereitungen, für die er auf Einkauf bei den imperialistischen Konkurrenten ist.

Dann haben die beiden Supermächte und die übrigen imperialistischen Staaten gemeinsam „KSZE“ gemacht. Auf der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“, die am 1. August 1975 mit einer Schlußakte beendet wurde, versuchten sie sich gegenseitig hereinzulegen und gemeinsam die Völker hinters Licht zu führen. Beide Seiten setzten darauf, mit dieser Schlußakte ein Instrument der Einmischung in die Angelegenheiten anderer Völker zu erhalten. Die Sowjetunion möchte sich unter Berufung auf die Schlußakte von Helsinki als Bekämpfer der Berufsverbote in der BRD aufspielen. Der US-Imperialismus und der BRD-Imperialismus spielen sich als Schutzherren der „demokratischen Opposition“ in den Ländern des Warschauer Pakts auf. Genauso wie zwischen den westeuropäischen Revisionisten und den Sozialimperialisten rege Beziehungen herrschen, herrschen zwischen der „demokratischen Opposition“ in der sozialimperialistischen Sowjetunion und den westlichen Imperialisten rege Beziehungen. Schmeißt die Sowjetunion einen dieser „Bürgerrechtler“ hinaus, dann hat er in den westlichen imperialistischen Ländern einen großen Bahnhof. Im Fernsehen sieht man diese Leute dann bald als die Gäste der einen oder anderen imperialistischen Regierung wieder auftauchen. Umgekehrt würde ein DKP-Professor, der wegen Berufsverbot in die DDR übersiedelt, dort natürlich auch einen großen Empfang erhalten und von Honecker als Märtyrer für den Sozialismus empfangen werden. So wie Bukowski in Bonn und in London als Freiheitsheld und Märtyrer für die Menschlichkeit gefeiert wird. Man muß freilich den Unterschied sehen: Die Methoden des Sozialimperialismus gegenüber seinen Feinden wagen die US-Imperialisten und die BRD-Imperialisten bisher nur in den unterdrückten Ländern und nicht in den Kernbereichen ihrer Herrschaft anzuwenden.

Kurz und gut: Was die Sozialimperialisten als „Solidarität“ mit den Revisionisten in den westlichen europäischen Ländern betreiben, läuft bloß darauf hinaus, sich in den Revisionisten eine Bande von Kollaborateuren aufzubauen für den imperialistischen Krieg. Genau die gleiche Absicht verfolgen die US-Imperialisten und ihre Verbündeten, wenn sie sich liebevoll um die „Dissidenten“ und „Bürgerrechtler“ kümmern. Und dieser imperialistische Krieg wird unvermeidlich aus dem „Handel und Wandel“ hervorgehen, den die Imperialisten untereinander und gegeneinander betreiben. Die Sowjetunion hat noch nie ein Land angegriffen, in das sie nicht durch irgendeinen ihrer revisionistischen Agenten gerufen worden wäre. Das mag sich ändern, und sie mag auch noch auf diese Vorwände verzichten, wenn sie sich nicht schaffen lassen. Jedenfalls ist es besser, wenn man den imperialistischen Krieg vorbereitet, Agenten zu haben, statt keine zu haben. So sehen es auch die westlichen Imperialisten. Stets sind sie davon ausgegangen, daß sie den sowjetischen Machtbereich nur angreifen können, wenn dieser Angriff durch das Ausbrechen innerer Widersprüche erleichtert wird. So war es, als die Sowjetunion noch ein starker sozialistischer Staat war, und so ist es auch jetzt, wo sich die Sowjetunion in eine sozialimperialistische Supermacht verwandelt hat. In dieser Hinsicht hat für den US-Imperialismus, der den Kampf um die Weltherrschaft führt, der Farbwechsel der Sowjetunion nichts geändert. Für ihre Verbündeten stellt sich die Sache gleich dar.

Mit der Entfaltung des Handels streben die Imperialisten gerade einen solchen Wandel an, der ihnen Bastionen im Lager des Feindes sichert. In der Schlußakte der KSZE haben sich die vertragschließenden Staaten über die Freiheit des Handels ausgelassen:

„Die Teilnehmerstaaten,

Im Bewußtsein der wachsenden Bedeutung des internationalen Handels als einem der wichtigsten Faktoren des wirtschaftlichen Wachstums und des sozialen Fortschritts,

In der Erkenntnis, daß der Handel einen wesentlichen Bestandteil ihrer Zusammenarbeit darstellt und dessen eingedenk, daß die Bestimmungen in der allgemeinen Präambel besonders für diesen Bereich gelten,

In der Erwägung, daß Umfang und Struktur des Handels zwischen den Teilnehmern nicht in allen Fällen den Möglichkeiten entsprechen, die der gegenwärtige Stand ihrer wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Entwicklung eröffnet,

Sind entschlossen, die Ausweitung ihres gegenseitigen Waren- und Dienstleistungsverkehrs zu fördern und günstige Bedingungen für eine solche Entwicklung zu gewährleisten, wobei sie die Modalitäten ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zugrundelegen ...“

Und so weiter und so fort mit dem Loblied des „Handels“.

Er hat sich bereits vorher ganz kräftig entwickelt. Im Jahr der Schlußakte der KSZE, 1975, hat er einen weiteren Aufschwung genommen. Die sozialimperialistische Sowjetunion dehnt den Handel mit besonderen Methoden den Handel mit besonderen Methoden aus. Statt auszutauschen, zu verkaufen, um zu kaufen, kauft sie ohne zu verkaufen und auch ohne zu bezahlen. Die Ausdehnung des Handels bedeutet also bei der Sowjetunion, aber auch bei den Ländern, die unter ihrer Fuchtel stehen, neben der Ausdehnung des Imports vor allem die Aufhäufung eines Schuldenberges (siehe Schaubild 1).

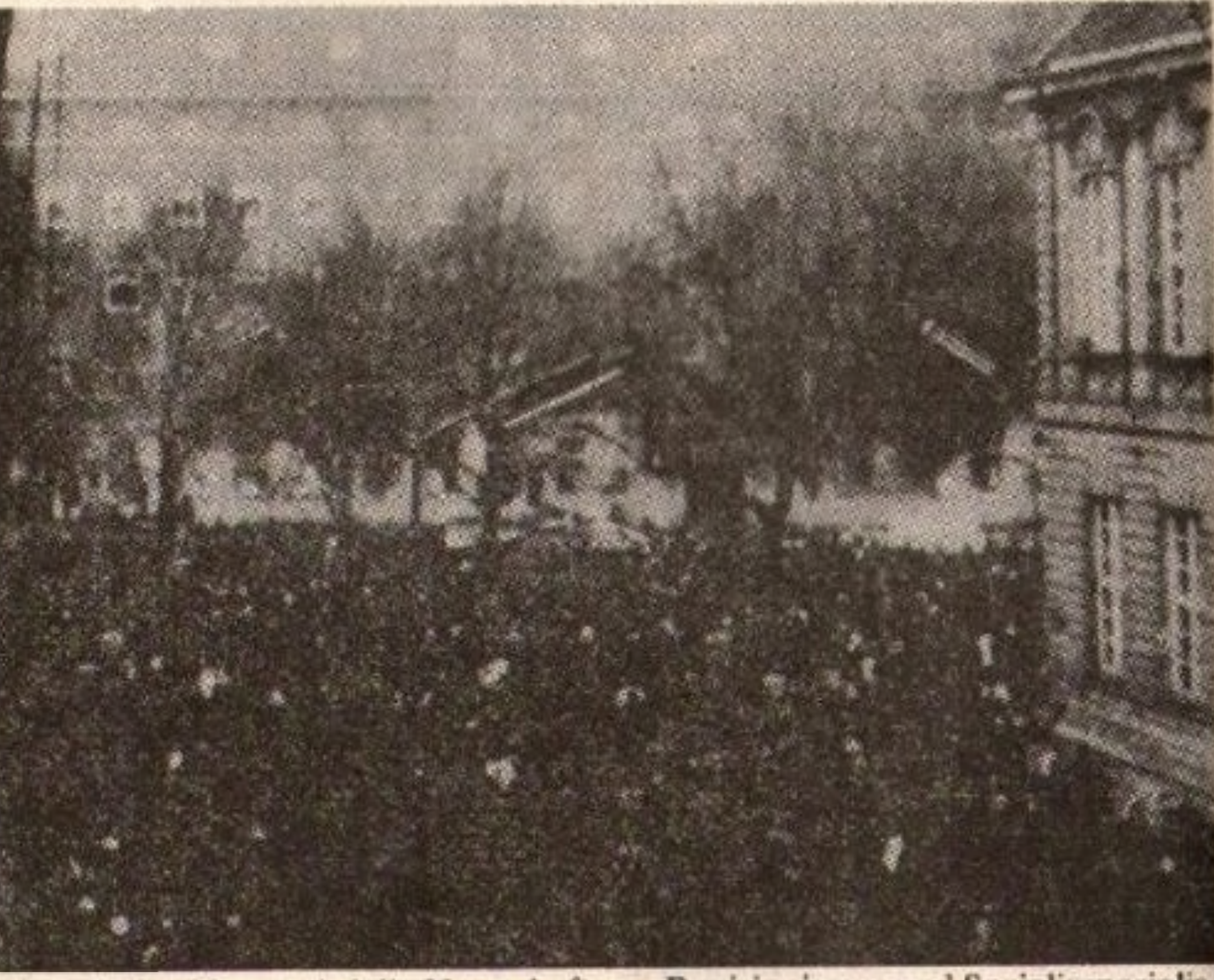
Die westlichen Imperialisten bekommen so ihre Waren bezahlt mit den Krediten, die sie den Sozialimperialisten geben. Die Rechnung der Sozialimperialisten ist dabei die eines schlichten Halunken. Er denkt sich, wenn er erst einmal genügend „eingekauft“ hat und stark genug geworden ist, dann wird er nicht etwa die Schulden bezahlen, sondern sich das Ganze holen. Die Imperialisten streben nach Weltherrschaft und die Methoden der Sozialimperialisten im Kampf um die Weltherrschaft sind halt wie die Methoden der alten Zaren, in deren Fußstapfen sie getreten sind. Die westlichen Imperialisten durchschauen dieses Spiel natürlich. Nur geht ihre Rechnung anders. Sie sagen sich, erstens kriegen wir unsere Waren los und erobern einen neuen Markt; zweitens bekommen wir über die Schulden die Sowjetunion an die Leine; drittens lassen wir sie für die Schulden ihre Rohstoffreichtümer und ihr Gold verpfänden. Mit all diesen Mitteln unterhöhlen wir die Macht des Sozialimperialismus so, daß er nicht mehr losschlagen kann, wenn er will, sondern in eine innere Krise gerät, in der wir ernten. Inzwischen sollen sich die Schulden der Sowjetunion und der von ihr unterdrückten Länder bereits auf über 150 Milliarden DM belaufen. Die westlichen Imperialisten rechnen das immer wieder liebevoll zusammen und teilen gleichzeitig mit, die Sowjetunion sei ein ausgezeichneter Schuldner und eine „erste Adresse“. Die Commerzbank meint zum Beispiel im Juni 1976: „Die Finanzierung der Handelsdefizite hat in der Vergangenheit keine unüberwindbaren Schwierigkeiten bereitet, zumal die Staatshandelsländer dank ihres guten Rufes als pünktliche Schuldner praktisch überall als erste Adressen betrachtet werden.“ Um Schulden zu machen, sich aber von Fall zu Fall auch zum Wucherer aufzuschwingen, hat die Sowjetunion in Westeuropa bereits sechs Banken aufgemacht, in London, Paris, Zürich, Frankfurt, Luxemburg und in Wien, dazu eine in Teheran, die sich ebenfalls auf dem Euromarkt betätigt. Inzwischen sind die Schulden der Sowjetunion und der von ihr unterdrückten Länder allerdings so angewachsen, daß die westlichen Imperialisten fürchten, den Überblick zu verlieren. Das „Handelsblatt“ schrieb am 8. November 1976:

„Westliche Bankkreise rechnen damit, daß die Ostblockländer auf dem Euromarkt weitere Kredite aufzunehmen planen. Diese Annahme bestätigen auch in der letzten Zeit gemachte Äußerungen sowjetischer Wirtschaftsexperten, wonach weitere Kreditgeschäfte wegen der Größe des sowjetischen Marktes für Moskau durchaus vertretbar sind, da die Sowjetunion diese Anleihen aus den für die achtziger Jahre zu erwartenden wachsenden Erlösen aus sowjetischen Rohstoffexporten leicht zurückzuzahlen in der Lage sein wird. (...) Die Gesamtverschuldung des Sowjetblocks wird auf 32 bis 35 Milliarden Dollar geschätzt. Wegen dieser enor- Dollar geschätzt. Wegen dieser enor- men Schuldenlast erwägen westliche Finanzkreise, künftige, den Ostblockländern gewährte Kredite mit höheren Zinsen und Spesen zu belasten.“

Auf diese Weise nehmen diese „westlichen Finanzkreise“ bereits heute in wachsendem Umfang an der Ausplünderung der osteuropäischen Völker und der Arbeiterklasse des Warschauer Pakts teil. Sie rechnen sich ihrerseits aus, daß da noch viel zu holen ist. (Siehe Karte der „Wirtschaftswoche“ „Rote Schätze – rote Schulden“) Otto Wolff von Amerongen glaubt bereits Praktiken gegenüber Moskau anwenden zu können, wie sie der BRD-Imperialismus gegenüber dem schwächeren imperialistischen Verbündeten Italien erprobt hat: erst Aufdeckung der Devisenpositionen, dann Pfändung. „Die Sowjetunion und die Ostblockländer hätten sich seit dem Ende der sechziger Jahre in gewissem Umfang in die internationale Arbeitsteilung eingegliedert. Das erfordere von der Sowjetunion neue Verkaufstechniken, vor allem auch Marketing. Außerdem sagte Wolff, er bemühe sich ständig darum, der Sowjetunion klarzumachen, daß sich eine zunehmende Verschuldung nicht mit einer Geheimhaltung der Devisenpositionen vertrage. Schon jetzt habe Moskau feststellen müssen, daß die Sowjetunion beispielsweise an den Eurodollarmärkten nicht mehr die besten Konditionen erhalte.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. November 1976)

Es ist überhaupt noch nicht heraus, wessen Rechnung aufgeht, die des imperialistischen Schuldners, der sich mit geliehenem Geld aufrüsten will, um dem Gläubiger an den Hals zu gehen, oder die der imperialistischen Gläubiger, die mit ihrer Finanzmacht sich den Bären zurechtlegen wollen. Sicher ist bloß, daß diese Rechnung ausgetragen werden wird, wenn die Völker und die internationale Arbeiterklasse nicht vorher mit den Gläubigern und dem Schuldner Schluß macht.

Wenn die westlichen Imperialisten, allen voran die US-amerikanische Supermacht, den Aufrüstungsbestrebungen des Sozialimperialismus relativ gelassen gegenüberstehen, dann hat das seinen Grund in der raschen Zersetzung, die durch die Einbeziehung des Sozialimperialismus in den kapitalistischen Weltmarkt vorangetrieben wird. Sozialimperialismus in den kapitalistischen Weltmarkt vorangetrieben wird. Die „Dissidenten“ und „Bürgerrechtler“ sind Erscheinungen, mit denen der Sozialimperialismus bereits heute seine Schulden an die westlichen Imperialisten abzuzahlen hat. Neben der Hoffnung, mit Hilfe dieser Kräfte den Sozialimperialismus und seinen Herrschaftsbereich in eine Krise zu stürzen, hegen die westlichen Imperialisten auch die Hoffnung, mit Hilfe dieser „Opposition“ den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse zu schwächen und in die Irre zu führen. Statt die Internationale zu singen, wie die polnischen Arbeiter bei ihren großen Aufständen, sollen die Arbeiter das eine oder andere Biermann-Liedchen trällern und hinter der bürgerlichen Opposition ins Lager des US-Imperialismus geführt werden. Diese Rechnung wird auf jeden Fall nicht aufgehen. Die Arbeiterklasse löst sich nicht von den Revisionisten, um sich von anderen Imperialisten fesseln und unterwerfen zu lassen. Genau das gleiche gilt auch für unser Land. Bloß umgekehrt. – (gs)

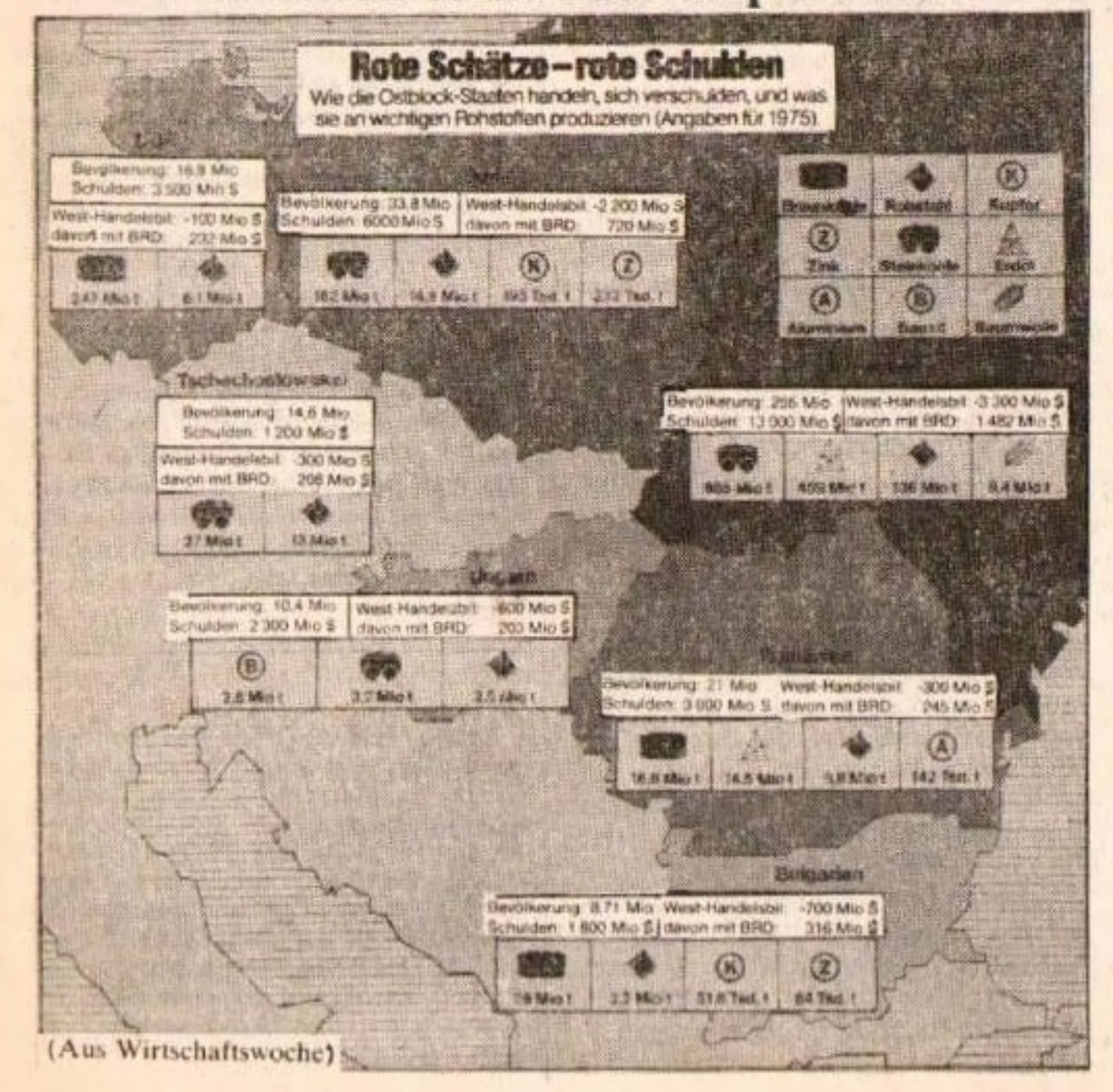


Die Arbeiterklasse wird die Herrschaft von Revisionismus und Sozialimperialismus stürzen.

Westhandel der COMECON-Länder in Mrd US-$
1971 1972 1973 1974 1975
Einfuhr
Ausfuhr
Außenhandelsdefizit
–0,9 –2,3 –3,4 –4,6 –11,6
Nettoverschuldung in Mrd US-$
UdSSR: 9,8 (1975), 4,0 (1974)
Polen: 6,7, 4,0
DDR: 3,7, 3,0
Rumänien: 2,3, 2,2
Ungarn: 2,3, 1,8
Bulgarien: 2,0, 1,3
CSSR: 1,5, 1,0
1975 insg. 28,3
1974 insg. 17,3

Verschuldung des Sozialimperialismus und der europäischen Comecon-Länder bei den westlichen imperialistischen Ländern

So sehen es die BRD-Imperialisten



(Aus Wirtschaftswoche)

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

Inhaltsverzeichnis